SITZUNGSBERICHTE

LEIBNIZ-SOZIETÄT DER WISSENSCHAFTEN

Gottlieb von Jagow (1863–1935) und sein Umfeld

Ein kaiserlicher Spitzendiplomat zwischen Erstem Weltkrieg und Kriegs(un)schuldforschung

Workshop am 6./7. Juni 2019
in München, Historisches Kolleg

Veranstalter:
Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften
Leibniz-Sozietät der Wissenschaften e.V.

Finanziert von der DFG

Herausgegeben von
Reinhold Zilch

Mit Beiträgen von Hans-Werner Hahn, Reinhold Zilch, Gerd Fesser, Hartwin Spenkuch, Gerd Krumeich, Jakob Müller, Piotr Szlanta, Christian Lüdtke, Martin Kröger

BAND 142

JAHRGANG 2020

SITZUNGSBERICHTE
BAND 142 JAHRGANG 2020

LEIBNIZ-SOZIETÄT DER WISSENSCHAFTEN ZU BERLIN

Diese Publikation erfolgte mit freundlicher Unterstützung des Senats von Berlin.

Impressum

Herausgeber: Rainer E. Zimmermann, Präsident der Leibniz-Sozietät
der Wissenschaften zu Berlin e.V.
Briefanschrift: Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin e.V.
Langenbeck-Virchow-Haus, Luisenstr. 58/59, 10117 Berlin
Homepage http://www.leibnizsozietaet.de

Briefanschrift der Redaktion:
Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin e.V., Redaktionskollegium,
Langenbeck-Virchow-Haus, Luisenstr. 58/59, 10117 Berlin

Im Auftrag der Leibniz-Sozietät e.V. erschienen im trafo Wissenschaftsverlag
Dr. Wolfgang Weist, Finkenstr. 8, 12621 Berlin
Telefon: 030/61 29 94 Fax: 030/61 29 94 21
e-mail: info@trafoberlin.de

Druck: Rosch-Buch, Scheßlitz

Bezugsbedingungen: Die Reihe „Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät“ erscheint in unregelmäßigen Abständen etwa viermal jährlich.
Bestellungen sowie fortlaufender Bezug bitte über Ihre Buchhandlung oder direkt beim trafo Wissenschaftsverlag Dr. Wolfgang Weist

Redaktionelle Durchsicht dieses Bandes: Nina Hager, Reinhold Zilch

Redaktionsschluss: 21.2.2020
ISSN 0947-5850 ISBN 978-3-86464-179-4

Inhalt

Hans-Werner Hahn 7
Die Jagow-Edition und die ‚Deutschen Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts‘

Reinhold Zilch 13
Gottlieb von Jagow und die Kriegsschuldfrage 1918 bis 1935 Forschungsfragen und bisherige Ergebnissen des DFG-Projekts

Gerd Fesser 29
Exkanzler Bernhard Fürst von Bülow und Staatssekretär Gottlieb von Jagow – zu Feinden geworden

Hartwin Spenkuch 43
„Der einzige deutsche Staatsmann, der aktiv darum bemüht war, den Ausbruch eines Krieges zu verhindern“ – Karl Fürst Lichnowsky, Gottlieb von Jagow, das Hoffen auf Englands Neutralität 1912–1914 und die Kriegsschuldfrage

Gerd Krumeich 63
Die Kriegsschulddiskussion im Schatten von Versailles 1919–1933

Jakob Müller 77
Gottlieb von Jagow und die Kriegsschuldfrage in Belgien

Piotr Szlanta 91
Polen, die Kriegsschuldfrage und Gottlieb von Jagow

Christian Lüdtke 103
Hans Delbrück und Gottlieb von Jagow – ein vernunftgeleiteter und ein persönlich motivierter Zugang zur Kriegsschuldfrage

Martin Kröger 117
Die archivische Überlieferung zur Kriegsschuldfrage im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts

Autoren 129

Personenverzeichnis (bearbeitet von Jakob Müller) 131

Gottlieb von Jagow (22.6.1863–11.1.1935)
(Slg. Zilch)

Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin *142 (2020), 7–11*

Hans-Werner Hahn

Die Jagow-Edition und die ‚Deutschen Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts'

Im Namen der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften begrüße ich Sie auch im Namen des leider verhinderten Präsidenten in der schönen Kaulbach-Villa, die seit 1988 Sitz des Historischen Kollegs ist, ganz herzlich zu der Tagung „Gottlieb von Jagow und sein Umfeld". Die „Commission für deutsche Geschichts- und Quellenforschung" wurde 1858 auf Anregung von Leopold von Ranke vom bayerischen König Maximilian II. Joseph gegründet. Sie setzte sich, wie es im Gründungsstatut vom 20. August 1858 hieß, die „Auffindung und Herausgabe wertvollen Quellenmaterials für die deutsche Geschichte in deren ganzem Umfang" zum Ziel.[1] In den ersten Jahrzehnten stand die Geschichte des 1806 untergegangenen Alten Reiches im Zentrum der wissenschaftlichen Arbeiten. Die ersten Großprojekte widmeten sich den Reichstagsakten seit dem 14. Jahrhundert, den von Karl Hegel, dem Sohn des Philosophen, betreuten deutschen Städtechroniken und den Jahrbüchern der Deutschen Geschichte.[2] Bis 1914 überschritt man in der Arbeit der Kommission nur in Ausnahmefällen die Schwelle zum 19. Jahrhundert. Verwiesen sei hier auf die von Leopold von Ranke initiierte „Allgemeine Deutsche Biographie".

Erst in den Jahren des Ersten Weltkriegs kam es zu einer Erweiterung des Forschungsprogramms. Gegen Ende der Schlacht von Verdun und am Beginn der Kämpfe an der Somme regte Moriz Ritter, der von 1908 bis 1923 das Amt des Präsidenten der Historischen Kommission bekleidete, ein neues großes Forschungsvorhaben an. Er schlug als zweites Zentrum der Kommis-

1 Lothar Gall, 150 Jahre Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, in: ders. (Hg.), „... für deutsche Geschichts- und Quellenforschung". 150 Jahre Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, München 2008, S. 7. Zur Entwicklung der Kommission vgl. auch Helmut Neuhaus, 150 Jahre Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. Eine Chronik, München 2008.

2 Eine Übersicht findet sich in: Gall (Hg.), „... für deutsche Geschichts- und Quellenforschung", S. 319ff.

sionsarbeit ein umfassendes Quellenwerk zur „Geschichte und Begründung des Deutschen Reiches“ vor. Zu einem Zeitpunkt, in dem das Kaiserreich im Krieg um seine Existenz rang, sollte die historische Legitimität des 1871 geschaffenen Nationalstaates durch die Herausgabe von Quellen und das Verfassen wissenschaftlicher Arbeiten untermauert werden. Ritter hatte bei seinem Vorschlag vor allem die von Bismarck geprägte Zeit zwischen 1866 und 1890 im Blick. Dagegen plädierte Friedrich Meinecke dafür, das neue Vorhaben zu erweitern und auch die deutsche Geschichte der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts als Vorgeschichte der Reichsgründung mit einzubeziehen. Die neue Abteilung sollte den Titel „Deutsche Geschichtsquellen des 19. Jahrhunderts“ tragen.[3] Während des Krieges kam man allerdings mit dem neuen Vorhaben nicht weiter voran.

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs sorgte schon die Lage der öffentlichen Finanzen dafür, dass von den anfangs großen Plänen nur ein kleiner Teil auch verwirklicht werden konnte. Immerhin erschienen bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs dann doch 37 Bände, die vor allem die Zeit vor 1871 betrafen.

Die Geschichte des Ersten Weltkriegs und andere Themen der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts wurden erst nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in das Arbeitsprogramm der Historischen Kommission aufgenommen. Unter den nach 1945 amtierenden Kommissionspräsidenten – zunächst Walter Goetz, dann Franz Schnabel – wurde vor allem das Forschungsprogramm der Abteilung „Deutsche Geschichtsquellen“ erweitert. Man weitete sie nun auch auf das 20. Jahrhundert aus und wollte mit Themen wie „Erster Weltkrieg“ und „Weimarer Republik“ bewusst auch einen Beitrag zur Vorgeschichte des Nationalsozialismus leisten. Walter Goetz sprach in diesem Zusammenhang von einer großen Verpflichtung, die die Kommission auch wegen der NS-Belastung ihrer früheren Mitglieder wie dem zuletzt als Präsident amtierenden Heinrich Ritter von Srbik und dessen Sekretär Karl Alexander von Müller zu leisten habe.

In den folgenden Jahren blieb man in der Historischen Kommission zwar hinter den ehrgeizigen Zielen zurück, die man sich anfangs gesteckt hatte. Das lag zum Teil an personellen, vor allem aber auch an finanziellen Schwierigkeiten. Hinzu kam, dass neue Institutionen wie das „Institut für Zeitgeschichte“ und die „Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien“ mit größerer Ausstattung zentrale Themenfel-

3 Ausführlich hierzu Klaus Hildebrand, Editionen zum 19. und 20. Jahrhundert. Deutsche Geschichtsquellen – Akten der Reichskanzlei – Bayerische Ministerratsprotokolle, in: Gall (Hg.), „... für deutsche Geschichts- und Quellenforschung“, S. 199ff.

der der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts bearbeiteten. Aber auch wenn die Abteilung „Deutsche Geschichtsquellen“ nur in bescheidenerem Umfang fortgesetzt wurde, konnte sie bald schon wichtige Erfolge aufweisen. Die Arbeit der Abteilung konzentrierte sich auf die Sichtung und Edition von Nachlässen bedeutender Persönlichkeiten. Hier lag sozusagen ein Alleinstellungsmerkmal der Historischen Kommission im Vergleich zu anderen Einrichtungen zur Erforschung des 19. und 20.°Jahrhunderts. Ludwig Dehio, nach 1945 Staatsarchivdirektor in Marburg und 1946 als politisch unbelasteter Historiker in die Historische Kommission gewählt, hat damals die Erfassung von Privatpapieren als wichtige Aufgabe archivalischer und historiographischer Arbeit bezeichnet. Er schrieb:

> „Die privaten Papiere erlangen ... im Verhältnis zu den staatlichen Akten eine weit höhere Bedeutung als bisher. Über wie vieles schweigen die Akten, wo sie erhalten sind – über die Psychologie des Erlebens stets.“[4]

Was nun den Ersten Weltkrieg und seine Folgen betrifft, so sind in der Reihe der deutschen Geschichtsquellen seitdem zahlreiche Bände erschienen, die aus den Nachlässen einflussreicher Persönlichkeiten erarbeitet worden sind. So hat die Kommission auf Anregung des damaligen Bundespräsidenten Heuss schon 1957, also deutlich vor der Fischer-Kontroverse, über eine Edition der Riezler-Tagebücher verhandelt. Sie führten zu der 1972 von Karl Dietrich Erdmann vorgelegten Edition, die allerdings wegen Zweifel an der Authentizität der Eintragungen nicht unumstritten blieb. Bereits 1957 waren die Lebenserinnerungen von Wilhelm Groener als 42. Band der Geschichtsquellen erschienen. 1971 folgte ein Band „Von Brest-Litowsk zur deutschen Novemberrevolution“, der Auszüge aus Tagebüchern, Briefen und Aufzeichnungen von Alfons Paquet, Wilhelm Groener und Albert Hopman enthielt. Die von Bernd Sösemann herausgegebenen Tagebücher von Theodor Wolff, die von Johannes Hürter vorgelegte Edition zu Paul von Hintze, Theodor Hampes Kriegstagebuch, die von Holger Afflerbach vorgelegten Quellen aus der militärischen Umgebung von Kaiser Wilhelm II. oder auch die von Gottfried Niedhart edierten Tagebücher und Briefe des deutsch-jüdischen Historikers Gustav Mayer zeigen, dass die Zeit des Ersten Weltkriegs und seine Folgen seit einigen Jahren in der Reihe der deutschen Geschichtsquellen eine immer größere Beachtung gefunden haben.

Das von Ihnen, Herr Zilch, initiierte Projekt über Gottlieb von Jagow ist ein weiterer wichtiger Baustein zu diesem Forschungsfeld. Jagow ließ be-

4 Zitiert nach Hildebrand, Editionen, S. 211.

kanntlich schon im August 1914 als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Vorbereitungen „für den bevorstehenden Kampf der Meinungen“ um die Kriegsschuldfrage treffen[5] und spielte in der Zeit der Weimarer Republik in den geschichtspolitischen Auseinandersetzungen über die Ursachen des Weltkrieges eine wichtige Rolle. Die Relevanz des Themas kommt nicht zuletzt durch die Förderung der DFG zum Ausdruck. Als ein ansonsten im 18. und 19. Jahrhundert tätiger Historiker muss ich vor diesem Kreis ausgewiesener Experten die Bedeutung der Kriegsschulddebatten für die politische Kultur der Weimarer Republik nicht näher ansprechen. Wie emotional die Debatte über die Kriegsschuldfrage geführt wurde und welche Breitenwirkung sie besaß, ist mir selbst vor wenigen Tagen nochmals deutlich geworden, als mir beim Umzug unter einem Stapel von alten Büchern und Broschüren ein „Taschenbuch zur Kriegsschuldfrage“ in die Hände fiel. Es wurde unter dem Titel „Anklage und Widerlegung“ vom Arbeitsausschuss Deutscher Verbände herausgegeben, der 1921 mit der Aufgabe gegründet worden war, sich mit dem im Versailler Vertrag festgehaltenen Vorwurf der deutschen Kriegsschuld auseinanderzusetzen und ihn zu widerlegen. Die Auflage von 1928 lag bei 120.000, erreichte damit aber noch lange nicht den Umfang anderer kürzerer Broschüren. 1931 folgte dann eine zweite Auflage, mit der die Opposition gegen den Versailler Vertrag gestärkt werden sollte. Im Vorwort des Herausgebers hieß es:

> „Der Widerlegung der Versailler Anklagen dient alle deutsche Aufklärungsarbeit, die jedem Deutschen durch Vermittlung des notwendigen Wissens die Fähigkeit geben will, den Verleumdungen entgegenzutreten.“[6]

Für dieses Ziel arbeitete auch Gottlieb von Jagow. Sein Engagement in dieser Frage lag auf einer anderen Ebene, war aber, wie wir noch hören werden, in vielfacher Hinsicht ein zentrales Element in den Auseinandersetzungen um den Kriegsschuldparagraphen. Ich bin daher gespannt auf die Ergebnisse, die uns Herr Zilch aus seinen bisherigen Arbeiten zu Jagow präsentieren wird. Ich danke Ihnen, Herr Zilch, im Namen der Historischen Kommission für Ihr großes Engagement in diesem Projekt, wünsche Ihnen viel Erfolg und freue mich auf einen neuen, die Forschung weiterführenden Band der Reihe „Deutsche Geschichtsquellen“. Ich danke zugleich allen Referenten für die Bereitschaft an dieser Tagung mitzuwirken und ihre Er-

5 Wolfgang Jäger, Historische Forschung und politische Kultur in Deutschland. Die Debatte über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges, Göttingen 1984, S. 20.

6 Anklage und Widerlegung. Taschenbuch zur Kriegsschuldfrage, hg. von Hans Draeger, Berlin 1931, S. 4.

kenntnisse zum Umfeld Jagows einzubringen. Herzlichen Dank auch an Herrn Gerd Krumeich, der kurzfristig den Abendvortrag übernommen hat, für den man aber eigentlich auch keinen besseren Redner hätte finden können. Ich wünsche der Tagung nun einen guten Verlauf und hoffe, dass wir viele neue Erkenntnisse mitnehmen können.

Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin *142 (2020), 13–27*

Reinhold Zilch

Gottlieb von Jagow und die Kriegsschuldfrage 1918 bis 1935

Forschungsfragen und bisherige Ergebnissen des DFG-Projekts

Gottlieb von Jagow ist einer der ‚großen Unbekannten' aus der deutschen politischen Führungsriege der spätwilhelminischen Zeit, obwohl er zu jener Handvoll Persönlichkeiten gehörte, die maßgeblich an den Entscheidungen zum Kriegseintritt beteiligt war.

Abgesehen von dem biographischen Abriss Hellmut Seiers in der „Neuen Deutschen Biographie"[1], einem Aufsatz von Johannes Hürter über die Staatssekretäre des Auswärtigen Amtes während des Weltkrieges[2], einer knapp eine Druckseite umfassenden Skizze von Karl-Alexander Hampe in einer kurzen Geschichte des Amtes[3], dem tabellarischen Lebenslauf im „Biographischen Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes"[4] (2005) sowie meist sehr knappen Einträgen in einigen Enzyklopädien zum Ersten Weltkrieg gibt es keine eigenständigen Darstellungen zu Jagow. Auch aus der Forschungsliteratur zur Vorgeschichte und Geschichte des Krieges sowie zur Kriegsschulddebatte lässt sich kein substantielles Bild von der Persönlichkeit sowie vom Leben und Wirken des Staatssekretärs gewinnen, obwohl die Publikationen zum Ersten Weltkrieg nahezu unübersehbar sind.

Der biographische Blick auf Jagow ist nun ein wesentliches Forschungsfeld bei der Bearbeitung des DFG-Projektes *„Gottlieb von Jagow und die Kriegsschuldfrage 1918 bis 1935. Zur Rolle des ehemaligen Chefs des Auswärtigen Amtes in den geschichtspolitischen Debatten der Weimarer Zeit. Eine historiographisch-biographische Untersuchung"*.

---

1 Seier, Hellmut, Stichwort „Jagow, Gottlieb von", in: Neue deutsche Biographie, Bd. 10, Berlin 1974, S. 299f.

2 Hürter Johannes, Die Staatssekretäre des Auswärtigen Amtes im Ersten Weltkrieg, in: Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse, hrsg. v. Wolfgang Michalka, München, Zürich 1994, S. 216–251.

3 Hampe, Karl Alexander, Das Auswärtige Amt in Wilhelminischer Zeit, Paderborn 2001, S. 89f.

4 Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes 1871–1945, Bd. 2: G - K, bearb. von Gerhard Keiper und Martin Kröger, Paderborn u.a.O. 2005, S. 415f.

Aber: das Projekt erschöpft sich nicht im Biographischen! Ziel ist es vielmehr, *am Beispiel* Jagows die Einbindung ehemals politisch Verantwortlicher in die geschichtspolitischen Debatten der Weimarer Zeit und in die Strategie der deutschen Regierung zur Revision des Versailler Vertrages herauszuarbeiten. Es sollen die teilweise enge, sich jedoch meist im Hintergrund abspielende Zusammenarbeit Jagows mit dem Auswärtigen Amt sowie anderen Staatsbehörden und die Rolle des ehemaligen Staatssekretärs in einem politisch-intellektuellen Netzwerk von ehemaligen bzw. aktiven Diplomaten und Politikern sowie von Historikern und Publizisten erstmals erforscht werden. Damit wird ein Beitrag geleistet vor allem

1. zur Geschichte des Ersten Weltkriegs und dessen Folgen,
2. zur Geschichte der Geschichtsschreibung,
3. zur Geschichte der sogenannten Kriegsschuldfrage sowie
4. zu den Positionen von Angehörigen der politischen Elite des kaiserlichen Deutschland im und zum neuen Staat,

und dies alles gespiegelt, oder, wenn man so will, gebrochen im Lebenslauf Gottlieb von Jagows. Aus der Zielsetzung folgt, dass das Projekt neben dem genannten biographischen noch vier weitere, teilweise gewichtigere Hauptforschungsfelder beinhaltet:

1. die Ermittlung und Analyse der Veröffentlichungen Jagows zwischen 1919 und 1935 sowie seiner Motive zur Abfassung dieser Texte,
2. die Einbindung dieser Publikationen in die offiziöse deutsche Kriegsschuldforschung einschließlich der Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt und dem Reichsarchiv,
3. die zeitgenössische Rezeption der Schriften Jagows und
4. die Nachwirkung der Schriften Jagows und die Entwicklung des Bildes von ihm bis heute.

In der biographisch orientierten Literatur werden nun bis zu acht Veröffentlichungen von Jagow genannt. Durch systematische Auswertung der Quellen und Literatur konnten bisher zu jenen acht, weitere 19 Veröffentlichungen Jagows ab Kriegsende ermittelt werden – Teil- und Nachdrucke sowie Übersetzungen nicht gezählt. Bei den 27 Schriften handelt es sich neben der Auseinandersetzung mit Karl Max Fürst von Lichnowsky noch zum Ende des Weltkrieges[5] zunächst um zwei selbständige Publikationen, also das

5 Jagow, Gottlieb von, Der Irrtum Lichnowskys, Berlin, Norddeutsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt 1918, 31 S.; ders., Zu Fürst Lichnowskys Denkschrift, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung Nr. 152 vom 23.3.1918 (A); Staatssekretär v. Jagow über Lichnowskys Schrift, Berlin, Ullstein-Verlag 1918, 2 Bl.; Jagow, Gottlieb von, Remarks on the

195seitige bzw. in der 2. Auflage 270seitige Buch „Ursachen und Ausbruch des Weltkriegs“, beides von 1919, sowie die Broschüre „England und der Kriegsausbruch...“ von 1925, eine Auseinandersetzung mit Lord Grey anhand seiner Memoiren.[6] Hinzu kommen die Beiträge zu den Sammelbänden „Rings um Sasonow“ von 1928[7] sowie „Front wider Bülow“[8] von 1931. Bei den übrigen Publikationen Jagows handelt es sich neben Zeitschriften- und Zeitungsartikeln unterschiedlicher Länge um Auskünfte für den „Parlamentarischen Untersuchungsausschuß“ des Reichstags. Eine schriftliche Stellungnahme wurde 1920 veröffentlicht.[9] Es ist davon auszugehen, dass der Text in enger Kooperation mit dem Amt abgefasst wurde, ohne dass dies beim jetzigen Forschungsstand belegt werden kann. Zeugenaussagen Jagows im Juli 1923 zu den Friedensmöglichkeiten 1916/17 hingegen wurden nicht gedruckt. Sie sind nur als Wortprotokolle in Form metallographierter maschinenschriftlicher Manuskripte überliefert, die auf Druck des Auswärtigen Amtes geheim gehalten wurden.[10]

Es sei an dieser Stelle angemerkt, dass die Arbeit des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Reichstags einer umfassenden wissenschaftlichen Analyse bedarf, denn wir befinden uns noch immer im Großen und Ganzen auf dem Stand der Selbstaussagen des ehemaligen Sekretärs des

---

article of Price Lichnowsky „My London mission“, in: Smith, Munrow, The disclosures from Germany, New York 1918, S. 130–145 (= International conciliation, June 1918, No. 127).

6 Jagow, Gottlieb von, England und der Kriegsausbruch. Eine Auseinandersetzung mit Lord Grey. Mit einem Nachwort von Alfred v. Wegener, Berlin, Verlag für Kulturpolitik 1925, 82 S.

7 Jagow, Gottlieb von, Richtigstellungen, in: Rings um Sasonow. Neue dokumentarische Darlegungen zum Ausbruch des großen Krieges durch Kronzeugen, hrsg. v. Eduard von Steinitz, Berlin 1928, S. 131–139.

8 Jagow, Gottlieb von, Die Anklagen des Fürsten Bülow gegen „Die Staatsmänner von 1914“, in: Front wider Bülow. Staatsmänner, Diplomaten und Forscher zu seinen Denkwürdigkeiten, hrsg. von Friedrich Thimme, München (1931), S. 210–220.

9 Staatssekretär a. D. von Jagow, in: Schriftliche Auskünfte deutscher Staatsmänner an den ersten Unterausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschuß der deutschen Nationalversammlung, hrsg. vom 1. Unterausschuß, Berlin 1920, S. 29–31 (= Zur Vorgeschichte des Weltkrieges, H. 1).

10 Vgl. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (im Folgenden: PA AA), RZ 808, R 26140, n.f.; darin u. a. „XXXV. Friedensmöglichkeiten im Jahre 1916/17. Protokoll über die Sitzung des 2. Unterausschusses des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses vom 4. Juli 1923, vormittags 10 Uhr“ „Geheim! In der Öffentlichkeit nicht verwendbar“ (7. Expl., für ORegR Dr. Meyer) (55 S., Metallogramm); „XXXVI. Friedensmöglichkeiten im Jahre 1916/17. Protokoll über die Sitzung des 2. Unterausschusses des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses vom 6. Juli 1923, vormittags 10 Uhr und nachmittags 3 Uhr“ (133 S., Metallogramm) „Geheim! In der Öffentlichkeit nicht verwendbar“ (7. Expl., für ORegR Dr. Meyer).

Untersuchungsausschusses Eugen Fischer-Baling[11] von 1954 und den Arbeiten von Werner Hahlweg[12] 1966 sowie Hans-Dieter Loose[13] 1972. Die Herausgabe des bis dahin ungedruckten Bandes zu dem Vertrag von Brest-Litowsk durch Hahlweg[14] 1971 bzw. des Gutachtens von Hermann Kantorowicz durch Imanuel Geiss[15] 1967 sollte in der Weise fortgeführt werden, dass das noch ungedruckte, ebenso umfangreiche wie verstreute und sperrige Material des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses in einer systematischen Edition vorgelegt wird, in die auch die zeitgenössischen gedruckten Bände textkritisch durch Gegenüberstellung zu den ursprünglichen, vor allem aus politischen Gründen veränderten Manuskriptfassungen einbezogen werden sollten. Das wäre ein neues Großprojekt für die Historische Kommission der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, das aber heutzutage wohl allein in Form einer Online-Edition zu realisieren ist.

Doch zurück zu Jagow und seinen Publikationen:

Unter den Neufunden ist vor allem auch eine schon 1917 anonym als Privatdruck erschienene 17seitige Flugschrift mit dem Titel „Ursachen und Ziele“ zu nennen. Die Autorschaft ist nicht nur durch einen handschriftlichen Vermerk auf einem Titelblatt wahrscheinlich, sondern durch den Textvergleich mit dem Buch Jagows von 1919, wodurch identische Passagen und Absätze ermittelt werden konnten, gesichert. Das ermöglicht Aussagen dazu, welche kritischen Positionen Jagows in dem späteren Buch auf schon länger gehegten Überlegungen beruhten und welche er erst mit der militärischen Niederlage sowie dem Zerfall der Monarchie zu äußern bereit oder

11 Fischer-Baling, Eugen, Der Untersuchungsausschuß für die Schuldfragen des ersten Weltkrieges, in: Aus Geschichte und Politik. Festschrift zum 70. Geburtstag von Ludwig Bergsträsser, hrsg. von Alfred Hermann, Düsseldorf [1954], S. 117–137.

12 Hahlweg, Werner, Das hinterlassene Werk des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Zweiter Unterausschuß der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung über den Frieden von Brest-Litowsk, in: Dauer und Wandel der Geschichte. Aspekte europäischer Vergangenheit. Festgabe für Kurt von Raumer zum 15. Dezember 1965, hrsg. von Rudolf Vierhaus u. Manfred Botzenhart, Münster (1966), S. 537–554 (= Neue Münstersche Beiträge zur Geschichtsforschung, Bd. 9).

13 Loose, Hans-Dieter, Gespräche Carl Petersens mit Bethmann vor dessen Vernehmung durch den Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung 1919, in: Zeitschrift des Vereins für hamburgische Geschichte 57 (1971), S. 117–123.

14 Der Friede von Brest-Litowsk. Ein unveröffentlichter Band aus dem Werk des Untersuchungsausschusses der der Deutschen Verfassunggebenden Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages, hrsg. von Werner Hahlweg, Düsseldorf (1971) (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, R. 1: Von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Republik, Bd. 8).

15 Gutachten zur Kriegsschuldfrage 1914. Aus dem Nachlass hrsg. von Imanuel Geiss, Frankfurt/M. 1967.

imstande war. Es sind bisher zwei Exemplare bekannt: Das eine liegt im Nachlass von Ernst II. Fürst Hohenlohe-Langenburg im Hohenlohe-Zentralarchiv Neuenstein und zeichnet sich dadurch aus, dass der hier zu lesende gedruckte Titel „Ursachen und Gründe“ handschriftlich in „Ursachen und Ziele“ geändert wurde.[16] Ein zweites Exemplar mit dem anscheinend endgültigen Titel „Ursachen und Ziele“ findet sich – ohne jeden Hinweis auf die Autorenschaft oder handschriftliche Anmerkungen Jagows – in seinem Nachlass.[17] Ein drittes Exemplar befand sich, als anonyme Flugschrift katalogisiert, in der Berliner Staatsbibliothek Stiftung Preußischer Kulturbesitz und gilt hier als Kriegsverlust.[18]

Doch verlassen wir diese betont bibliographische Sichtweise:

Die Schriften Jagows entstanden als Teil der deutschen Kriegs(un)schuldforschung – ein reizvolles Wortspiel von Klaus Große Kracht.[19] Es ist das Hauptfeld der Forschungen in dem DFG-Projekt, die mehr oder weniger enge Zusammenarbeit des ehemaligen Staatssekretärs vor und vor allem hinter den Kulissen mit dem Auswärtigen Amt und dem Reichsarchiv aufzudecken und in ihren politischen sowie historiographischen Dimensionen zu analysieren, ist doch darüber bisher nahezu nichts bekannt.

Der Nachlass Jagows im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes und seine Personalakte sagen zur Zusammenarbeit wenig aus, und auch die Nachlässe wichtiger Korrespondenzpartner Jagows bieten kaum Material hierzu. Zahlreiche einschlägige Dokumente finden sich hingegen in dem bisher von der Forschung recht wenig beachteten Bestand des sogenannten Schuldreferats des Auswärtigen Amtes, das die politischen Aktionen der Reichsregierung zur Widerlegung der im Artikel 231 des Versailler Vertrages postulierten deutschen Kriegsschuld bündeln und die vielfältigen diesbezüglichen Bestrebungen in der politischen Öffentlichkeit koordinieren sollte. Um Dopplungen zu vermeiden, sei zur Überlieferungslage auf den Beitrag von *Martin Kröger* im vorliegenden Band verwiesen.

Das große Ziel des Schuldreferats war nun nichts weniger als eine Revision des Versailler Vertrages mit den Deutschland auferlegten Lasten und

---

16 Vgl. Landesarchiv Baden-Württemberg, Hohenlohe-Zentralarchiv Neuenstein, HZAN LA 142 Bü 769_0025-34.

17 PA AA, NL Jagow, Bd. 7, Bl. 236.

18 Signatur: Krieg 1914/26242 Kriegsverlust.

19 Große Kracht, Klaus, Kriegsschuldfrage und zeithistorische Forschung in Deutschland. Historiographische Nachwirkungen des Ersten Weltkriegs, in: Zeitgeschichte-online, Mai 2004, URL: http://www.zeitgeschichte-online.de/thema/kriegsschuldfrage-und-zeithistorische-forschung-deutschland (gelesen am 3.6.2016).

Demütigungen. Diesem Ziel wurde ALLES untergeordnet, auch die historische Wahrheit! Und das von Persönlichkeiten, die angetreten waren, mit Hilfe eben der historischen Wahrheit die Alleinschuld Deutschlands zu widerlegen. Der mehrjährige Leiter des Schuldreferats Friedrich Stieve, auf den noch zurückzukommen sein wird, formulierte Januar 1925 in einer Aktennotiz zur Vorbereitung einer Erklärung des Amtes gegenüber dem schon erwähnten „Parlamentarischen Untersuchungsausschuß" des Reichstages: Es komme „nicht darauf an, ob [...] Feststellungen historisch richtig oder nicht richtig sind, sondern ob sie uns im Ausland nützen oder schaden." Stieve lieferte gleich die Begründung mit: „Wir können uns bei der gegenwärtigen außenpolitischen Lage den Luxus von Zeugnissen der Selbstbeschuldigung [...] nicht gestatten."[20] Und das war die Position des wichtigsten Ansprechpartners Jagows!

Die Publikationen Jagows lassen sich nun hinsichtlich ihrer Genese in verschiedene Kategorien einteilen: An erster Stelle sind bis jetzt drei Titel anzuführen, für die eine Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt belegbar ist. Das sind

a) eine Artikelserie, die in der offiziösen Deutschen Allgemeinen Zeitung Anfang 1923 als Antwort auf Memoiren des ehemaligen französischen Ministerpräsidenten René Viviani publiziert wurde,[21]
b) die schon genannte, 1925 als Broschüre verfasste Replik auf die Memoiren des britischen Außenministers Edward Grey sowie
c) der ebenfalls schon erwähnte Beitrag zu einem 1930 erschienenen Sammelband als Entgegnung auf die Memoiren des ehemaligen russischen Außenministers Sergej Sasonow.

Es ist nachzuweisen, dass Jagow diese Arbeiten auf Anregung und in enger Kooperation mit dem Schuldreferat verfasst hatte. Diesbezügliche Anfragen aus Berlin trafen auf einen noch rüstigen Diplomaten a.D., der spürbar froh war, wieder vom Amt gebraucht zu werden, lebte er doch ab Anfang der 20er Jahre in Zingst, einem kleinen Ort zwischen Querfurt und Nebra in der preußischen Provinz Sachsen, ziemlich isoliert und ohne eigenes Telefon, rund 230 km von der Reichshauptstadt und der Wilhelmstraße entfernt. Viele Abstimmungen zwischen dem Schuldreferat und Jagow sowohl in der politischen Zielrichtung als auch in der inhaltlichen Gestaltung können detail-

20 PA AA, RZ 210, R 26101, n.f., Aktennotiz Stieves (für LegR Dr. Hermann Meyer) vom 3.1.1925 (Maschinenschrift mit handschriftl. Korrekturen).

21 Jagow, Gottlieb von, Antwort an Viviani (Teil I–III), in: Deutsche Allgemeine Zeitung Nr. 86/87 vom 22.2.1923 (62. Jg.), Nr. 94/95 vom 27.2.1923 und Nr. 96/97 vom 28.2.1923.

liert belegt werden. Einige Versuche der Berliner Beamten, den ehemaligen Chef dazu zu bewegen, vorgefertigte und damit der aktuellen politischen Sprachregelung entsprechende Manuskripte nur noch mit seinem Namen abzuzeichnen, fanden bei ihm in der Regel kein offenes Ohr. Selbstbewusst redigierte er die ihm zugesandten Texte bzw. formulierte Gegenentwürfe.

Eine ganz spezielle Zusammenarbeit ergab sich dabei mit Max (Maximilian) Graf Montgelas, der einen bemerkenswerten Lebenslauf hatte: Der Berufsoffizier begann den Weltkrieg als kommandierender General einer Division, wurde aber 1915 wegen Kritik am Bruch der belgischen Neutralität sowie an brutalen deutschen Kriegspraktiken zur Disposition gestellt und ging in die Schweiz. Hier begann er sich intensiv mit der Kriegsschuldfrage auseinanderzusetzen. Nach dem Waffenstillstand kehrte Montgelas nach Deutschland zurück. Der publizistisch begabte Militärspezialist stellte sich dem Auswärtigen Amt und dem Reichsarchiv als Experte und Autor zur Verfügung. Er wurde sogar im Ausland als Sachverständiger anerkannt. Jagow bat in Detailfragen mehrfach um seine Expertise, auch in Form von Manuskriptteilen. Dabei hatten der General und der Diplomat teilweise verschiedene Problemsichten und Herangehensweisen. So wurde der von Montgelas vorgelegte Entwurf eines ersten Artikels gegen Viviani von Jagow grundsätzlich abgelehnt.[22] – Anzumerken bleibt, dass die Biographie des Grafen ein weiteres, sehr dankbares Thema mit historiographischem Schwerpunkt nicht zuletzt für die Münchener Historische Kommission darstellt, denn auch zu Max Gf. Montgelas dem Jüngeren gibt es fast keine Literatur.[23]

Doch zurück zu Jagow: Es ist auffallend, dass sich nur wenige direkte Kontakte zu den Herausgebern der „Großen Politik der Europäischen Kabinette..." Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn Bartholdy und Friedrich Thimme nachweisen lassen,[24] obwohl die „Große Politik..." die zentrale halbamtliche deutsche Publikation im Rahmen der Kriegsschuldforschung war. Die Herausgeber waren sich durchaus ihrer Ausnahmeposition bewusst und pflegten eine Art ‚splendid isolation'. Sie nahmen in ihrem mir bisher bekannten Schriftwechsel mit dem Schuldreferat keinen Bezug auf Jagow und seine Veröffentlichungen – mit einer Ausnahme: Für seine Grey-Broschüre beabsichtigte Jagow, einen Brief des politisch umstrittenen amerika-

22 Vgl. den Schriftwechsel von Jagow sowie Montgelas mit dem Schuldreferat in: PA AA, RZ 210, R 26568, n.f.

23 Am ausführlichsten noch Vogel, Detlef, Max Graf Montgelas (1860–1944) – Ein Offizier im Spannungsfeld zwischen nationalen Ansprüchen und Menschlichkeit, in: Pazifistische Offiziere in Deutschland 1871–1933, hrsg. von Wolfram Wette und Helmut Donat, Bremen 1999, S. 83–98.

24 Vgl. wenige Briefe Jagows in: Bundesarchiv, NL 1058: Thimme, Nr. 9, n.f.

nischen Obersten Edward M. House an Kaiser Wilhelm II. im vollen Wortlaut zu veröffentlichen noch bevor der entsprechende Band der „Großen Politik...“ den Text aus den Akten des Auswärtigen Amtes brachte. Thimme lehnte dies mit der prinzipiellen Überlegung ab, die eigene große Aktenedition nicht durch einen Vorabdruck entwerten zu wollen. Die Antwort Jagows und die Gegenantwort waren, gemessen an den Gepflogenheiten der Zeit, auffallend scharf formuliert. Das von dem anscheinend verunsicherten Thimme eingeschaltete Schuldreferat entschied sich dann aus politischen Gründen gegen seine Position und gab nach Rückversicherung bei Ministerialdirektor Köpke den Brief frei.[25]

Hinsichtlich der Polemiken Jagows mit Fürst Lichnowsky sei auf den Beitrag von *Hartwin Spenkuch* und hinsichtlich der Auseinandersetzung mit Bülow auf den von *Gerd Fesser* in diesem Band verwiesen.

Die Entstehungsgeschichte von Jagows Buch „Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges“, wirft jedoch noch wichtige Fragen auf. Der Band erschien April/Mai 1919 zeitgleich mit den ersten Bänden der Memoiren Theobalds von Bethmann Hollweg[26] sowie von Karl Helfferichs Weltkriegswerk[27]. Alle drei Autoren hatten ihre Manuskripte noch vor Kriegsende begonnen – im Falle Jagows ist das mit der erwähnten Flugschrift von 1917 belegt. Zumindest Bethmann und Jagow kooperierten – sie standen zu dieser Zeit nicht nur wegen ihrer Aussagen vor dem „Parlamentarischen Untersuchungsausschuß“ in Kontakt und publizierten beide im Verlag von Reimar Hobbing. Überliefert ist auch, dass der ehemalige Reichskanzler mit seinem Staatssekretär bereits am 2. November 1918 in der Reichskanzlei Akteneinsicht nahm, was sogar im Ausland zur Kenntnis genommen wurde.[28] Von einer ähnlichen Aktion im Auswärtigen Amt ist nichts bekannt. Jagow betonte, dass er über kein Privatarchiv verfügte – es sei an den sogenannten Arnim-Paragraphen des Strafgesetzbuches[29] erinnert. Bei der Beschaffung weiterer

25 Vgl. den Schriftwechsel in: PA AA, RZ 210, R 26455, n.f. – Brief vom 8.7.1914, in: Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Im Auftrage des Auswärtigen Amtes hrsg. von Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn Bartholdy und Friedrich Thimme, Bd. 39: Das Nahen des Weltkrieges 1912–1914, Berlin 1926, S. 113–115, Dok. Nr. 15.609.

26 Bethmann Hollweg, Theobald von, Betrachtungen zum Weltkriege, T. 1: Vor dem Kriege, Berlin 1919.

27 Helfferich, Karl, Der Weltkrieg. Bd. 1: Die Vorgeschichte des Weltkrieges, Berlin 1919.

28 Vgl. z.B.: Bethmann, in: Deutsches Volksblatt (Wien) Nr. 10.739 vom 27.11.1918 (M), S. 3. – Es folgen ähnliche Meldungen in anderen Blättern.

29 § 353a des Reichsstrafgesetzbuches lautete: „Ein Beamter im Dienste des Auswärtigen Amtes des Deutschen Reichs, welcher die Amtsverschwiegenheit dadurch verletzt, daß er ihm amtlich anvertraute oder zugängliche Schriftstücke oder eine ihm von seinem Vorge-

Detailinformationen griff Jagow dann vor allem auf sein umfangreiches personelles Netzwerk zurück. Nachweisbar sind zum Beispiel mündliche Auskünfte ehemaliger Mitglieder von Auslandsvertretungen wie von dem ehemaligen Militärattaché in St. Petersburg Bernhard von Eggeling[30] oder die Bitte an den freundschaftlich verbundenen Friedrich Graf Pourtalès um Einsichtnahme in dessen Manuskript über die letzten Wochen als Botschafter in St. Petersburg bis Kriegsausbruch[31] noch vor Drucklegung.[32]

In den nur lückenhaft überlieferten Akten aus dem sogenannten ‚Büro Bülow', einer kleinen Arbeitsgruppe unter Leitung von Bernhard von Bülow, Neffe des ehemaligen Reichskanzlers, zur Kriegsschuldfrage bei der deutschen Delegation in Versailles und Keimzelle des Schuldreferats, findet übrigens das Buch von Jagow „Ursachen und Ausbruch..." nur an wenigen Stellen überhaupt Erwähnung, und das sind vor allem Literaturlisten.

Die umfangreichste Schrift Jagows blieb ungedruckt: die sich im Nachlass befindliche, 1931 abgeschlossene Manuskriptsammlung „Politische Aufsätze"[33], die im Prozess der Ausarbeitung des DFG-Antrages als die eigentlichen Memoiren Gottlieb von Jagows identifiziert werden konnten. Das Buch von 1919 war gewissermaßen nur eine Vorstufe. Mehrfache Überarbeitungen belegen das Ringen des ehemaligen Staatssekretärs mit dem Text nicht nur in sprachlich-stilistischer Hinsicht, sondern auch bei inhaltlichen Aussagen. Das Manuskript zeugt davon, welche Aussagen, Einsichten und Wertungen sein Autor bis 1931 neu gewonnen hatte bzw. zu äußern bereit war. Wenn nun Jagow aber doch vor dem Schritt in die Öffentlichkeit zurückschreckte und seinen Neffen Carl von Jagow auf Rühstedt zur Verwahrung des Manuskripts unter Verschluss verpflichtete, dann ist die Motivation hierfür nicht eindeutig. Ob der fast 70jährige die Mühen einer Publikation scheute, ob sich in den wirtschaftlich kritischen Zeiten kein Verlag fand,

---

setzten erteilte Anweisung oder deren Inhalt anderen widerrechtlich mitteilt, wird, sofern nicht nach anderen Bestimmungen eine schwerere Strafe verwirkt ist, mit Gefängnis oder mit Geldstrafe bis zu fünftausend Mark bestraft." (Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich vom 31.5.1870, i.d.F. des Gesetzes, betr. die Abänderung von Bestimmungen des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich vom 15. Mai 1870 und die Ergänzung desselben. Vom 26.2.1876, RGBl., S. 25)

30 Vgl. den Brief Jagows an Friedrich Graf Pourtalès vom 28.2.1919, in: PA AA, Nachlass Jagow, Nr. 9, n.f.

31 Pourtalès, Friedrich Graf, Scheideweg zwischen Krieg und Frieden. Meine letzten Verhandlungen in Petersburg Ende Juli 1914", Charlottenburg 1919.

32 Vgl. die Briefe Jagows an Friedrich Graf Pourtalès vom 3.3. sowie 18.3.1919, in: PA AA, Nachlass Jagow, Nr. 9, n.f.

33 Vgl. PA AA, Nachlass Jagow, Bd. 8.

oder ob der bis zu seinem Tode überzeugte Monarchist wegen der von ihm teilweise geübten harten Kritik am Kaiser und anderen Persönlichkeiten des spätwilhelminischen Deutschland moralische Skrupel hatte und deshalb auf den Druck verzichtete, bleibt offen. – Es ist vielleicht nur ein Zufall, aber wohl symptomatisch, dass Jagow letztmalig im Januar 1934 zur Feder griff und in einem Artikel zum 75. Geburtstag des Hohenzollern diesen von jeder Schuld am Kriegsausbruch reinzuwaschen suchte.[34] Der Artikel wurde sogar parallel in der Schlesischen Zeitung als auch der Deutschen Allgemeinen Zeitung veröffentlicht. Sie hatte ihren offiziösen Charakter schon längst verloren, und der Völkische Beobachter griff auf andere Autoren zurück.

Der Glaube an eine Renaissance der Monarchie gehörte, bei aller Kritik am letzten Hohenzollern, zu den politischen Grundüberzeugungen Jagows. Er äußerte sich dazu jedoch nicht in seinen Veröffentlichungen, die von einer konservativen Grundposition ausgehend, weitgehend neutral formuliert worden waren. Der im Nachlass überlieferte Briefwechsel mit dem befreundeten Pourtalès lassen aber nicht nur große Sympathien mit der Deutschnationalen Volkspartei erkennen, sondern zeugen auch von einer Verachtung der Weimarer Republik, ihrer führenden Politiker sowie dem Hass auf Bolschewisten und Kommunisten. Noch im Mai 1919 ließ sich Jagow in den Presseausschuss der sich als weiterbestehend erklärenden Konservativen Fraktion des Herrenhauses wählen.[35]

Neben dem Memoiren-Manuskript ist noch eine weitere Publikation nicht über das Ideenstadium hinausgekommen, ohne dass derzeit entschieden werden kann, ob Jagow überhaupt von einer möglichen Einbindung in das Projekt wusste: Zur Abfassung eines deutschen Weißbuches zur Kriegsschuldfrage wurde er in den Vorbereitungsdokumenten vom Februar 1919 als Mitautor vorgesehen. Auf der Grundsatzberatung des Auswärtigen Amtes mit obersten Militärbehörden und dem Reichsjustizamt am 22.2.1919 wurde dies anscheinend von den Konferenzteilnehmern abgelehnt und sein Name kommentarlos gestrichen.[36] Da es kein Protokoll der Diskussion gibt, kann bisher nichts zu den Gründen für die Entscheidung gesagt werden. Ob die Militärs und Beamten der Meinung waren, dass eine Beteiligung des ehemaligen Staatssekretärs der Sache abträglich wäre oder andere Gründe für ihre Entscheidung maßgeblich waren, muss offen bleiben.

---

34 Jagow, Gottlieb von, Kaiser und Kriegsschuldlüge, in: Schlesische Zeitung vom 27.1. 1934; auch: Deutsche Allgemeine Zeitung Nr. 44 vom 27.1.1934.

35 Vgl. das Protokoll der Vorstandssitzung am 20.5.1919, in: PA AA, Nachlass Jagow, Bd. 7, Bl. 129f.

36 Vgl. das Material der Beratung am 22.2.1919, in: PA AA, RZ 210, R 26313, n.f.

Als Bülow aus dem Auswärtigen Amt ausgeschieden war, aber im Hintergrund mit dem Schuldreferat kooperierte und Legationsrat Friedrich Stieve die Leitung der Struktureinheit übernommen hatte, bedurfte es „nur“ der Anregung des Gesandten in Stockholm Rudolf Nadolny und ehemaligen Vorgesetzten von Stieve, an Jagow heranzutreten, um die schon erwähnte enge Zusammenarbeit beim Viviani-Artikel zu initiieren. Leider ist kein Briefwechsel zwischen Nadolny und Jagow überliefert, der vielleicht nähere Aufschlüsse hätte liefern können.

Stieve wurde im März 1928 Gesandter in Riga. Die Kooperation des Schuldreferats mit Jagow hatte sich unter seiner Ägide schnell eingespielt und wurde auch unter dem Nachfolger Karl Schwendemann fortgeführt, erscheint aber weniger eng. Persönliche Sympathien und Antipathien spielten hierbei sicher eine Rolle. Dieser Aspekt ist aber auch in Beziehung zu setzen zu den inzwischen erfolgten Veränderungen in der außen- und innenpolitischen Gesamtlage sowie zum Einfluss des auf immer breiterer Quellenbasis stehenden historiographischen Umfeldes für eine Mitwirkung von Zeitzeugen.

Nicht viel ist über die Zusammenarbeit von Jagow mit dem Reichsarchiv bekannt. Im Nachlass findet sich ein kleiner Briefwechsel mit Hans von Haeften, in dem es um die Beantwortung von Spezialfragen durch den ehemaligen Staatssekretär ging. Ergänzend wurden drei Briefe des Reichsarchivs an das Schuldreferat ermittelt, in denen die Bitte geäußert wurde, Druckfahnen von Bänden des sogenannten Weltkriegswerkes durch die Beamten auf politische Unbedenklichkeit zu prüfen. Jeweils wurde von den Archivaren ausdrücklich vermerkt, dass das Material bereits Jagow und anderen namentlich genannten Zeitzeugen vorgelegen habe und deren Anmerkungen schon berücksichtigt worden seien. Es ist zu hoffen, dass im Bundesarchiv-Militärarchiv Näheres zu den Monita ermittelt werden kann. – Bezeichnend ist übrigens, dass in den gedruckten Vorworten der Bände des sogenannten Weltkriegswerkes Namen einzelner professoraler Historiker erwähnt werden, der Jagows hingegen nicht und nur im ersten Band allgemein ‚Persönlichkeiten‘ für Auskünfte gedankt wurde.

Eine sehr wichtige Rolle spielte in der politischen Öffentlichkeit die „Zentralstelle für die Erforschung der Kriegsursachen“, eine 1921 auf Anregung des Auswärtigen Amtes gegründete und alimentierte Propagandaorganisation, die aber formal unabhängig war. Sie sollte sowohl die deutsche und internationale Kriegsschuldforschung verfolgen als auch eigene Beiträge zum Kampf gegen Artikel 231 des Versailler Vertrages leisten. Hierzu wurde

u.a. die Zeitschrift „Die Kriegsschuldfrage. Berliner Monatshefte für internationale Aufklärung“ 1923 gegründet, die unter wechselndem Titel bis 1944 erschien. In dieser Zeitschrift veröffentlichte Jagow mehrere Beiträge. Bei einigen gibt es Belege dafür, dass sie auf Anregung des Amtes oder des langjährigen Geschäftsführers der Zentralstelle Alfred von Wegerer verfasst wurden. Da aber die Akten der Zentralstelle als weitgehend verloren gelten müssen, kann nichts Näheres dazu gesagt werden. Der allgemeine Schriftwechsel der Zentralstelle mit dem Schuldreferat bleibt zu Jagow wenig ergiebig.

Ein weiterer wichtiger Kontakt Jagows war der zu Georg Karo, der 1920 das Ordinariat für Klassische Archäologie in Halle übernommen hatte, sich aber in der Saalestadt nicht nur der Antike, sondern mit hohem Engagement auch der Kriegsschuldfrage widmete. Karo stand im persönlichen Kontakt zu Jagow, rezipierte in seinen eigenen Schriften dessen Veröffentlichungen und stellte Kontakte vor allem in den akademischen Bereich her. In wenigstens einem Fall war Karo sogar vermittelnd zwischen dem Schuldreferat und Jagow tätig. Die engen Beziehungen wurden durch die räumliche Nähe zwischen Halle und Zingst sicher begünstigt. Ob sich beide schon vor Kriegsausbruch bei den Korfu-Ausgrabungen des Kaisers kennengelernt hatten, liegt nahe, kann aber nicht belegt werden. In den Nachlässen beider gibt es keine Hinweise auf Bekanntschaft oder Arbeitskontakte, und das Universitätsarchiv Halle liefert keine Anhaltspunkte.

Karo war nun nicht der einzige deutsche Professor, mit dem Jagow Beziehungen pflegte. Eine wichtige Rolle spielte der bekannte Hans Delbrück, der eine zentrale Rolle in der politischen Publizistik der Weimarer Zeit spielte. Auch hier sei auf den vorliegenden Band verwiesen, in dem sich *Christian Lüdtke* diesem Thema widmet.

Die Kontakte Jagows zu den Professoren Karo und Delbrück sowie den drei Herausgebern der „Großen Politik“ führen zu dem grundsätzlichen Problem des Verhältnisses von Jagow zur deutschen Historikerschaft. Mir sind keine Kontaktaufnahmen des ehemaligen Staatssekretärs zu Vertretern der Zunft bekannt, die nicht schon vor Kriegsende bestanden hätten. Umgekehrt gibt es im Jagow-Nachlass einige schriftliche Anfragen meist jüngerer Wissenschaftler, die in der Regel nicht oder dilatorisch behandelt wurden. Letztlich geht es um die Rolle von Zeitzeugen für die Geschichtsschreibung. Das war für die meisten Ordinarien ein mehr oder weniger unreflektiertes Gebiet, galt doch bei den einen die Zeitgeschichte als nicht der akademischen Weihen würdig, und bei den anderen herrschte angesichts fehlenden oder extrem erschwerten Aktenzugangs eine resignierende Selbstbeschränkung bei

der Auswahl von Forschungsthemen. Umso interessanter ist es, dass führende Vertreter der Zunft die Gunst der Stunde durch die gesellschaftlichen Umbrüche nutzen wollten sowie konnten und ab Mitte 1930 die Historische Reichskommission mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes Zeitzeugeninterviews auch mit ehemaligen Diplomaten plante. Als erster wurde Jagow befragt. Die Niederschrift, die unter Verschluss im Archiv der Kommission als auch in Kopie im Amt selbst deponiert werden sollte, lag bereits Anfang Januar 1931 vor. Das Dokument sowie weitere Interviews sind erhalten geblieben.

Einen ganz eigenen Stellenwert besitzen die Beziehungen Jagows zu zwei amerikanischen Professoren, nämlich zu dem heute im deutschsprachigen Raum fast vergessenen Sidney B. Fay sowie zu Harry Elmer Barnes. Beide Historiker waren mit ihren Arbeiten zum Weltkrieg unter ihren Kollegen insofern Außenseiter, als sie die Alleinschuld Deutschlands sowie die Notwendigkeit eines Kriegseintrittes ihres Heimatlandes hinterfragten und den Entente-Regierungen eine gewisse Mitschuld zusprachen. Das Schuldreferat des Auswärtigen Amtes registrierte dies genau und bemühte sich, ihre Publikationen besonders im Rahmen der Auslandspropaganda auszunutzen. Als die beiden Amerikaner, unabhängig voneinander, Europa und auch Deutschland besuchten, war das Amt bemüht, Wünsche nach Kontakten zu deutschen Kriegsschuldforschern sowie Zeitzeugen zu realisieren. Ebenso wurden öffentliche Vorträge u.a. an der Münchener Universität, in Wien und in Budapest sowie Abendessen im kleinen Kreis organisiert, zu denen aber anscheinend Jagow nicht geladen war. Im Nachlass von Fay, der in Harvard verwahrt wird, findet sich eine interessante zweiseitige maschinenschriftliche Gesprächsnotiz von einem Besuch bei dem ehemaligen Staatssekretär in Zingst, jedoch kein weiteres Material. Barnes, der ebenfalls dort Gast war, nahm in mehreren Publikationen auf Mitteilungen von Jagow Bezug. Die Beziehungen der deutschen Kriegsschuldforscher und des Auswärtigen Amtes zu den amerikanischen Historikern werden in der modernen historiographischen Literatur vor allem unter der Fragestellung analysiert, wieweit sich die Ausländer von der deutschen Seite für eine Revision von Versailles instrumentalisieren ließen.[37] Den Nachlass von Barnes, 1968 in Malibu gestorben, der übrigens nach dem Zweiten Weltkrieg wiederum eine Kriegsschuld Deutschlands sowie dann sogar den Holocaust leugnete und bis heute von rechtskonservativer bzw. neonazistischer Seite als Kronzeuge in den

37 Immer noch grundlegend Wittgens, Hermann Joseph, The German Foreign Office campaign against the Versailles Treaty. An examination of the activities of the Kriegsschuldreferat in the United States, Washington, phil. Diss. 1970 (Maschinenschrift).

Dienst genommen wird, konnte erst in den letzten Tagen ermittelt werden. Eine Anfrage in dem amerikanischen Archiv läuft.

Im Rahmen der Auslandspropaganda wurde seitens des Schuldreferats auch auf die Schriften von Jagow zurückgegriffen. Das ist für die Viviani-Artikel ebenso nachweisbar wie für die gegen Lord Grey gerichtete Broschüre „England und der Kriegsausbruch...“. Zusammen mit Runderlassen an die Auslandsvertretungen weltweit, in denen über die Veröffentlichungen und ihre Bedeutung in der Auseinandersetzung um die Kriegsschuldfrage informiert wurde, verteilte man einige Exemplare zur freien Vergabe, verbunden mit dem Angebot, bei Bedarf weitere Stücke liefern zu können.[38] Hierauf wurde je nach dem politischen Klima in den fremden Ländern und dem Engagement der Diplomaten unterschiedlich intensiv zurückgegriffen. In einigen Fällen gab es dazu auch Berichte über die Aufnahme der schon verteilten Exemplare in der Öffentlichkeit bzw. Versuche, Rezensionen in der Presse zu platzieren.

Die Resonanz auf die Publikationen Jagows sowohl im Ausland als auch in Deutschland selbst zu ermitteln, ist neben den schon benannten Arbeitsfeldern und den technisch-editorischen Arbeiten ein Problem, das größeren Zeitaufwand beansprucht. Für Polen und Belgien sei auf die Beiträge von *Jakob Müller* und *Piotr Szlanta* im vorliegenden Band verwiesen. Für Großbritannien erbringt die Volltextsuche in der Londoner „Times“ einige Nachweise. Für Österreich liegen über die Volltextsuche im ANNO-Portal der Nationalbibliothek zahlreiche Belege aus verschiedenen Tageszeitungen und Zeitschriften vor. Eine Auswertung der Digitalisate von „Prawda“ sowie des „Krasnij Archiv“ für die Sowjetunion steht noch aus. Französische Zeitungen wie der „Matin“ und die „L’Humanité“ sind ebenso wie wichtige deutsche Zeitungen zwar online verfügbar, bieten jedoch keine Volltextsuche und können nur punktuell überprüft werden.

Archivrecherchen in Wien ergaben, dass die Kriegsschuldfrage ausweislich der Sachakten im Neuen Politischen Archiv und im Haus-, Hof- und Staatsarchiv eine wesentlich geringere Rolle als in Deutschland spielte. Die Diskussion beim ehemaligen Verbündeten wurde zumeist nur dann näher verfolgt, wenn sich aktuelle Bezüge zu Österreich ergaben. Anders sah das in den Nachlässen von Aerenthal, Berchtold und Flotow aus, aber auch hier gibt es keinen Briefwechsel mit Jagow. Das gilt ebenso für den umfangreichen Nachlass von Eduard Ritter von Steinitz, dem Herausgeber des Sam-

38 Vgl. z.B. den Runderlass an alle Auslandsvertretungen zur Verbreitung der Anti-Grey-Broschüre vom 16.1.1926 in: PA AA, RZ 210, R 26350, n.f. (Maschinenschrift, Metallogramm).

melbandes zu Sasonow, wo ich auf die Korrespondenz mit den Autoren hoffte.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass eine Bearbeitung des DFG-Projektes „Gottlieb von Jagow und die Kriegsschuldfrage 1918 bis 1935. Zur Rolle des ehemaligen Chefs des Auswärtigen Amtes in der geschichtspolitischen Debatten der Weimarer Zeit. Eine historiographisch-biographische Untersuchung“ sich als tragfähig erwiesen hat – ein großer Materialfundus, nicht zuletzt aus mehr als 200 Briefen von und an Jagow bestehend, konnte schon angesammelt werden. Seine Auswertung, ergänzt um noch zu erwartende Funde im Freiburger Militärarchiv sowie im in Moskau lagernden Rathenau-Nachlass lassen die Beantwortung der eingangs formulierten Forschungsfragen sowie die quellenkritische Präsentation eines bisher weitgehend unbekannten Dokumentenkorpus‘ zur Geschichte des Ersten Weltkrieges erwarten.

Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin *142 (2020), 29–41*

Gerd Fesser

Exkanzler Bernhard Fürst von Bülow und Staatssekretär Gottlieb von Jagow – zu Feinden geworden

In den Jahren 1930 und 1931 erschienen in vier Bänden die „Denkwürdigkeiten" Bernhard von Bülows. Der Exkanzler hatte verfügt, dass seine Memoiren erst nach seinem Tode veröffentlicht werden dürften. 1929 starb er.

Im dritten Band seiner „Denkwürdigkeiten" hat Bülow die Politik, die Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg und Staatssekretär Jagow während der Julikrise 1914 und dann währen der sogenannten „Römischen Mission" Bülows 1914/15 verfolgt hatten, scharf kritisiert. Dass er dem Kaiser 1909 empfohlen hatte, Jagow zum Botschafter in Rom zu ernennen, nannte er eine Dummheit.[1] Er deutete an, dass Jagow schwul sei und mit dem gleichfalls schwulen Hans von Flotow eng befreundet. Über Jagow und Flotow schrieb er: „In der schwärmerischen Liebe, die sie verband, glichen sie den herrlichen Jünglingen der Aeneis, Nisus und Euryalus ...".[2]

Eine besonders boshafte Äußerung Bülows über Jagow hatte der Herausgeber des dritten Bandes, Franz Xaver Stockhammern gestrichen. Sie lautete: „Gottliebchen Jagow, der wegen seiner Statur, seines schleichenden Ganges und seiner krummen Haltung den Spitznamen ‚die bucklige Katze' führte."[3]

Bülow schildert in den „Denkwürdigkeiten" sein Leben und seine Zeit in epischer Breite. Dabei stellt er sein politisches Wirken als eine Serie großer Erfolge dar. Selbstkritik fehlt fast völlig. Die „Denkwürdigkeiten" sind außerordentlich plastisch und bilderreich geschrieben, ja oft amüsant. Meisterhaft ist die Schilderung von Personen. Solche Zeitgenossen freilich, die er hasste, wusste der Verfasser mit wenigen Strichen als lächerliche Figuren hinzustellen.

---

1 Bernhard Fürst von Bülow, Denkwürdigkeiten, Bd. 3: Weltkrieg und Zusammenbruch, Berlin 1931, S. 34.

2 Ebenda, S. 37.

3 Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen, Fürst Bülows Denkwürdigkeiten. Untersuchungen zu ihrer Entstehungsgeschichte und ihrer Kritik, Tübingen 1956, S. 312.

Nach der Veröffentlichung der „Denkwürdigkeiten“ setzte sehr schnell eine wahre Sturzflut von Anti-Bülow-Pamphleten ein. Die wirkungsvollste unter diesen Kampschriften war der Band „Front wider Bülow“.[4] In diesem Sammelband kamen neben den Historikern Friedrich Thimme, Johannes Haller und Bernhard Schwertfeger vor allem solche Politiker der Kaiserzeit zu Wort, die Bülow in seinen „Denkwürdigkeiten“ scharf attackiert hatte. Sie alle verdammten die Politik Bülows und zeichneten insbesondere ein rabenschwarzes Bild seines Charakters.

Man muss aber doch die Frage stellen, von welchen Motiven sich Haller und seine Mitstreiter leiten ließen. Gewiss waren diese Autoren empört darüber, dass der Exkanzler sich in seinen „Denkwürdigkeiten“ selbst beweihräucherte, Dinge vorsätzlich verdrehte, etliche seiner Standesgenossen in ausgesprochen boshafter Weise schilderte. Aber diese Empörung war doch nur ein nachgeordnetes Motiv, und sie wirkt mitunter auch aufgesetzt. Haller und die Seinen verdammten Bülow vor allem deshalb, weil in dessen Memoiren eben auch jede Menge peinlicher Enthüllungen über Kaiser Wilhelm II., die „gute Gesellschaft“ der Kaiserzeit und namentlich über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges zu finden waren.

Die bleibende Bedeutung der „Denkwürdigkeiten“ liegt vor allem in der Vermittlung der Atmosphäre, welche in der Hofgesellschaft Wilhelms II. bestand. Niemand konnte den Byzantinismus um Wilhelm II. besser schildern als der Byzantinist Bülow. „Die ‚Denkwürdigkeiten’“, so schrieb damals der liberale Historiker Veit Valentin,

> „sind ein reiches farbiges Buch; man wird sie noch lesen, wenn alle aufgeregten, geärgerten, beleidigten Kommentatoren und Kritiker von heute vergessen sind. Hier ist einmal das vorhanden, was deutschen Memoiren sonst fehlt, das Wechselvolle, das vielfältig Gespiegelte, der Rhythmus der Zeit, das subjektiv nur allzu Wahre bei viel objektiver Unzuverlässigkeit.“[5]

Auch Jagow hatte zu dem Band „Front wider Bülow“ einen Beitrag geliefert. Er trug den Titel „Die Anklagen des Fürsten Bülow gegen ‚Die Staatsmänner von 1914’“. Jagows erster Satz lautete:

> „Es wird wohl wenig Deutsche geben, bei denen die Lektüre der Memoiren des Fürsten Bülow nicht Widerwillen und ein gewisses Schamgefühl, daß ein deutscher Reichskanzler Derartiges schreiben konnte, erregt hat.“[6]

---

4 Friedrich Thimme (Hg.): Front wider Bülow. Staatsmänner, Diplomaten und Forscher zu seinen Denkwürdigkeiten. München 1931.

5 Veit Valentin, in: Vossische Zeitung, Nr. 140 vom 24.4.1931, Morgen-Ausgabe.

6 In: Friedrich von Thimme (Hg.), S. 210.

Einige Zeilen später folgt der Satz:

> „Es widert einen an, auf die zahllosen Anwürfe und Geschmacklosigkeiten einzugehen, und es ist peinlich gegen einen Toten zu polemisieren und ihn der Unwahrhaftigkeit zeihen zu müssen.“[7]

Zum Weg Jagows bis 1914

Bülow hatte im dritten Band seiner „Denkwürdigkeiten“ betont, dass Jagow seine diplomatische Karriere großenteils ihm verdankte, und dieser bestritt das in seinem Beitrag zum Anti-Bülowbuch nicht. Jagow wurde 1909 Botschafter in Rom und im Januar 1912 nach dem plötzlichen Tod Alfred von Kiderlens Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Der bisherige Innenpolitiker Bethmann Hollweg war für das Feld der Außenpolitik natürlich auf die Unterstützung durch einen versierten Staatssekretär des Auswärtigen Amtes angewiesen. Jagow wurde ihm ein loyaler Mitarbeiter. Bethmann Hollweg seinerseits kam mit dem anpassungsbereiten Jagow weit besser zurecht als mit dem energiegeladenen und sehr selbstbewussten Kiderlen, der ihm die Leitung der Außenpolitik weitgehend aus der Hand genommen hatte. Wie Kanzler Bethmann Hollweg trat Jagow den uferlosen Forderungen des Admirals Tirpitz entgegen, weshalb dieser ihm zum „Feind der Marine“ erklärte.[8]

Kiderlen hatte die Berichte des Fürsten Karl Max von Lichnowsky, der seit 1912 Botschafter in London war, sorgsam beachtet. Lichnowsky hatte immer wieder gewarnt: komme es zum Krieg, dann werde Großbritannien an der Seite Frankreichs und Russlands eingreifen. Jagow stand den Warnungen des Botschafters skeptisch gegenüber. So schrieb er ihm am 26. Februar 1914: „Ich möchte glauben, Sie sehen manchmal etwas zu schwarz [...]. Wir haben doch nicht umsonst unsere Flotte gebaut.“[9]

Kiderlen hatte Präventivkriege generell abgelehnt, Jagow hingegen mochte sie nicht ausschließen.[10] Das Argument vieler deutscher Militärs, das militärische Kräfteverhältnis zwischen dem deutsch-österreichischen Block und der Entente werde in zwei bis drei Jahren ungünstiger als derzeit sein, beeindruckte ihn. So hatte Generalstabschef Helmuth von Moltke der Jüngere am 20. Mai 1914 zu ihm gesagt:

---

7 Ebenda.

8 Walter Görlitz (Hg.): Regierte der Kaiser? Kriegstagebücher, Aufzeichnungen und Briefe des Chefs des Marine-Kabinetts Admiral Georg Alex.

9 Siehe Ralf Forsbach, Alfred von Kiderlen-Wächter (1852–1912). Ein Diplomatenleben im Kaiserreich, 2. Teilband, Göttingen 1997, S. 751, Anm. 8.

10 Siehe Ebenda, S. 741, Anm. 405.

> „In 2–3 Jahren würde Russland seine Rüstungen beendet haben. Die militärische Übermacht unserer Feinde wäre dann so groß, dass er nicht wüsste, wie wir ihrer Herr werden könnten. Jetzt wären wir ihnen noch einigermaßen gewachsen. Es bleibe seiner Ansicht nach nichts übrig, als einen Präventivkrieg zu führen, um den Gegner zu schlagen, so lange wir den Kampf noch einigermaßen bestehen könnten. Der Generalstabschef stellte mir demgemäß anheim, unsere Politik auf die baldige Herbeiführung eines Krieges einzustellen."[11]

Am Vorabend des Weltkriegs vertrat Jagow die Auffassung, Russland werde, auch wenn es derzeit noch nicht zum Krieg bereit sei, schon bald Deutschland mit seinen riesigen Streitkräften, der Ostseeflotte und seinem strategischen Schienennetz überrennen.[12]

Während der Julikrise, am 20. des Monats, bat Jagow den Admiral Paul Behncke, Abteilungschef im Admiralstab, zu sich und erklärte: er glaube, dass Großbritannien im Falle eines Krieges zwischen den beiden Mächtegruppierungen neutral bleiben werde. Man könne aber die Briten in dieser Haltung bestärken, indem man ihnen zu verstehen gebe: griffen sie doch gegen Deutschland in den Krieg ein, dann werde die deutsche Armee in Holland einmarschieren. Als der gescheite Kapitän zur See Albert Hopman, ein vertrauter Mitarbeiter von Tirpitz, von dieser Idee Jagows erfuhr, sprach er mit Admiral Eduard von Capelle, darüber. Beide waren sich einig: „Was Dümmeres" gäbe es nicht.[13]

Am 28. Juli hat Kaiser Wilhelm. bekanntlich die Antwortnote der serbischen Regierung auf das österreichische Ultimatum in einem Handschreiben an Jagow mit den Worten kommentiert: „durch sie entfällt jeder Grund zum Kriege".[14] Der Aufforderung Wilhelms, diese kaiserliche Meinung nach Wien weiterzugeben, kam Jagow nicht nach.

Jagow hat offenkundig bis in die letzten Julitage hinein geglaubt, Großbritannien werde in dem bevorstehenden Krieg neutral bleiben. Erst am 2. August äußerte er gegenüber einem Vertreter des Reichsmarineamts: seit etwa 1–2 Tagen sei er der Meinung, Großbritannien werde „gegen uns gehen".[15]

---

11 Egmont Zechlin, Krieg und Kriegsrisiko. Zur deutschen Politik im Ersten Weltkrieg. Aufsätze, Düsseldorf 1979, S. 97f.

12 Christopher Clark, Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog, München 2013, S. 540.

13 Michael Epkenhans (Hg.): Albrecht Hopman. Das ereignisreiche Leben des ‚Wilhelminers'. Tagebücher, Briefe, Aufzeichnungen 1901 bis 1920, München 2004, S. 392.

14 Zit. nach: Gerd Krumeich, Juli 1914. Eine Bilanz, Paderborn u.a.O. 2014, S. 286.

15 Michael Epkenhans (Hg.), S. 391, Anm. 162.

Bülows Kritik an der Politik der Reichsregierung während der Julikrise 1914

Am 5. Juli 1914 haben Kaiser Wilhelm II. und Reichskanzler Bethmann Hollweg in Potsdam beschlossen, der Regierung Österreich-Ungarns den berüchtigten „Blankoscheck" für einen Angriff auf Serbien auszustellen. Jagow, der auf Urlaub war, nahm an dem Treffen nicht teil. Bethmann Hollweg verständigte noch am 5. Juli in Berlin den österreichisch-ungarischen Botschafter Laszlo Graf von Szögyény-Marich, und der informierte am 6. Juli seine Regierung. Am gleichen Tag kehrte Jagow zurück.

Bethmann Hollweg und Jagow kamen während der Julikrise nicht auf die Idee, Bülow, der ihnen an diplomatischer Erfahrung so viel voraus hatte, um Rat zu fragen. Bülow hielt sich zu dieser Zeit wie gewohnt auf Norderney auf. Von dem Ultimatum der österreich-ungarischen Regierung an Serbien vom 23. Juli, das den Vorwand für einen Angriffskrieg schaffen sollte, erfuhr er erst aus der Zeitung. Nach Kriegsbeginn siedelte er nach Hamburg über.

Bülow fuhr am 11.°August nach Berlin, wo er bis Ende Oktober blieb. Er hatte um den 13.°August eine Unterredung mit Bethmann, blieb aber ansonsten ohne Kontakt zu den Regierenden. In den folgenden Wochen sprach er sich mit etlichen wohlinformierten Leuten aus, so mit Lichnowsky, dem Reeder Albert Ballin, dem bayerischen Gesandten Hugo Graf von und zu Lerchenfeld, dem nationalliberalen Politiker Ernst Bassermann und dem Zentrumspolitiker Matthias Erzberger.

Bei dieser Gelegenheit lernte Bülow auch den Inhalt des Briefes kennen, den Jagow am 18. Juli 1914 an Lichnowsky geschrieben hatte. Dieses Schreiben ist ein Schlüsseldokument für die geheime Geschichte der Julikrise. Jagow schrieb darin unter anderem:

> „Wir müssen sehen, den Konflikt zwischen Österreich und Serbien zu lokalisieren. Ob dies gelingen kann, wird zunächst von Russland und in zweiter Linie von dem mässigenden Einfluss seiner Ententebrüder abhängen. Je entschlossener sich Österreich zeigt, je energischer wir es stützen, um so eher wird Russland still bleiben. [...] Lässt sich die Lokalisierung nicht erreichen und greift Russland Österreich an, so tritt der casus foederis ein, so können wir Österreich nicht opfern. Wir ständen dann in einer nicht gerade proud zu nennenden Isolation. Ich will keinen Präventivkrieg, aber wenn der Kampf sich bietet, dürfen wir nicht kneifen."[16]

16 Zit. nach: Gerd Krumeich, S. 253f.

Die Idee, den österreichisch-serbischen Konflikt zu „lokalisieren", hatte Jagow zwei Wochen zuvor erstmalig formuliert.[17] Die Hoffnung der deutschen Reichsregierung, Russland werde tatenlos zusehen, wenn Österreich-Ungarn Serbien überfiel, war unrealistisch. Es war ein Vabanque-Spiel, bei dem die Berliner Regierenden den Ausbruch eines großen Krieges wissentlich in Kauf nahmen.[18]

Lichnowsky sprach im Herbst 1914 auch mit Tirpitz und dem liberalen Publizisten Theodor Wolff. Tirpitz berichtete seinem Vertrauten Hopman von dem Gespräch. Hopman hielt von dem, was der Admiral ihm erzählte, am 16. September in seinem Tagebuch fest:

> „Unser Verhalten vor dem Kriege habe uns jetzt in der ganzen Welt als die Friedensstörer und Kriegshetzer hingestellt und ein furchtbares Odium auf uns geladen. Die Diplomaten der Wilhelmstraße hätten schrecklich versagt. Reichskanzler non valeur. Jagow Schlafmütze, Stumm Narr. Es ist viel Wahres in dem, was Lichnowsky sagt."[19]

Im Gespräch mit Wolff bezeichnete Lichnowsky den Dirigenten der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Wilhelm von Stumm als „bösen Geist", „der Jagow völlig beherrscht".[20]

Seitdem Bülow im Herbst 1914 erfahren hatte, wie Bethmann und die Seinen unter denkbar ungünstigen Bedingungen den Weltkrieg ausgelöst hatten, kritisierte er diese Politik intern aufs schärfste. In zahllosen Gesprächen, Tagebuchaufzeichnungen, Briefen und später auf vielen Seiten seiner „Denkwürdigkeiten" erklärte er immer wieder, Bethmann und seine Ratgeber hätten 1914 keinen großen Krieg gewollt, ihn aber dennoch durch Leichtfertigkeit und Dummheit herbeigeführt. Die Vorwürfe, welche der Exkanzler in seinen „Denkwürdigkeiten" gegen die Politik Bethmanns erhob, sind in der Literatur zumeist als gehässige, reinweg persönlich motivierte Kritik ex post abgetan worden. Quellen wie die unveröffentlichten „Merkbücher" Bülows sowie die Tagebücher Theodor Wolffs zeigen aber, dass Bülow bereits im Jahre 1914 ein ernstzunehmender Kritiker Bethmanns war.

Bei Bülow überwog der Eindruck, Bethmann und seine Ratgeber hätten mit der Möglichkeit gerechnet, ein Überfall Österreich-Ungarns auf Serbien könne „lokalisiert" werden. Im September 1914 charakterisierte der Exkanz-

17 Ebenda, S. 82.
18 Ebenda, S. 85.
19 Michael Epkenhans (Hg.), S. 437.
20 Guenther Roth und John C. G. Röhl (Hg.), Aus dem Großen Hauptquartier. Kurt Riezlers Briefe an Käthe Liebermann, Wiesbaden 2014, S. 92f.

ler den Leitgedanken, dem die deutsche Reichsregierung in der Julikrise folgte, so:

> „Der gegebene Weg, um das österreichische Prestige wieder aufzufrischen, sei ein diplomatischer Erfolg gegenüber Serbien, der aber nur dann wirksam sein würde, wenn er mit einer militärischen Züchtigung dieses [...] Nachbarn verbunden würde.“[21]

Und in seinem Merkbuch F notierte er im Oktober 1914:

> „Hammann [sein einstiger Pressechef, der auch unter Bethmann Hollweg im Amt geblieben war – der Vf.] im Oktober 14 an Lichnowsky: ‚Wir hofften, daß wir ohne Krieg Rußland demütigen würden; es wäre doch ein schöner Erfolg gewesen‘.“[22]

Hin und wieder ahnte Bülow jedoch etwas von der Doppelgleisigkeit der Politik Bethmanns Hollweg, der neben einem lokalisierten Krieg Österreich-Ungarns gegen Serbien auch einen Kontinentalkrieg des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns gegen Russland und Frankreich ins Kalkül zog. In diesem Sinne formulierte er in seinen Merkbüchern wiederholt, so schon im Herbst 1914, Deutschland führe einen „prophylaktischen Krieg“,[23] also einen Angriffskrieg. Und in der Tat hat (was Bülow nicht wissen konnte) einer der engsten Mitarbeiter Bethmann Hollwegs, Unterstaatssekretär Arthur Zimmermann, bereits Anfang Juli 1914 zu dem Kabinettschef im österreich-ungarischen Außenministerium, Alexander Graf Hoyos, gesagt: „Ja, 90 Prozent Wahrscheinlichkeit für einen europäischen Krieg, wenn Sie etwas gegen Serbien unternehmen.“[24]

Generell ist zu der Kritik, die Bülow an der Politik der Reichsregierung übte, anzumerken, dass der Exkanzler erkannt hatte, wie Bethmann Hollweg und seine Ratgeber während der Julikrise die begrenzten Möglichkeiten, noch am Krieg vorbeizusteuern, nicht nutzten. Dabei überschätzte er freilich den Handlungsspielraum der Reichsregierung. In Wirklichkeit lag im Sommer 1914 die Entscheidung über Krieg und Frieden nicht im alleinigen Ermessen des Reichskanzlers. Zu diesem Zeitpunkt glaubten maßgebliche Vertreter von Militärführung und Reichsregierung, der große Krieg werde über kurz oder lang zwangsläufig kommen, und angesichts der großen Rüstungsprogramme der Ententestaaten würden die Erfolgsaussichten Deutschlands immer geringer.

---

21 Bundesarchiv Koblenz, Nachlass Fürst von Bülow, Nr. 38, Bd. 11.
22 Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen, S. 57.
23 Ebenda, S. 63.
24 Zit. nach: Alfred Gasser, Preußischer Militärgeist und Kriegsentfesselung. Drei Studien zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, Basel, Frankfurt/M. 1985, S. 112.

Bülow und Jagow während der „Römischen Mission“ Bülows 1914/15

Da Deutschland und Österreich-Ungarn den Krieg ausgelöst hatten, war Italien nach Artikel 2 und 3 des Dreibundvertrages nicht verpflichtet, sie militärisch zu unterstützen. Die italienische Regierung besaß somit eine unanfechtbare Handhabe, um sich nicht von ihren Bundesgenossen in den Krieg hineinziehen zu lassen. In der Berliner Wilhelmstraße war man aber guten Mutes, dass Italien schließlich doch auf der deutsch-österreichischen Seite zu den Waffen greifen würde. Bülow hatte lange Zeit die Stabilität des Dreibundes überschätzt. Mittlerweile war ihm klar geworden: die herrschenden Kreise Italiens würden kühl rechnend ihren Vorteil suchen. Da ihr Expansionsstreben sich vor allem gegen Österreich-Ungarn richtete, war die Waffenhilfe und selbst die bloße Neutralität Italiens nur unter einer Bedingung zu haben: Österreich-Ungarn musste handfeste territoriale Zugeständnisse machen. Die Politiker der Entente entfalteten am Tiber große Aktivität. Wollte Deutschland nicht ins Hintertreffen geraten, dann musste es in Rom durch einen besonders versierten Diplomaten vertreten werden. Anfang August 1914 übermittelte Ballin dem Kaiser: Bülow sei bereit, als Vertreter des Deutschen Reiches nach Rom zu gehen. Im Klartext hieß das: Bülow schlug vor, den derzeitigen deutschen Botschafter in Rom, Hans von Flotow, abzulösen und ihn selber zu berufen. Doch Wilhelm II., Bethmann und Jagow waren strikt dagegen. Sie argwöhnten, ein Erfolg Bülows in Rom werde dessen politisches Comeback einleiten und womöglich sei dann nicht einmal dessen neuerliche Berufung zum Reichskanzler zu vermeiden.

Jagow war auch aus einem sehr persönlichen Motiv heraus gegen eine Entsendung Bülows: er wollte verhindern, dass man seinem Freund Flotow den schönen Botschafterposten in Rom wegnehmen würde. Zum Fürsten Karl von Wedel sagte er: niemand könne von ihm verlangen, dass er seinem liebsten Freunde, Hans von Flotow, bitteres Herzleid bereite.[25]

Immer lauter erscholl in der deutschen Öffentlichkeit der Ruf, Bülow nach Rom zu schicken. Bethmann und Jagow wehrten sich erbittert. Jagow telegraphierte am 22. November an das Auswärtige Amt, man solle gegebenenfalls verbreiten, Bülow sei einer solchen Aufgabe „gesundheitlich ... nicht gewachsen“.[26] Doch Unterstaatssekretär Zimmermann, der die Ernennung Bülows für notwendig hielt, versetzte Bethmann am gleichen Tage mit einem Telegramm in Schrecken, in dem er ausführte: werde anstelle Bülows ein anderer Botschafter ernannt und löse der seine Aufgabe nicht, dann werde

25 Bernhard Fürst von Bülow, Bd. 3, S. 200.

26 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin, Deutschland 122, Nr. 13 secr. Bd. 1, unpag.

> „die öffentliche Meinung unzweifelhaft gegen Euere Exzellenz den Vorwurf erheben, Seine Majestät nicht über die Stimmung im Volke unterrichtet und daher die Entsendung des geeigneten Vertreters versäumt zu haben“.[27]

Bethmann telegraphierte daraufhin vergeblich an Zimmermann, hinter der Kampagne zugunsten Bülows stehe eine „Intrige zur allgemeinen Diskreditierung der Politik der letzten fünf Jahre. Der Erfolg dieser Intrige kann für Geschicke des Landes unheilbringend werden“.[28]

Sehr unfreiwillig schlug nun Bethmann am 29. November dem Kaiser vor, Bülow zu ernennen. Wilhelm II. schrieb lapidar auf das Telegramm: „Einverstanden“.[29] Am folgenden Tage informierte Bethmann dann Bülow. Dieser wurde übrigens nicht zum Nachfolger Flotows – der sich krank gemeldet hatte – ernannt, sondern zum außerordentlichen Botschafter, gewissermaßen zum zeitweiligen Vertreter Flotows. Am 17. Dezember traf er in Rom ein.

In Rom erhielt Bülow einen Brief seines Vertrauensmannes Eugen Zimmermann vom 31. Dezember, in dem eine erstaunliche Mitteilung enthalten war:

> „Staatssekretär von Jagow sagte hier unmittelbar nach Ihrer Abfahrt von Berlin, Italiens seien wir vollkommen sicher, es werde eingreifen und zwar auf Deutschlands Seite, darüber sei kein Zweifel.“[30]

Die italienische Öffentlichkeit war in zwei Lager geteilt: in „Interventionisten“ und „Neutralisten“. Die „Interventionisten“ wollten an der Seite der Entente in den Krieg eingreifen. Sie verfolgten Kriegsziele, die sich gegen Österreich-Ungarn richteten. Ihr militantester Wortführer war Benito Mussolini. Die „Neutralisten“ rechneten mit einem langwierigen und verlustreichen Krieg und wollten Italien heraushalten. Dabei wollten sie die Zwangslage Österreich-Ungarns energisch ausnutzen und von ihm territoriale Zugeständnisse erzwingen.

Bülow drängte seit dem 29. Dezember die deutsche Reichsregierung immer wieder, die österreichische Regierung zur Abtretung des Trentino (Südtirol) an Italien zu zwingen und so den „Interventionisten“ den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Bülow nutzte seine weitreichenden gesellschaftlichen Verbindungen und versuchte mit großem Einsatz, die „Neutralisten“ zu stärken und auf die

27 Ebenda.
28 Ebenda.
29 Ebenda.
30 Bundesarchiv Koblenz, Nachlass Fürst von Bülow, Nr. 38, Bd. 321.

italienische Öffentlichkeit Einfluss zu nehmen. Flotow, der in Italien geblieben war, korrespondierte hinter Bülows Rücken mit dem Auswärtigen Amt und mit Angehörigen der Botschaft, intrigierte nach Kräften gegen seinen unerwünschten Vertreter.

In den folgenden Monaten bemühte die deutsche Reichsregierung sich dann, die regierenden Kreise Österreich-Ungarns zu Konzessionen an Italien zu bewegen. Dabei zeigte sich freilich, dass Bethmann Hollweg und Jagow der Intransigenz des österreichisch-ungarischen Außenministers Stephan Frh. Burián einfach nicht gewachsen waren. Bis Mai 1915 wiederholte sich ständig der gleiche Vorgang: die deutsche Regierung übte Druck auf die österreichische Regierung aus, diese gab zähneknirschend schließlich nach, machte die Zugeständnisse durch Obstruktion unwirksam – und es verging jeweils einige Zeit, bis die Reichsregierung das durchschaute.

Am 8. März 1916 beschloss die österreichisch-ungarische Regierung, einen Teil des Trentino (etwa zwei Drittel des von Italienern bewohnten Gebietes) an Italien abzutreten. Zu diesem Zeitpunkt waren die italienischen „Neutralisten“ um Giovanni Giolitti einem Sieg über die „Interventionisten“ sehr nahe. Doch Burián ließ nicht weniger als 19 Tage verstreichen, bevor er der italienischen Regierung sein Angebot übermittelte. In der Zwischenzeit waren sich Ministerpräsident Antonio Salandra und Außenminister Sidney Sonnino mit den Ententemächten, die weitaus mehr als Burián anboten, weitgehend einig geworden. Als die italienische Regierung dann am 8. April ihre Forderungen an Österreich-Ungarn fixierte, war sie insgeheim bereits zum Krieg gegen Österreich entschlossen.

Am 10. April schlug Generalstabschef Erich von Falkenhayn der Reichsregierung vor, man solle alle Forderungen der Italiener erfüllen und später mit ihnen abrechnen.[31] Jagow wies den General zwar darauf hin, dass die Italiener vermutlich eine deutsche Garantie fordern würden, was eine künftige Abrechnung erschweren würde. Gleichwohl formulierte er in einem Telegramm an Heinrich von Tschirschky, den Botschafter in Wien: eventuell könne bei späterer Gelegenheit mit den Italienern abgerechnet werden.[32]

Das Telegramm wurde am 12. April abgeschickt. Zwei Tage später sprach Jagow in einem weiteren Telegramm an Tschirschky wiederum von künftiger Abrechnung. Gleichzeitig richtete er an Bülow ein Telegramm, in dem er die Absicht einer künftigen Abrechnung verschwieg.[33] Das Telegramm an Tschirschky wurde von den Franzosen abgefangen, und Außenminister

31 Alberto Monticone, Deutschland und die Neutralität Italiens, Wiesbaden 1982, S. 133.
32 Ebenda, S. 147.
33 Ebenda.

Théophile Delcassé konnte es dem italienischen Botschafter in Paris, Tommaso Tittoni, zeigen.[34] Man wusste in Rom nun, dass die deutsche Reichsregierung ein doppeltes Spiel spielte.

Am 10.°Mai 1915 nötigte Bülow schließlich den österreichisch-ungarischen Botschafter in Rom, Karl Frhr. von Macchio, den Forderungen der italienischen Regierung in einer Note weit entgegenzukommen und die Abtretung aller italienischsprachigen Gebiete im Trentino und am Isonzo zuzusagen sowie die Abtretung einiger Adriainseln in Aussicht zu stellen. Doch Burián weigerte sich auch jetzt (am 18. Mai) schroff, die entscheidende italienische Forderung – die nach sofortiger Übergabe jener Gebiete, die an Italien abgetreten werden sollten – zu erfüllen und entschied dadurch letztendlich den innenpolitischen Streit in Italien zugunsten der „Interventionisten". Damit waren nun endgültig die Würfel gefallen und Bülows Mission gescheitert. Am 23.°Mai 1915 erklärte die italienische Regierung Österreich-Ungarn den Krieg.

Bülow und Jagow im Kriege 1914–1917

Das Große Hauptquartier mit Kaiser Wilhelm II. und der Militärführung befand sich erst in Koblenz, dann in Luxemburg, schließlich in Charleville. Auch Reichskanzler Bethmann Hollweg, Jagow und Stumm hielten sich hier auf.

Es verärgerte Jagow verständlicherweise, wenn Bethmann Hollweg zu dem jungen Kurt Riezler ein vertrauensvolles Verhältnis entwickelte und oft auf ihn hörte. Riezler seinerseits bezeichnete Jagow in seinen Briefen an seine Verlobte Käthe Liebermann wiederholt als seinen „Feind".[35] Am 30. Oktober 1914 bezeichnete er Jagow als „klug, kahl verdorben, etwas mesquin und bösartig wie die körperlich benachteiligten, indicium hat er. Zähigkeit auch."[36]

Am 9. März 1915 notierte Harry Graf Kessler nach einem Gespräch mit Marie von Hindenburg (der Gattin des Botschaftsrats Herbert von Hindenburg) über Jagow: dieser lasse sich nur von Rancünegefühlen leiten. Als erstes der Jagowschen Rancünegefühle nannte er: „Abneigung gegen Bülow".[37] Der wiederum hegte heftige Abneigung gegen Bethmann Hollweg,

34 Ebenda, S. 225.
35 Siehe Guenther Roth und John C. G. Röhl (Hg.), S. 240.
36 Ebenda, S. 133, Anm. 28.
37 Harry Graf Kessler, Das Tagebuch (1880–1937). Gesamtausgabe, Bd. 5: 1914–1916, Stuttgart 2008, S. 250.

Jagow und Stumm. In einem Gespräch mit Wolff sagte er am 31. Januar 1916 über den Kriegsausbruch 1914:

> „Dieser brave Bethmann, der keine Ahnung von der Welt draußen hat, dieser erbärmliche Jagow, der sich mit kleinen Malicen behilft und nie Frankreich, nie Rußland, nie England, nie den Orient gesehen hat, und dieser Stumm, der geisteskrank ist, ein Halbverrückter, haben das Unheil heraufbeschworen.“[38]

Der Chef des Marinekabinetts, Admiral Georg Alexander von Müller, der keineswegs ein Scharfmacher war, sagte am 17. Februar 1916 zu Carl Georg von Treutler, dem Vertreter des Reichskanzlers im Großen Hauptquartier: Jagow „sei doch zu wenig Persönlichkeit, wenigstens nach außen hin, er müsse abgelöst werden.“[39]

Bülow hatte ja nach seiner Rückkehr aus Rom kein Amt mehr. Er kam aber des Öfteren nach Berlin, sprach mit zahlreichen Politikern und Journalisten und arbeitete auf ein Comeback hin, das Bethmann Hollweg und Jagow natürlich verhindern wollten. Ihre Position unterschied sich in zwei grundlegenden Fragen diametral von der Bülows. Bülow war gegen die Errichtung eines polnischen Satellitenstaates, die Bethmann Hollweg und Jagow anstrebten. Er befürchtete einen Separatfrieden mit Russland, für den Bethmann Hollweg und Jagow keine Möglichkeit sahen. Bethmann Hollweg und Jagow stemmten sich gegen einen rücksichtslosen U-Bootkrieg, Bülow befürwortete ihn.[40] Als dann das bisherige Russisch-Polen zum Königreich proklamiert wurde, war jede Chance, mit Russland zu einem Separatfrieden zu gelangen, dahin. Erbittert notierte Hopman am 14. August 1916 in seinem Tagebuch über Bethmann Hollweg: „Der Mann und seine ganze Clique gehört in das Irrenhaus oder an den Galgen.“[41]

Am 6.°September 1916 sprach der mittlerweile zum Vizeadmiral beförderte Hopman mit Hugo Stinnes. Als Fazit der Äußerungen von Stinnes hielt er fest: „Wilhelmstraße Idioten, besonders Jagow und Stumm.“[42] Zwei Monate später, am 5.°November 1916 vermerkte Hopman in seinem Tagebuch, Bethmann Hollweg wolle „Frieden um jeden Preis“ unter Aufgabe der Welt- und Flottenpolitik. „v. Holtzendorff, v. Müller, Helfferich, Jagow usw. arbeiten alle in dieser Richtung und bekommen die Massen, die genug vom Krieg haben, für sich.“[43]

---

38 Zit. nach: Guenther Roth und John C. G. Röhl (Hg.), S. 92.
39 Walter Görlitz (Hg.), S. 156.
40 Siehe Michael Epkenhans (Hg.), S. 770, 812f., 851.
41 Ebenda, S. 851.
42 Ebenda, S. 868.
43 Ebenda, S. 913.

Auf Druck der Obersten Heeresleitung musste Jagow schließlich am 21. November 1916 zurücktreten. Hopman hat sich später mehrmals mit dem Gestürzten unterhalten. Am 30. Juni 1917 hielt er fest, was Jagow über Bülow gesagt hatte:

> „Bülow hat Kaiser in seinen 13 Jahren verdorben, indem er dem Kaiser immer schmeichelte, was für ein glänzender genialer Diplomat er sei und alles, was geschah immer so darstellte, als sei es im Kopf des Kaisers entstanden."[44]

Die Äußerung zeigt die tiefe Aversion, die Jagow gegen seinen einstigen Förderer hegte. Diese Sicht Jagows ist nicht ganz falsch, aber doch sehr einseitig. Angesichts der Machtfülle des Kaisers, seines Strebens nach einem „persönlichen Regiment" sowie seines komplizierten Naturells war es für einen leitenden Politiker des Deutschen Reiches zumindest bis zum Kriegsausbruch 1914 eine Existenzfrage, mit dem Monarchen gut zurechtzukommen und unaufhörlich auf ihn einzuwirken. Es ist Bülow in seiner Amtszeit weitgehend gelungen, den Kaiser durch eine Kombination von Schmeichelei und vorsichtiger Beharrlichkeit unauffällig zu lenken. Als Bülow im Jahre 1897 zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes berufen wurde, waren die charakteristischen Eigenschaften und Vorstellungen Wilhelms II. längst ausgeprägt. Zu „verderben" war an dem Monarchen nicht mehr viel.

44 Ebenda, S. 994.

Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin *142 (2020), 43–62*

Hartwin Spenkuch

„Der einzige deutsche Staatsmann, der aktiv darum bemüht war, den Ausbruch eines Krieges zu verhindern“[1] – Karl Fürst Lichnowsky, Gottlieb von Jagow, das Hoffen auf Englands Neutralität 1912–1914 und die Kriegsschuldfrage

Der Beitrag behandelt in gebotener Kürze drei verknüpfte Themenfelder: Biographie und außenpolitische Konzeption Lichnowskys als deutscher Botschafter in London Ende 1912 bis Anfang August 1914; den innerdeutschen Skandal um Lichnowskys Broschüre „Meine Londoner Mission“ 1918 und die daran anschließende frühe Debatte um die deutsche Kriegsschuld am Ersten Weltkrieg. Es soll gezeigt werden, dass erstens Lichnowsky der wohl einzige deutsche Spitzendiplomat war, dessen Ziel im Sommer 1914 Kriegsverhinderung hieß, dass er zweitens merklich andere außenpolitische Leitlinien verfolgte als die deutsche Reichsleitung bzw. Militärführung und dass es damit drittens Alternativen zum aus Einkreisungsperzeption und hypertropher Russophobie gespeisten außenpolitischen Hazardspiel Berlins in der Julikrise 1914 gab. Mit Lichnowsky an der Spitze hätte die große Katastrophe (mindestens) 1914 nicht stattgefunden. Sein Scheitern war Europas Verhängnis.

I

Zunächst kurz zum biographischen Hintergrund. Karl Lichnowsky entstammte einem oberschlesischen, seit 1723 österreichisch-reichsgräflichen und seit 1773 preußisch-fürstlichen Haus. Sein Urgroßvater lud in Wien Beethoven zu Konzerten und gab ihm 600 Gulden Jahreszuschuss; sein Onkel Felix war liberal-konservativer Abgeordneter der Frankfurter National-

1 Titelzitat Annika Mombauer, Die Julikrise. Europas Weg in den Ersten Weltkrieg, München 2014, S. 78. Ähnlich John C. G. Röhl, Artikel Karl Max Fürst Lichnowsky, in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 14, München 1985, S. 443–445, S. 444: „1914 war L. der einzige deutsche Diplomat, der unmittelbar den Krieg zu verhindern suchte“ sowie bereits Fritz Fischer, Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914, Düsseldorf 1969, S. 667: Lichnowsky gehörte zu den „entschiedenen Gegnern eines europäischen Krieges“.

versammlung 1848 und fiel dort Mitte September einem Mob zum Opfer. Sein Vater Karl (1818–1901) gehörte 1867–77 für die Freikonservativen dem Reichstag an und nahm seit 1854, wie ab 1901 der Sohn, einen erblichen Sitz im Preußischen Herrenhaus ein. Als katholischer Standesherr mit circa 13.000 ha (130 km^2) landwirtschaftlichem Grundbesitz um Ratibor und Troppau in Preußisch- und Österreichisch-Schlesien und einem mittleren sechsstelligen Jahreseinkommen führte er den Titel „Durchlaucht", war sehr selbstbewusst, weltgewandt, und reich genug für eine modernisierungsoffenere Haltung als die meisten Landadeligen Ostelbiens, die Junker.[2] Er besuchte das vornehm-teure Vitzthumsche Gymnasium in Dresden, aber studierte nicht, sondern trat 1882 in das Berliner Garde-Husaren-Regiment ein. Wie andere Aristokraten gerade dieser Zeit von seinem hochadeligen Stand profitierend, gelang ihm schon im Folgejahr eine Kommandierung zur deutschen Botschaft in London.

Dort konnte er formell in die Diplomatenlaufbahn wechseln. Mehrfach versetzt (Stockholm, Konstantinopel, Dresden) forderte er „gute Posten" und lehnte Ende 1889 die Versetzung nach Athen oder ähnlich „kleine Orte" ab, erhielt das heimatnahe Dresden zugewiesen, aber forderte eine Position in der Zentrale, Rom, Paris oder London. In Bukarest lernte er 1891 den Gesandten Bernhard v. Bülow kennen und kam Mitte 1892 nach Wien. Dort arbeitete er unter Philipp Fürst zu Eulenburg und avancierte 1894 zum 1.°Botschaftssekretär. Lichnowsky nahm stetig Abwesenheiten zwecks Verwaltung seines Besitzes in Anspruch; er unternahm 1898/99 auch eine sechsmonatige Weltreise nach Ostasien und in die USA. 1899 machte ihn sein Gönner Bülow, nunmehr Staatssekretär, zum Personaldezernenten in der Berliner Zentrale, ein rasanter Aufstieg binnen zwölf Jahren.[3]

Im Auswärtigen Amt herrschte damals bekanntlich der Adel vor. Bürgerliche machten zwar 1871–1914 30% der Eintritte in die Diplomatenlaufbahn aus, aber erreichten ganze 11 (8,7%) von 127 Botschafter- und wichtigeren (europäischen) Gesandten-Positionen.[4] Als Personaldezernent bevor-

2 Zu Familie und Jugend vgl. Harry F. Young, Prince Lichnowsky and the Great War, Athens/Ga 1977, S. 1–7; knapper Lebensabriss bei Klaus Lindner, Karl Maximilian Fürst Lichnowsky (1860–1928), in: Schlesische Lebensbilder, Bd. 9, hg. von Joachim Bahlcke, Insingen 2007, S. 305–315. Besitz und Einkommen nach Rudolf Martin, Jahrbuch des Vermögens und Einkommens der Millionäre in Preußen, Berlin 1912, Teil II, S. 331.

3 Vgl. den Schriftwechsel 1888–95 in der Personalakte: PA AA, P 1 Nr. 8876 und 1895–1912 in Nr. 8877 (beide Akten unpagniert). Die diplomatischen Stationen nach Johannes Hürter, Maria Keipert u.a., Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes 1871–1945, 5 Bde., Bd. 3, Paderborn 2007, S. 71–73.

4 Lamar Cecil, The German Diplomatic Service 1871–1914, Princeton 1976, S. 68, 76: 121 Bürgerliche von 396 Rekrutierten. Prominente Botschafter im Fürsten- oder Grafen-Rang

zugte Lichnowsky auch gebürtige Preußen und, so 1900 explizit, „Leute guter Familien“, was primär preußische Adelige bedeutete. Er teilte schon aufgrund seines eigenen Lebensweges das (Vor-)Urteil im Adel, es komme in Führungsrängen auch der Diplomatie auf Persönlichkeit und Habitus, nicht Buchgelehrsamkeit an. Als später der Botschafterposten in Rom zu besetzen war, empfahl Lichnowsky einen hochadeligen Kandidaten (Carl Graf Wedel), weil es vor allem auf gute Umgangsformen, gesellschaftliche Gewandtheit, genügend Vermögen und „eine präsentable Frau“ ankomme, nicht bloß auf Arbeitsamkeit und Bildungszertifikate. Auch ihn selber zeichnete nicht büromäßige Aktenarbeit aus. Nach dem Urteil seines Londoner Mitarbeiters Richard von Kühlmann war er der Typ des „reichen, ästhetisch gebildeten, sehr eleganten deutsch-österreichischen Grandseigneurs, der mehr durch imposante Repräsentation und persönliche Liebenswürdigkeit wirkte“.[5]

Als Lichnowsky von Bülow bei Botschafter-Ernennungen mehrfach übergangen worden war, entsprach dies nicht seinem Statusdenken und der hohen Meinung von sich selbst. Er ließ sich ab 1.7.1904 unbegrenzt beurlauben und übernahm die seit dem Tode seines Vaters 1901 verwaiste Gutsverwaltung in Oberschlesien. Im gleichen Jahr heiratete der Fürst die achtzehn Jahre jüngere Gräfin Mechtilde Arco-Zinneberg aus katholischem bayerischem Uradel, eine emanzipierte Frau jenseits der wilhelminischen Konventionen, Kunstförderin und bald eine bekannte Schriftstellerin. Im Berliner Westen (Buchenstr. 2) unterhielt das Ehepaar ab 1908 ein großes Haus, gab gesellige Abende und sammelte bereits Bilder von Picasso. Als Herrenhausmitglied unterstützte Lichnowsky die antipolnische Linie Bülows, aber lehnte 1903 dessen Angebot des Oberpräsidenten-Postens in Posen ab. Er trat grundsätzlich für eine Reform des Dreiklassenwahlrechts ein, ohne sich 1910 zugunsten der Reformvorlage Bethmann Hollwegs zu engagieren. Dies hielt der Journalist Theodor Wolff Lichnowsky und anderen reichen schlesischen Adeligen in zwei Tageblatt-Artikeln 1910/1912 enttäuscht vor.

---

waren: Paul Graf Hatzfeldt, Chlodwig Fürst Hohenlohe, Georg Herbert Fürst Münster, Hugo Fürst Radolin, Heinrich VII. Prinz Reuß, Otto Fürst Stolberg-Wernigerode oder Carl Graf Wedel. Zur Übernahme junger Offiziere in die diplomatische Laufbahn vgl. Cecil, S. 104ff. , bes. S. 116 (Zunahme von Kommandierungen seit den 1880er Jahren) und S. 144f.

5 Cecil, Diplomatic Service, S. 77 und Zitat Lichnowsky gegenüber Baronin Spitzemberg Juli 1900 nach Rudolf Vierhaus (Hg.), Das Tagebuch der Baronin Spitzemberg, geborene Freiin v. Varnbüler. Aufzeichnungen aus der Hofgesellschaft des Hohenzollernreiches, 3. Aufl., Göttingen 1963, S. 397. Eckart Conze, Das Auswärtige Amt. Vom Kaiserreich bis in die Gegenwart, München 2013, S. 30 (Wedel). Richard von Kühlmann, Erinnerungen, Heidelberg 1948, S. 375 (Grandseigneur). Das Kolonialabkommen handelte 1912/13 wesentlich Kühlmann aus.

Seit 1909 publizierte Lichnowsky in Zeitungen, aufsehenerregend im linksliberalen Berliner Tageblatt Theodor Wolffs über politische Fragen. Mitte 1912 erschien in Ludwig Steins Zeitschrift „Nord und Süd" der Artikel „Deutsch-englische Mißverständnisse". Dessen Kernsätze lauteten, dass es zwar den deutsch-englischen Mächte-Gegensatz zumal wegen der Flottenrüstung und Deutschlands Aufstieg gebe, eine gewaltsame Lösung jedoch beider Interesse keinesfalls entspreche und „ein auf Achtung und Vertrauen begründetes Verhältnis trotz gewisser Empfindlichkeiten" bei gutem Willen allmählich herstellbar sei.[6]

Dieser Artikel, von Admiral von Müller an Wilhelm II. weitergereicht, gefiel diesem. Als wenige Monate später der Londoner Botschafterposten neu zu besetzen war, hatte der Kaiser einen Favoriten. Zwei Kandidaten des Kanzlers wurden von Wilhelm nicht goutiert bzw. sagten altershalber ab (Graf Hermann Hatzfeldt-Wildenburg, Karl von Eisendecher). Bethmann Hollweg schrieb, Lichnowsky komme zwar auch in Frage, aber seine Frau lasse sich

> „in ihren fast ausschließlich auf Kunst, Musik und namentlich Theater gerichteten Interessen stark gehen, hat für die soziale Stellung ihres Gatten wenig Verständnis, unterstützt ihn in dieser Beziehung nicht, und hat sich daher in der Berliner und in der schlesischen Gesellschaft keine Position zu machen verstanden."

Dieses Rollenverständnis bedarf keiner Explikation, obschon es gerade im Auswärtigen Amt bis vor nicht allzu langer Zeit verbreitet gewesen sein soll. Zum dritten Vorschlag Bethmann Hollwegs, Wilhelm von Stumm, notierte Wilhelm: „Nein! Der *fürchtet* die Engländer viel zu sehr und haßt meinen Flottenbau!", und fügte die berühmten Worte an: „Ich schicke nur einen Botschafter nach London, der *Mein* Vertrauen hat, *Meinem* Willen gehorcht, *Meine* Befehle ausführt". Bethmann gab nach, zumal Mechtilde Lichnowsky „sich doch vielleicht in die Pflichten einer Botschafterin finden" werde, und „gewisse Exzentrizitäten verzeiht einer Botschafterin und *Fürstin* niemand leichter als der Engländer." Marginal notierte Wilhelm II. dazu: ja.

---

6 Petra Wilhelmy, Der Berliner Salon im 19. Jahrhundert (1780–1914), Berlin 1989, S. 381–386, 731–733 (Mechtilde Lichnowsky). Theodor Wolff, Artikel „Nicht einer" in: Berliner Tageblatt vom 8.4.1910, zit. nach Young, Prince Lichnowsky, S. 30. Ähnlich der Artikel Wolffs zur Ernennung Lichnowskys im Berliner Tageblatt vom 17.10.1912. Zur Gruppe reicher, hochadeliger Grandseigneurs wie Lichnowsky, Hermann Fürst Hatzfeldt-Trachenberg, Fürst Hohenlohe-Oehringen, Prinz Heinrich Schoenaich-Carolath etc. vgl. auch Hartwin Spenkuch, Das Preußische Herrenhaus. Adel und Bürgertum in der Ersten Kammer des Landtages 1854–1918, Düsseldorf 1998, S. 277f., 304; Zeitschrift Nord und Süd, Nr. 142 (England-Heft), Juli 1912, S. 15–22.

Lichnowskys Ernennung Mitte Oktober 1912 begegnete Ablehnung auf der „nationalen“ und völkischen deutschen Rechten, aber wurde international als gute Wahl betrachtet. Der englische Botschafter in Berlin berichtete dem Foreign Office, Lichnowsky sei „not so narrow minded as Prussians usually are“; die Fürstin sei recht unkonventionell „and a bit ‚sauvage‘.[7]

Als Ende 1912 Staatssekretär Kiderlen-Wächter starb, unterstützte Lichnowsky gegenüber Bethmann brieflich die Ernennung des märkischen Junkersprosses Gottlieb von Jagow, eines fast ausschließlich in Italien eingesetzten Bülow-Protegés. Der Kanzler wählte Jagow, weil er seine außenpolitischen Grundsatzpositionen teilte, eine ähnliche Mentalität wie er selbst besaß und Loyalität versprach; alle Reichsstaatsekretäre waren ja verfassungsmäßig Untergebene des Kanzlers. Dem Kaiser gegenüber machte sich Jagow charakteristischerweise beliebt, als er Anfang 1913 forsch äußerte, er werde als Erster zum Krieg raten, wenn Deutschlands Positionsausbau in Vorderasien etwa von Russland behindert werde.[8]

Lichnowskys Positionen waren andere. Wiewohl familiär und äußerlich österreichischer Grandseigneur war er seit den 1890er Jahren – damals im Gegensatz zu Friedrich von Holstein – überzeugt, Deutschland dürfe sich nicht Österreichs Gegensatz zu Russland zu eigen machen. Wiens Balkanbesitz sei nicht Deutschlands Lebensinteresse – eher weltweite wirtschaftsbasierte Expansion – und Gründe für eine existentielle Feindschaft zu Russland existierten gar nicht. Konfrontative Gesten oder Handlungen seien sehr wohl vermeidbar. Das Axiom von der bedrohlichen, in Kürze unbesiegba-

---

7 Die Zitate aus den Originalschreiben in: GStA PK, BPH, Rep. 53 J, Nr. 7, Bl. 3a, Bethmann an Wilhelm II 25.9.1912 und Bl. 1c, Bethmann an Wilhelm II. 3.10.1912. Lichnowsky als Favorit Wilhelms II. lt. Cecil, Diplomatic Service, S. 217. Zum Auswahlvorgang und den Reaktionen detailliert Young, Prince Lichnowsky, S. 39–47, das Zitat des englischen Botschafters S. 46, sowie Georg Alexander von Müller, Der Kaiser ... Aufzeichnungen des Chefs des Marinekabinetts Admiral G. A. v. Müller, hg. von Walter Görlitz, Göttingen 1965, S. 121. Bernhard Fürst von Bülow, Denkwürdigkeiten, Bd. 3, Berlin 1931, S. 123 formulierte später in notorisch besserwisserischer Weise, Lichnowskys Wahl sei „gefährlich“, dieser diplomatisch „durch und durch Dilettant“ und insgesamt „mehr Kannnegießer als politischer Kopf“ gewesen.

8 Zur Auswahl Jagows vgl. Cecil, Diplomatic Service, S. 317–319; Dienstlaufbahn bei Hürter, Keipert u.a., Biographisches Handbuch, Bd. 2, Paderborn 2005 S. 415f. Jagow als Loyalist Bethmanns lt. Johannes Hürter, Die Staatssekretäre des Auswärtigen Amtes im Ersten Weltkrieg, in: Wolfgang Michalka (Hg.), Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse, München 1994, S. 216–251, S. 222ff. Erst im Oktober 1914 räumte Lichnowsky ein, „allerdings Jagow überschätzt“ zu haben, „aber der böse Geist sei Stumm gewesen“, zit. nach Bernd Sösemann (Hg.), Theodor Wolff Tagebücher 1914–1919, Boppard 1984, S. 109. Zitat Jagow 1.2.1913 lt. von Müller, Der Kaiser ..., hg. von W. Görlitz, S. 202.

ren Macht Russlands teilte er nicht; Österreich sei mehr auf das Reich angewiesen als umgekehrt. England könne vom antideutschen Bündnis mit Russland abgehalten werden: Durch stete Verständigung mit der Londoner Regierungsspitze und möglichst Abkommen, etwa über koloniale Fragen, lasse sich trotz Flottenbau ein gewisses Vertrauensverhältnis aufbauen.

Lichnowskys Englandpolitik lag also auf der Linie der Berliner Zentrale, aber seine Ansichten in der Österreich- und Russlandpolitik differierten deutlich vom Standpunkt Bethmann Hollwegs und Jagows, des Unterstaatssekretärs Arthur Zimmermann und des Dirigenten der politischen Abteilung im Auswärtigen Amt, Wilhelm von Stumm. Schon am Beginn von Lichnowskys Amtszeit in London wurde dies erkennbar. Bei der Botschafterkonferenz der Großmächte, die ab Ende 1912 die Balkan-Konflikte zu pazifizieren suchte, unterstützte er gegen Berliner Direktiven den russischen Vorschlag, Scutari Montenegro, nicht Albanien zuzuschlagen, desavouierte somit Österreich, aber beförderte so den Konferenzerfolg.[9]

Eine weitere Differenz zu Jagow und Wilhelm von Stumm ergab sich bezüglich der Veröffentlichung des im Oktober 1913 paraphierten Vertrages mit England über eine künftige Aufteilung der portugiesischen Afrika-Kolonien – ein Unterfangen zu Lasten Dritter. Jagow und Stumm hielten die von London gewünschte Publikation aus zwei Gründen für inopportun. Erstens würde die deutsche nationalistische Rechte ein Paktieren mit dem „perfiden Albion“ zum Entrüstungssturm aufbauschen und zweitens würde die deutsche wirtschaftliche Durchdringung der portugiesischen Kolonien erschwert. Die Veröffentlichung und damit ein Beweis für deutsch-englische Kooperation unterblieb. Separate Gespräche über eine künftige Aufteilung des belgischen Kongo zugunsten eines deutschen Mittelafrika verliefen 1914 im Sande.

Einen realen Erfolg der Entspannung stellte das englisch-deutsche Abkommen über den Weiterbau der Bagdadbahn bis Basra vom Juni 1914 dar. Hingegen blieb die Flottenfrage in Lichnowskys Londoner Amtszeit ausgeklammert, nach dem Scheitern der Sondierung R. B. Haldanes vom März 1912 auf Eis gelegt. Lichnowsky sah dies angesichts bekannter Intransigenz bei Tirpitz und dem Kaiser für das Beste an und Jagow genauso.[10]

---

9 Young, Prince Lichnowsky, S. 12ff. (Lichnowskys Positionen bezüglich Österreich/Zweibund) und S. 61–63 (Lichnowsky desavouiert Österreich und ermöglicht Erfolg der Botschafterkonferenz).

10 Young, Prince Lichnowsky, S. 73–87 zu Kolonialabkommen und Bagdadbahn; dazu bereits Fischer, Krieg, S. 443–458 und knapp Klaus Hildebrand, Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler, 2. Aufl., Berlin 1999, S. 325f. Lich-

Lichnowsky hielt (mit 130.000 M Repräsentationsgeldern jährlich) in der Londoner Botschaft standesgemäß Hof, trat vielfach öffentlich auf und entwickelte insbesondere zum Leiter der englischen Außenpolitik, Sir Edward Grey, ein Vertrauensverhältnis. Er hielt die deutsch-britischen Beziehungen für wesentlich entspannt, warnte allerdings stetig vor der Illusion, Großbritannien könne bei einem deutsch-französischen Krieg unbeteiligt beiseite stehen.

In Berlin hingegen, bei Bethmann Hollweg, Jagow und dem Auswärtigen Amt, schwankte man zwischen Hoffen und Bangen bezüglich des Ziels, Großbritannien von der Entente mit Frankreich und Russland sukzessive abzubringen. Ein Bericht Lichnowskys vom 3. Dezember 1912 zur Aussage des englischen Kriegsministers Richard B. Haldane, dass England bei einer kontinentalen kriegerischen Auseinandersetzung „unter keinen Umständen eine Niederwerfung der Franzosen dulden“ könne, löste bei Wilhelm II. Aufregung aus. Er berief den sogenannten Kriegsrat vom 8. Dezember 1912 ein, in dem Generalstabschef Moltke offen erklärte, in der Zweifrontenlage und angesichts des Erstarkens Russlands sei militärisch für das Reich ein Krieg „je eher je besser“. Dem Kriegsrat folgte zwar keine unmittelbare Kriegsvorbereitung, aber die Zivilspitze übernahm allmählich die Zwangsvorstellung vom unvermeidlichen Krieg.[11]

Dieser fatalistischen Perzeption arbeiteten populärer Nationalismus und Panslawismus in Russland zu, die militärische Aufrüstung im Zarenreich und die gleichzeitige Festigung der Triple-Entente bei unsicherem Italien. Jagow erfuhr von Generalstabschef Helmuth von Moltke im Mai 1914, in zwei bis drei Jahren sei die Übermacht der Feinde so groß, dass Deutschland mit dem Schlieffenplan keinen Zweifrontenkrieg mehr gewinnen könne. Es bleibe „nichts übrig, als einen Präventivkrieg zu führen, um den Gegner zu schlagen, solange wir den Kampf noch einigermaßen bestehen könnten“. Jagow notierte dazu, erscheine „ein Krieg unvermeidlich, so soll man sich den Moment nicht von dem Feind diktieren lassen, sondern ihn selbst be-

---

nowskys Eintreten für Veröffentlichung gegen „alldeutsche Schreier“ und Angst vor der öffentlichen Meinung dokumentiert in: Die Große Politik der europäischen Kabinette 1871–1914, hg. von J. Lepsius u.a., Bd. 37,1, Berlin 1926, S. 106ff., Zitat S. 120.

11 Lichnowskys Bericht in: Große Politik, Bd. 39, Berlin 1926, Nr. 15612 auf S. 119–122. Dort auch sein Bericht vom 20.12.1912, demzufolge England die traditionelle Balance of Power als Ziel habe, sich niemals „mit Frankreich und Rußland formell entloben und uns reumütig in die Arme sinken wird“, vielmehr „unter allen Umständen seine schützende Hand über Frankreich halten“ und den an sich unpopulären Krieg zugunsten Frankreichs Erhaltung bestimmt führen werde. Zum Kriegsrat vgl. Fischer, Krieg, S. 231ff., Hildebrand, Das vergangene Reich, S. 336f. und John C. G. Röhl, Wilhelm II, Bd. 3, München 2008, S. 963–967.

stimmen“. Dass Russland oder gar Frankreich Angriffsabsichten hegten, entsprach bis Juni 1914 weder der Ansicht Bethmann Hollwegs noch des Generalstabs. Behauptungen, dass ein Angriff auf das Reich für 1916/17 geplant war, haben deutsche Stellen erst mit Kriegsbeginn zur eigenen Rechtfertigung aufgestellt; ein Nachweis ist in jahrzehntelanger Forschung nie gelungen.[12]

Ferner erschreckte die (durch den Spion Benno von Siebert erfahrene) Nachricht über Verhandlungen einer britisch-russischen Marinekonvention mit der Implikation der Landung russischer Truppen in Pommern. Da Grey im Juni 1914 auf Lichnowskys Nachfrage zur schwebenden Marinekonvention ausweichend antwortete – im Sinne der traditionellen britischen Politik der Nichtbindung im Frieden, weil er im Parlament die Verhandlungen verschwiegen hatte und keine Flotten-Hysterie im Reich auslösen wollte – galt Lichnowsky in Berlin als von Grey „eingewickelt“. Die Affäre Marinekonvention ist in Stephen Schröders umfassender Analyse nicht als Hauptmotiv, aber als verstärkender Faktor für Pessimismus speziell bei Bethmann Hollweg eingeschätzt worden. Damit verfestigte sich in Berlin ein militärisches Bedrohungsszenario, demzufolge der einzige Ausweg Präventivkrieg hieß. Politische Führungsfiguren wie Bethmann und Jagow hätten sich dieser Fehlwahrnehmung nicht anschließen müssen, aber sie folgten den Vorgaben der Spitzenmilitärs. Deshalb sprach selbst ein vorsichtiger Historiker wie Klaus Hildebrand von der „initiierenden Verantwortung“ der Berliner Regierungsspitze für den Verlauf der Julikrise und den Kriegsbeginn im Jahr 1914.[13]

Von zentraler Bedeutung blieb die Hoffnung auf Neutralität Londons. Jagow schrieb Lichnowsky Ende Februar 1914, er solle doch „optimistischer“ sein.

---

12 Vgl. das Generalstabs-Memorandum Georg von Waldersees vom 18.5.1914 in der besten verfügbaren einbändigen und gesamteuropäischen Quellensammlung: Annika Mombauer (Hg.), The origins of the First World War. Diplomatic and military documents, Manchester 2013, S. 132f. Zitat Jagow nach Fischer, Krieg, S. 584 (aufgrund PA AA, NL Jagow, Nr. 8). Behauptungen ab Juli 1914 bei Dieter Hoffmann, Der Sprung ins Dunkle oder wie der 1. Weltkrieg entfesselt wurde, Leipzig 2010, z.B. S. 189f., 205.

13 Stephen Schröder, Die englisch-russische Marinekonvention. Das Deutsche Reich und die Flottenverhandlungen der Triple-Entente am Vorabend des Ersten Weltkriegs, Göttingen 2006, S. 685, 690, 724f. Zum Präventivkrieg vgl. Bethmanns Bekenntnis gegenüber Conrad Haußmann 1918: „Ja, Gott, in gewissem Sinn war es ein Präventivkrieg. Aber wenn der Krieg doch über uns hing, wenn er in zwei Jahren noch viel gefährlicher und unentrinnbarer gekommen wäre und wenn die Militärs sagen, jetzt ist es noch möglich, ohne zu unterliegen, in zwei Jahren nicht mehr! Ja, die Militärs!“ Zitat nach Fischer, Krieg, S. 671. Dutzende überlieferte Äußerungen bezüglich eines nötigen Präventivkriegs 1909–14 listet Hoffmann, Sprung ins Dunkle, S. 325–330. Verantwortung lt. Klaus Hildebrand, Deutsche Außenpolitik 1871–1914, 2. Aufl., München 2008, S. 37.

> „Ich möchte glauben, Sie sehen manchmal etwas zu schwarz, auch wenn Sie der Ansicht Ausdruck verleihen, im Kriegsfalle werde England auf alle Fälle an der Seite Frankreichs gegen uns zu finden sein. Wir haben doch nicht umsonst unsere Flotte gebaut“.

Hier fand sich also die widersprüchliche Kombination von Präventivkriegsbereitschaft gegen Russland und paradoxerweise mit dem Kernstreitpunkt Flotte begründeter Hoffnung auf Neutralität Englands, die Lichnowsky doch stetig als Illusion bezeichnete. England werde sich unter Optionszwang für Frankreich entscheiden – so wie Deutschland analog Österreich stützen werde.[14]

II

Mit Sarajewo wurde das imaginierte Szenario zur Realität. Lichnowsky war zufällig in Berlin und wurde tags darauf von Bethmann Hollweg empfangen. Dieser erläuterte ihm die pessimistische Berliner Sicht: Russische Armeeverstärkung und grenznahe Eisenbahnbauten, antideutsche öffentliche Meinung und Marinekonvention. Als Lichnowsky dies als irrsinnige Perzeption abtat, erwiderte Bethmann gereizt, ob er ihn wohl als Kanzler ersetzen wolle. Unterstaatssekretär Zimmermann legte ihm am 5. Juli 1914 dar, dass Russland Deutschland überall entgegentrete und es bei der Unabwendbarkeit des Krieges „vielleicht besser sei, ihn jetzt zu führen als später“. Vom tags darauf erteilten sogenannten Blankoscheck an Österreich – der Zusage, Wien bedingungslos zu unterstützen, auch im Kriegsfall – erfuhr Lichnowsky nichts; noch 1917 schloss er aus gesprächsweisen diesbezüglichen Andeutungen irrtümlich, Jagow sei in Wien zu Absprachen gewesen.[15]

Zurück in London erhielt er einen Privatbrief Jagows vom 18. Juli. Er ist neben den erst 1972 publizierten Riezler-Aufzeichnungen und dem erst 1984 edierten Tagebuch Theodor Wolffs ein Zentraldokument für das deutsche Risikospiel. Der Staatssekretär erläuterte ihm die Berliner Grundannahmen und das zu verfolgende Lokalisierungskalkül. Russland erdrücke das Reich

---

14 Große Politik, Bd. 37,1, Nr. 14697 auf S. 102–105, Zitat Jagow S. 105. Das Wort „eingewickelt“ gebrauchte Unterstaatssekretär Zimmermann zu Lichnowskys Bericht vom 24.6. 1914 in: Große Politik, Bd. 39, S. 633.

15 Young, Prince Lichnowsky, S. 98f. Die Gespräche mit Bethmann und Zimmermann überliefert nur Lichnowsky in seiner Aufzeichnung von 1914 „England vor dem Kriege“, publiziert in Friedrich Thimme, Fürst Lichnowskys Memoirenwerk, in: Archiv für Politik und Geschichte 7 (1928), S. 36–41. Einordnung bei John C. G. Röhl, Zwei deutsche Fürsten zur Kriegsschuldfrage. Lichnowsky und Eulenburg und der Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Eine Dokumentation, Düsseldorf 1971, S. 21f.

militärisch und der Zweibund werde schwächer; in einigen Jahren sei das panslawistisch gestimmte Russland schlagfertig. Demgegenüber sei Österreichs Erhaltung als Großmacht und Balkan-Hegemon Teil deutscher Staatsraison, weshalb man es jetzt energisch stützen müsse, damit Russland zurückweiche. Ziel bilde die Begrenzung (Lokalisierung) des Konflikts auf die Abrechnung Österreichs mit Serbien und ein Erfolg für den Zweibund. Lasse sich das nicht erreichen und Russland interveniere gegen Österreich, sei der casus foederis da, dann heiße es hic Rhodus, hic salta. Als Quintessenz schrieb Jagow: „Ich will keinen Präventivkrieg, aber wenn der Kampf sich bietet, dürfen wir nicht kneifen."

In seiner Antwort legte Lichnowsky seine divergierenden Ansichten klar dar: Die Berliner Außenpolitik habe wesentlich die Angst Frankreichs und die Entente der an sich gegensätzlichen beiden Imperien gefördert. Von Russlands baldiger Kriegsbereitschaft höre er seit 30 Jahren, ebenso von der Generalstabsforderung nach einem Präventivkrieg, durch den für Deutschland nichts zu gewinnen sei außer ewiger Feindschaft Russlands. Der Balkan bilde kein deutsches Lebensinteresse und deutsche Nibelungentreue gegenüber Österreich sei falsch. Die Lokalisierung auf Wiens Waffengang mit Serbien sei nur frommer Wunsch. Vielmehr müssten Österreichs Sühne-Forderungen an Serbien annehmbar gehalten werden.[16] Jagow und Lichnowsky bewegten sich klar in zwei unterschiedlichen Denkrahmen.

„Wir schwankten zwischen Befürchtungen und Hoffnungen" hinsichtlich der Möglichkeit einer Neutralität Englands, hat Jagow selbst später die Sicht von 1914 formuliert. Aber diese Unsicherheit war eben nicht Anlass, Österreich zur Mäßigung aufzufordern, sondern Berlin schaute Wiens Vorgehen wohlwollend zu. Als Wilhelm II. am 28. Juli jeden Kriegsgrund als entfallen ansah, gab Bethmann Hollweg diese Ordre verspätet nach Wien weiter und zudem mit der konterkarierenden Erläuterung, Deutschland wolle Österreich keineswegs zurückhalten.[17] Jagow spornte den österreichischen

16 Druck des bereits 1919 publizierten Privatbriefes in: Gerd Krumeich, Juli 1914. Eine Bilanz, Paderborn 2014, S. 252–255. Auch in: Karl Fürst Lichnowsky, Auf dem Wege zum Abgrund. Londoner Berichte, Erinnerungen und sonstige Schriften. Bd. 2, Dresden 1927, S. 245–248, Lichnowskys Antwort vom 23.7.1914 ebd., S. 257–260. Sösemann (Hg.), Theodor Wolff Tagebücher, S. 64, gibt das Kalkül Jagows gegenüber Wolff am 25.7.1914 wieder: „einmal werde der Krieg ja doch kommen", er sei „in zwei Jahren unvermeidlich, wenn wir uns jetzt nicht aus dieser Situation befreiten."

17 Gottlieb von Jagow, Die Anklagen des Fürsten Bülow gegen „die Staatsmänner von 1914", in: Friedrich Thimme (Hg.), Front wider Bülow, München 1931, S. 210–220, 219. Dort (S. 211) gab Jagow rückblickend zu, daß Bülow eine unselige Erbschaft hinterlassen habe: Gegnerschaft Russlands infolge der Bosnien-Annexion Österreichs, französische Feindschaft infolge der Marokko-Politik, feindliche Stimmung Englands infolge Flottenkonkur-

Botschafter in Berlin, Ladislaus Graf Szögyény, zum „fait accompli“ an, ja erklärte die Abrechnung mit Serbien zur Prestigefrage für den Zweibund. Und dies, obwohl die diplomatischen Berichte aus Petersburg ab 25. Juli klar belegten, dass Russland Krieg führen werde, sofern Serbiens Besetzung durch Österreich drohe.[18]

Jagow agierte also konträr zu Lichnowsky, der in der letzten Juli-Woche 1914 mehrfach zum Eingehen auf die Vorschläge Greys (vom 24. und 26./27. Juli) nach internationaler Konferenz zur Konfliktlösung riet. Nur so könne ein Weltkrieg, „der fürchterlichste Krieg, den Europa jemals gesehen habe“, vermieden werden. Grey und England seien überzeugt, dass nur Berlin Wien zurückhalten könne. Aber Kanzler Bethmann lehnte es ab, „Österreich in seinem Serbenhandel (...) vor ein europäisches Gericht“ zu ziehen, und in letzter Stunde (30. Juli 1914) auch Vorschläge Russlands, seine Mobilmachung einzustellen, sofern Österreich die volle Souveränität Serbiens garantiere bzw. zur Schlichtung den Haager Gerichtshof anzurufen. Lichnowsky wiederholte seine Warnung: Greife Österreich Serbien an, so wird England „sich unbedingt auf die Seite Frankreichs und Rußlands stellen“, um „eine moralische oder gar militärische Niederlage seiner Gruppe“ abzuwenden.[19]

Alle warnenden Berichte Lichnowskys hielten die Berliner Entscheider nicht von dem Hazardspiel ab, entweder brachial einen Prestigeerfolg für den Zweibund durchzusetzen oder bei Nichtnachgeben Russlands den Krieg einzugehen, denn, so die zirkelschlüssige Begründung, dann sei bewiesen, dass Russland Krieg wolle.

Ein Intermezzo am 1. August wurde Lichnowsky in der deutschen Debatte langjährig vorgehalten. Er meldete nämlich, Großbritannien erwäge, im Konflikt neutral zu bleiben, wenn Deutschland nur Russland, nicht auch Frankreich (und Belgien) angreife. Dies resultierte aus einem Missverständ-

---

renz und Ablehnung eines Flottenabkommens. Die Ordre Wilhelms II. und Bethmanns Erläuterung für Wien in: Imanuel Geiss (Hg.), Juli 1914. Die europäische Krise und der Ausbruch des Ersten Weltkriegs, 2. Aufl., München 1980, S. 215f., S. 256f.

18 Mombauer (Hg.), Origins of the First World War, S. 307, 351, 391 (Berichte Szögyénys über Gespräche mit Jagow 25.7./27.7.1914). Der Bericht aus Petersburg vom 25.7.1914 in: Geiss (Hg.), Juli 1914, S. 170–172 (Sasonow will Krieg zugunsten Serbiens führen, Wilhelm II. kommentiert: „na denn zu!“); Wilhelms II. Ordre vom 28.7. ebd., S. 215f., Bethmanns konterkarierende Erläuterung für Wien ebd., S. 256f.

19 Lichnowsky an Jagow 25.7.1914, in: Geiss (Hg.), Juli 1914, S. 196, auch in: Lichnowsky, Wege zum Abgrund, Bd. 2, S. 262, und Lichnowsky an Jagow 27.7.1914, in: Geiss (Hg.), Juli 1914, S. 232. Bethmann an Lichnowsky 27./28.7.1914, in: Geiss (Hg.), Juli 1914, S. 231 und S. 237f. sowie S. 269, 294f., 306f. (Ablehnung russischer Vorschläge). Ebd., S. 235 Zitat Lichnowsky an Jagow 27.7.1914.

nis, das er einige Stunden später korrigierte. Dazwischen löste Lichnowskys Telegramm in Berlin die bekannte Szene aus, dass Wilhelm II. hocherfreut den Stopp des Westaufmarschs forderte, aber Moltke erregt ein „völlig undurchführbar" entgegenhielt, denn dies sei weder gemäß Generalstabsplanung seit 1913 noch aktuell logistisch möglich ohne lähmende Konfusion in der Mobilmachungsphase.[20]

Die Berliner Führung bekam den Krieg, den sie aufgrund ihrer Zwangsvorstellung, er sei sowieso unvermeidlich, sehenden Auges und bewusst, keineswegs schlafwandelnd, in Kauf genommen hatte. Zwar wünschte Mitte 1914 kein Berliner Entscheider einen vierjährigen Großkonflikt, aber Bethmann Hollweg hatte bereits am 7. Juli hellsichtig sinniert, eine „Aktion gegen Serbien kann zum Weltkrieg führen". Das bis heute gebrauchte Entlastungsargument, Berlin habe ja „Lokalisierung" erstrebt, zieht schon deswegen nicht, weil in der letzten Juliwoche erkennbar und mindestens für Lichnowsky evident war, dass die Überwältigung Serbiens durch Österreich nicht ohne Intervention Anderer zu erreichen sein würde. Im „Reich des Absurden" (Stig Förster) stellten Berlin und Wien den Prestige-Gewinn über das Kriegsrisiko, Russland stützte Serbiens Existenz, Paris folgte seiner Bündnisverpflichtung und London optierte aus Eigeninteresse für die Entente.[21] Am Anfang des Weges in den Weltkrieg stehen eindeutig Berlin und Wien mit ihrem Ziel der Abrechnung mit Serbien und am Ende des Risikospiels dieselben Entscheidergruppen mit ihrer Auslösung von Militäraktionen gegen Belgrad, Belgien und Frankreich. Die meisten Weltkriegshistoriker halten mit überzeugenden Gründen an Deutschlands Hauptverantwortung fest.[22]

---

20 Die Dokumente bequem nachlesbar bei Mombauer (Hg.), Origins of the First World War, S. 511–518, dazu knapp Mombauer, Die Julikrise, S. 108–110, ausführlicher Young, Prince Lichnowsky, S. 114–120 und Röhl, Wilhelm II, Bd. 3, S. 1159–1164. Augenzeugenbericht bei: Walter Görlitz (Hg.), Regierte der Kaiser? Kriegstagebücher, Aufzeichnungen und Briefe des Chefs des Marinekabinetts Admiral Georg Alexander von Müller 1914–1918, Göttingen 1959, S. 37–40. Schilderung Lichnowskys gegenüber Wolff in: Sösemann (Hg.), Theodor Wolff Tagebücher, S. 85f.

21 Karl Dietrich Erdmann (Hg.), Kurt Riezler. Tagebücher, Aufsätze, Dokumente, Göttingen 1972, S. 183 (Bethmann). Stig Förster, Im Reich des Absurden: Die Ursachen des Ersten Weltkrieges, in: Bernd Wegner (Hg.), Wie Kriege entstehen, 2. Aufl., Paderborn 2003, S. 211–251. Zu Russland Klaus Gietinger/Winfried Wolf, Der Seelentröster. Wie Christopher Clark die Deutschen von der Schuld am 1. Weltkrieg erlöst, Stuttgart 2017, S. 240–255.

22 Gegen Clarks Position etwa: Annika Mombauer, Die Julikrise, München 2014, S. 117–120; Oliver Janz, 14 – Der Große Krieg, Frankfurt/M. 2013, S. 59–69; Jörn Leonhard, Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs, München 2014, S. 95, 116, 119, 124; Ulrich Wyrwa, Zum Hundersten nichts Neues. Deutschsprachige Neuerscheinungen zum Ersten Weltkrieg, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 62 (2014), S. 921–940;

III

Lichnowsky war mit Englands Kriegserklärung am 4. August ein erschütterter, für den US-amerikanischen Botschafter Walter H. Page ein „übergeschnappter Mann“. In der letzten Unterredung mit Grey am 5. August nannte dieser als Gründe des Kriegseintritts die Verletzung der belgischen Neutralität und die hohe Schadenserwartung für England selbst im Falle der Neutralität. Er, Grey, wolle Deutschland nicht vernichten und das über Europa hereingebrochene Unheil baldmöglichst beenden.[23] Die Dynamik von Massensterben und Kriegshysterie machte den Vorsatz rasch zur Makulatur.

Noch im August 1914 begann Lichnowsky mit der Verarbeitung seiner „Londoner Mission“. Theodor Wolff erzählte er, dass Berlin Wien zu energischem Vorgehen gedrängt habe und die Militärs den Krieg besser jetzt als in zwei Jahren gewollt hätten. Gegenüber Wilhelm II. soll er im Herbst 1914 dessen Kriegsschuld offen ausgesprochen haben. Wegen diverser Äußerungen Lichnowskys gegenüber Dritten erwog Bethmann Hollweg 1915 ein Disziplinarverfahren und bestritt brieflich im Juni 1916, dass Moltke zum Krieg gedrängt und ein Kronrat am 5./6.7.1914 Wien Carte blanche gegeben habe; dieser habe gar nicht stattgefunden.[24]

Lichnowsky begann Aufzeichnungen anzufertigen. Daraus erwuchs 1918 eine monatelange Affäre um seine Bestrafung wegen Landesverrat. Ausgangspunkt war die 1917 von einem pazifistischen Offizier (Hans Georg von Beerfelde) eigenmächtig kopierte und in Görlitz gedruckte Denkschrift Lichnowskys. Beerfelde wollte die Wahrheit zutage fördern und den Fürsten zwingen, sich öffentlich dazu zu bekennen. Der Verbreiter wählte den

---

Heinrich August Winkler, Die Kontinuität der Kriegspartei, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 25.8.2014; Stig Förster, Hundert Jahre danach. Neue Literatur zum Ersten Weltkrieg, in: Neue Politische Literatur 60 (2015), S. 5–25; Michael Epkenhans, Der Erste Weltkrieg – Jahrestagsgedenken, neue Forschungen und Debatten einhundert Jahre nach seinem Beginn, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 63 (2015), S. 135–165, 159, 165; Andreas Wirsching, Ursachen des Ersten Weltkriegs: Deutschland, in: H. Möller/A. Cubar'jan (Hg.), Der Erste Weltkrieg. Deutschland und Russland im europäischen Kontext, Berlin 2017, S. 1–9 sowie quellennah Guenther Roth/John C. G. Röhl (Hg.), Aus dem Großen Hauptquartier. Kurt Riezlers Brief an Käthe Liebermann 1914–1915, Wiesbaden 2016, S. 39–100, zu Lichnowsky S. 88f.

23 Röhl, Wilhelm II., Bd. 3, S. 1175 (Page); Young, Prince Lichnowsky, S. 126f. (Grey).

24 Sösemann (Hg.), Theodor Wolff Tagebücher, S. 283f. Görlitz (Hg.), Regierte der Kaiser?, S. 369, 7.4.1918: „Der Kaiser erzählte, wie der Fürst sich bei ihm im Herbst 14 in Luxemburg gemeldet und in seinem Bericht angedeutet habe, der Kaiser sei an dem Kriege schuld. Da habe der Kaiser ihn scharf zurechtgewiesen und ihn die Treppe hinunter komplimentiert ...“. Bethmanns Erwägungen 1915/16 lt. Stellungnahme Kanzler Georg Graf Hertling vom 25.8.1918, in: GStA PK, I. HA, Rep. 169a, XXXI Nr. 54, Bl. 283ff.

provokanten Titel: „Die Schuld der deutschen Regierung am Kriege“. Die Schrift wurde in der Schweiz und Schweden im März 1918 publiziert. Viele Zeitungen in den alliierten Ländern stellten Lichnowsky als Bekenner deutscher Kriegsschuld heraus: „Germany convicted by her own Ambassador“, „Britain justified by Prince Lichnowsky“ oder „The Kaiser war plot“ lauteten Schlagzeilen. Nur das neutrale „Berner Intelligenzblatt“ hielt Lichnowsky Verständigungsabsicht zugute und meinte, es müsse in jedem Volk Leute geben, die auch die eigene Schuld sehen.[25]

Daraufhin wurde von offiziellen Stellen ein Strafverfahren wegen Landesverrats bzw. Verletzung der Amtsverschwiegenheit gegen ihn erwogen und im Herrenhaus stellte der alldeutsche Georg v. Klitzing den Antrag auf Ausschluss wegen unwürdigen Verhaltens. Das Reichsjustizamt sah aber vorsätzliche Veröffentlichung von Staatsgeheimnissen zugunsten feindlicher Mächte nicht als gegeben an, denn die Publikation war ja treuwidrig gegen den Willen des Fürsten erfolgt. Auch Landesverrat kam nicht in Frage, da dies bewusste Absicht voraussetzte. Überragend war dabei die (implizite) politische Erwägung: Würde Lichnowsky verurteilt, war im Umkehrschluss zu folgern, dass seine Ansichten deutsche Staatsgeheimnisse richtig wiedergäben. Würde er nicht verurteilt, nähme das Ausland gleichfalls an, dass seine Aussagen tatsächlich wahrheitsgemäß seien. Wegen dieser peinlichen Zwickmühle führten alle Straferwägungen bis Kriegsende 1918 zu keinem Ergebnis.[26]

Im Herrenhaus bezeichnete der Antrag von Klitzing, Mitglied der hochkonservativen „Alten Fraktion“, als Quintessenz von Lichnowskys Schrift „Meine Londoner Mission“ die Aussage, dass die „Schuld am Ausbruch des gegenwärtigen Krieges den leitenden Personen im deutschen Reich“ zufalle. Lichnowsky verteidigte sich damit, dass die Publikation gegen seinen Willen erfolgte, der Titel nicht vom ihm stammte, und er in Kooperation mit dem Amt Einziehung der Schrift versucht habe. Seine Ansichten gingen nicht

25 Zur Genese der Verbreitung Young, Prince Lichnowsky, S. 149–154 und Sösemann (Hg.), Theodor Wolff Tagebücher, S. 529f., 589f. Zitate aus der Pressestimmen-Sammlung der Zentralstelle für Auslandsdienst in: PA AA, R 1384. Fürst Lichnowsky, Meine Londoner Mission 1912–1914 und eine Eingabe an das preußische Herrenhaus (Flugschriften des Bundes Neues Vaterland Nr. 7/8), Berlin: E. Berger & Co 1918, 44 Seiten.

26 GStA PK, I. HA, Rep. 77, Tit. 496b Nr. 2 Adhib. 32 Beiheft, unpaginiert. Dort u.a. das Gutachten des Reichsjustizamts vom 23.3.1918. GStA PK, I. HA, Rep. 90a, Nr. 3206, Bl. 76–92, Protokoll kommissarischer Beratungen von Ministerialvertretern im August 1918. Detailliert dazu: Christian Koch, Diplomatie – Kriegspropaganda – „Landesverrat“. Die deutschen Reaktionen auf die Denkschrift „Meine Londoner Mission 1912–1914“ von Karl Max Fürst von Lichnowsky, in: Militärgeschichtliche Zeitschrift 70 (2011), S. 261–286.

über die Aussage des deutschen Weißbuchs von 1914 hinaus, dass Deutschlands Leitung wohl auf Lokalisierung abgezielt, aber dabei das Risiko eines Krieges mit Russland in Kauf genommen habe.

In geheimer Beratung kam eine Herrenhaus-Kommission zum Schluss, dass bei Lichnowsky „unwürdiges Verhalten“ vorliege, denn er behaupte, dass Deutschland nicht überfallen, sondern „ganz bewußt und in voller Erkenntnis der Tragweite unserer Haltung in den Weltkrieg hineingesteuert“ worden sei. Seine Schrift sei eine Anklage gegen die Staatsregierung und arbeite den Feinden in die Hände, auch durch falsche Behauptungen, etwa die, dass Moltke zum Krieg gedrängt habe, wo dieser doch nur den Kriegszeitpunkt 1914 für günstiger hielt als später, und die, dass Berlin Wien seit dem Blankoscheck zum Einschreiten anspornte, wo doch damit nur Hilfe für den Fall zugesichert wurde, dass der Krieg unvermeidlich sei. Im Plenum der geheimen Herrenhaus-Sitzung am 12. Juli 1918 stimmten (bei 176 Fehlenden) 147 Mitglieder für Ausschluss, 30 dagegen. Zustimmend votierten neben vielen Junkern auch ca. 15 Oberbürgermeister, darunter Konrad Adenauer (Köln), Erich Koch-Weser (Kassel), Ernst Scholz (Charlottenburg), Heinrich Tramm (Hannover), Richard Rive (Halle). ‚Nein‘ kam von Mitgliedern der liberal-konservativen „Neuen Fraktion“ wie Bernhard Dernburg, Arthur Graf Posadowsky-Wehner, Graf Bogdan Hutten-Czapski und Bernhard von Bülow neben hochadeligen Standesgenossen vor allem Schlesiens. Lichnowsky war damit aus dem Herrenhaus ausgeschlossen.[27]

IV

Im Auswärtigen Amt, dem zwei Ausarbeitungen Lichnowsky vorlagen, wurden Argumente für die Gegendarstellung gesammelt. Jagow, seit November 1916 nicht mehr Staatssekretär, brachte sie bereits Anfang Oktober 1917 zu Papier. Er korrigierte Lichnowsky in einigen nebensächlichen Fakten und stellte folgende Argumente heraus: Lichnowsky scheine „immer nur besorgt,

27 GStA PK, I. HA, Rep. 169a, XXXI Nr. 54, Bl. 1f. (Klitzing); Bl. 58–74 (Schriftsatz Lichnowskys vom 20.4.1918 gegenüber der Herrenhaus-Kommission); Bl. 256–263 (Protokoll der Geheimsitzung vom 12.7.1918), Bl. 265–271 (namentliche Abstimmungsliste). Noch zwei Jahrzehnte später hing Richard Rive, bis 1933 OB von Halle/S., verbohrt der Unschuldslegende an, indem er Lichnowsky als Mann ohne „Selbstzucht und Verantwortungsgefühl“ charakterisierte, der „Absichten und Maßnahmen der englischen Regierung gänzlich verkannt“, die deutsche Regierung „ahnungslos“ gelassen und kryptisch behauptet habe, dass „die Schuldigen in der Wilhelmstraße (...) gehenkt werden würden, wenn der wahre Sachverhalt zutage käme“. Richard Rive, Erinnerungen eines deutschen Oberbürgermeisters, Stuttgart 1960 [verfasst um 1940], S. 254ff.

daß Rußland nicht gedemütigt wird, eine Demütigung Oesterreichs ist ihm offenbar gleichgültig". Jagow zufolge ging es

> „um eine Prestige- und Existenzfrage für die Donaumonarchie. Entweder sie mußte vor den russisch-serbischen Treibereien die Segel streichen oder ein Quos ego gebieten, sei es auch mit dem Risiko eines Krieges. Wir konnten unseren Bundesgenossen nicht im Stich lassen."

Ferner führte er aus:

> „Dem englischen Vorschlag einer Botschafterkonferenz konnten wir nicht zustimmen, da sie zweifellos zu einer ernsten diplomatischen Niederlage geführt hätte. Denn auch Italien war serbenfreundlich (...) Der beste und einzige angängige Ausweg war eine Localisierung des Confliktes und eine Verständigung zwischen Wien und Petersburg. Hiernach richteten wir unsere energischen Bemühungen."

Ohne Belege formulierte Jagow:

> „Rußland und Frankreich – Herr Poincaré in Petersburg, auch die französischen Militärs – bereits mißtrauisch und besorgt durch die Zeichen der beginnenden Entspannung zwischen England und uns, drängten zum Kriege. Wir waren durch den Vertrag mit Oesterreich verpflichtet und in unserer Großmachtstellung mitbedroht – hic Rhodos, hic salta."

Leider habe sich Edward Grey „zu tief in die Netze der französisch-russischen Politik verstricken lassen, er fand nicht mehr den Ausweg und hat – was er gekonnt hätte – den Weltkrieg nicht verhindert." Lichnowskys Satz, „daß ‚wir auf dem Krieg bestanden' hätten", sei „eine frivole Behauptung (...). Sollten wir etwa warten, bis die russische mobilisirte Armee über unsere Grenzen flutete?" Erneut gab Jagow das Kalkül zu:

> „Die Idee des Präventivkrieges hat uns völlig fern gelegen, aber wenn der Krieg unvermeidlich werden sollte, war der jetzige Zeitpunkt günstiger als später; dies war auch die Auffassung des Generals v. Moltke."

Die zentralen Sätze finden sich wörtlich auch im offiziösen Zeitungsartikel Jagows vom 23.3.1918 sowie in seiner gedruckten Broschüre.[28]

---

28 Gottlieb v. Jagow, Bemerkungen zu der Schrift des Fürsten Lichnowsky „Meine Londoner Mission", handschriftlich mit dem Vermerk „vertraulich", datiert Mitau 3.10.1917, 34 Bl., in: PA AA, R 1381, Zitate Bl. 12, 20, 23–26, 30f. Artikel Staatssekretär v. Jagow über Lichnowskys Schrift, in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 23.3.1918, nachgedruckt u.a. in der Vossischen Zeitung vom 24.3.1918 (Morgenausgabe), 2. Beilage. Druck mit der Gegenüberstellung zentraler Passagen Lichnowskys und Stellungnahmen Jagows: Gottlieb v. Jagow, Der Irrtum Lichnowskys, Berlin 1918, 31 S. Ferner Ders., Tirpitz und der Be-

Jagow hat damit jahrelanges Kriegsdrängen der Militärs, Blankoscheck und wochenlanges Gewährenlassen Wiens sogar gegen Wilhelms II. späte Stopporder, speziell seine eigene explizite Ermutigung Österreichs zum Losschlagen gegen Serbien, ausgelassen; er hat Kriegsdrängen Russlands und Frankreichs beleglos unterstellt und den Irrsinn des Schlieffenplans mit dem Angriff im Westen wegen eines Konflikts Österreichs im Osten übergangen. Lichnowskys Stellungnahmen gegen Lokalisierungsphantasie und Russophobie nebst seinen steten Warnungen vor dem Eingreifen Englands sowie sein dezidiertes Eintreten für eine Konferenzschlichtung wurden minimiert. Indessen gab Jagow damit zugleich wesentliche Teile dessen zu, worauf Historiker heute Deutschlands Hauptverantwortung gründen; schon der Satz „Eine neue Minderung unseres Ansehens war für unsere europäische und Weltstellung nicht erträglich“ lässt erkennen, dass Prestigepolitik, nicht Kriegsvermeidung an erster Stelle rangierte.[29]

Bethmann, Jagow und Stumm trafen untereinander Absprachen gegen Vorwürfe und Anklagen, aber bereits 1919 konnte man ihr Kalkül wie ihre Fehlperzeption nachlesen, denn Lichnowsky übergab den Brief Jagows vom 18.7.1914 an die Editoren der von Karl Kautsky verantworteten vier Bände „Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch“. Indessen spielte Lichnowsky in der deutschen Kriegsschuld-Debatte jahrelang keine Rolle. Er war politisch wie gesellschaftlich isoliert, und Empörung über den Versailler Vertragsartikel 231 dominierte in Wissenschaft und Gesellschaft. Freilich war das Kollektivtrauma keineswegs einhellig; Pazifisten, Sozialisten, Sozialkatholiken teilten es nicht. Verantwortliche Politiker wie Hermann Müller (SPD), Matthias Erzberger und Wilhelm Marx (Zentrum) oder Gustav Stresemann (DVP) zogen daraus gerade nicht den Schluss, Nationalismus anzuheizen und Revanchekrieg anzustreben, sondern suchten friedliche Revision. Es gab weder ein uniformes Trauma noch ein unentrinnbares Reiz-Reaktions-Schema, sondern recht unterschiedliche Schlussfolgerungen und zudem (kaiserzeitliche) Vorbelastungen für Weimars Stabilität, beispielsweise

---

ginn des Krieges, in: Deutsche Politik. Wochenschrift für Welt- und Kulturpolitik 4 (1919), S. 515–527.

29 Jagow, Der Irrtum Lichnowskys, S. 20, erstmals verwendet in der Mitauer Stellungnahme, Bl. 32f. Winfried Baumgart, Das Zeitalter des Imperialismus und des Ersten Weltkrieges (1871–1918), T. 2: Persönliche Quellen, 2. Aufl., Darmstadt 1991, S. 31 urteilte: Jagow „muß aber heute ein wesentlicher Teil der Verantwortung für die unbedingte deutsche Unterstützung Österreich-Ungarns im Konflikt mit Serbien zuerkannt werden“. Helmut Berding, G. v. Jagow: in Neue Deutsche Biographie, Bd. 10, Berlin 1974, S. 299, konstatierte, Jagow „setzte den Kurs des Blankoschecks fort in der Hoffnung, Rußland werde zurückweichen und beugte sich mit der Mobilmachung der Präventivkriegsforderung der Militärs“.

vordemokratische, antipluralistische Mentalität und Orientierung am Leitbild „starker Staat“, Spaltung der Arbeiterbewegung und virulenten völkischen Radikalnationalismus, Verarmung des „Mittelstands“ und Gewalterfahrung 1914–1919. Erst in diesem Umfeld gab die Kriegsschulddebatte der nationalistischen Rechten Auftrieb.

Zuvörderst Rücksicht auf deutsches Revisionsinteresse hinderte den Grandseigneur Lichnowsky sieben Jahre an offensiver, quellenmäßig begründeter Vertretung seiner Position. Zudem konnte er sich nun nicht mehr zwischen den Einschätzungen: Deutsche Kriegsschuld oder bloß Fehleinschätzungen seitens Bethmann, Jagow, Zimmermann und Stumm entscheiden. Erst Ende 1926 verlangte er nachträglich die Aufnahme einer Stellungnahme in die publizierten Bände der „Großen Politik“ – erfolglos, denn Herausgeber Thimme und Außenamtsstaatssekretär Carl v. Schubert verweigerten den Abdruck in der von Lichnowsky gewünschten Fassung.[30]

Dies gab Lichnowsky den Anstoß, seine Berichte, Zeitungsartikel und Briefe unter dem Titel „Auf dem Wege zum Abgrund“ zu veröffentlichen. Darin formulierte er, er habe

> „niemals und nirgends behauptet, daß unsere ‚Staatsmänner‘ im Juli 1914 den Krieg *gewollt* haben (...), sondern nachzuweisen versucht, daß der Weltkrieg die letzte Folge einer falsch orientierten Politik war und daß wenn man von einer Krise zur anderen taumelt, der Augenblick unfehlbar eintritt, an dem die Sache ‚schief‘ geht, *selbst wenn man es anders wollte*.“

In Kurzform schrieb er: Die deutsche Führung sei „hineingetapert“. Er unterstelle den Berliner Führenden nicht, dass sie den Willen zum Krieg hegten, sondern kritisiere ihre übereilten Entscheidungen, ihre Verblendung und Inkompetenz. Er sah die langfristigen Wurzeln der Katastrophe nun auch stärker bei Bismarcks Entfremdung von Petersburg und vor allem in Friedrich von Holsteins antirussischer Politik.[31]

Die deutlich abgeschwächten Kernaussagen Lichnowskys hinderten die offiziös tätigen Kämpfer gegen die „Kriegsschuldlüge“ nicht, ihn weiter zu denunzieren. Sie konzentrierten sich im Gefolge Jagows auf nachweisbare Defizite, nämlich dass Lichnowsky in Einzelheiten falsch lag, seine Rolle

---

30 Fischer, Krieg, S. 670f. (Absprachen Bethmann et alii). Zur Kriegsschuld-Debatte vgl. Ulrich Heinemann, Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983, S. 74–78 (Kautsky setzt „Deutsche Dokumente“ durch), S. 80ff. (Thimme) und Karl Holl, Pazifismus in Deutschland, Frankfurt/M. 1988, S. 138–143. Young, Prince Lichnowsky, S. 167–174 zum Verhalten des Fürsten 1919–1926.

31 Zitate gemäß Lichnowsky, Auf dem Wege zum Abgrund, Bd. 1, S. 12 und S. 93 Fußnote.

teils eitel hervorhob und Dokumente nicht völlig authentisch wiedergab, sondern einzelne Sätze wegließ oder Halbsätze hinzufügte, etwa den gerade zitierten „selbst wenn man es anders wollte.“ Seine Glaubwürdigkeit damit zu erschüttern, ließ sich Friedrich Thimme 1928 angelegen sein, als er Lichnowskys zwei Bände „Auf dem Wege zum Abgrund“ mit Quellenkritik diskreditierte. Dabei konnte Thimme Lichnowsky jahrelangen Nichtwiderspruch gegen den Flottenbau nachweisen, redaktionelle Änderungen in fünf Berichten belegen und ihm vorhalten, seine These von der deutschen Alleinschuld nun relativiert zu haben, um sich zu rehabilitieren. Damit sei evident, dass er „unter den deutschen Staatsmännern von 1914 am vollkommensten versagt hat“.[32]

Noch vor der Veröffentlichung dieses Verrisses starb Lichnowsky nach zwei Schlaganfällen im Februar 1928. Er hatte bereits einen Gutteil seines Vermögens verloren, denn Enteignungen seitens der neuen Staaten Polen und ČSR kosteten ihn viel Grundbesitz. Geblieben waren ca. 3.000 ha um Schloß Kuchelna im nun tschechischen Hultschiner Ländchen, wo ihn 1923 der junge Golo Mann besuchte, und Land um Schloß Kreuzenort im äußersten Südosten Oberschlesiens. Im April 1928 erbat die verwitwete Fürstin bei Außenminister Gustav Stresemann die Gewährung einer Beamtenpension, auf die ihr Gatte beim Ausscheiden aus dem Dienst Anfang 1918 verzichtet hatte. Diese Gnadenerweisung sei leider gesetzlich nicht möglich, erwiderte das Auswärtige Amt einen Monat später. Die Fürstin heiratete 1937 einen britischen Offizier und lebte bis zu ihrem Tode 1958 in London. Lichnowskys zwei antinazistisch eingestellte Söhne wanderten in der NS-Zeit bzw. nach der Vertreibung aus der ČSSR nach Brasilien aus; seine Tochter lebte seit 1954 in Rom. Im Gothaischen Adelslexikon wurde der Name Lichnowsky letztmals 1971 verzeichnet.[33]

---

32 Friedrich Thimme, Fürst Lichnowskys „Memoirenwerk“, in: Archiv für Politik und Geschichte, Bd. 10 (1928), S. 22–64. Mit gleichem Tenor der Artikel Friedrich Thimme, „Auf dem Wege zum Abgrund“. Ein ehemaliger deutscher Botschafter wird zum Kronzeugen für Deutschlands Kriegsschuld, in: Kölnische Zeitung Nr. 783b vom 11.12.1927. Ein später Widerschein dieser operativen Taktik tritt noch zutage bei Baumgart, Das Zeitalter des Imperialismus, S. 38: Der Aussagewert der Lichnowsky-Erinnerungen sei durch „Selbstglorifizierung und durch Schwarzweiß-Darstellung der Berliner Politik stark herabgemindert“, und: „Peinlich wirkte der Nachweis durch Historiker, daß er diese Dokumente nachträglich ‚frisiert‘ hatte“.

33 Young, Prince Lichnowsky, S. 165 (Besitzverluste) und S. 188–190 (Schicksal der Familie); Golo Mann, Geschichte und Geschichten, Frankfurt/M. 1961, S. 517–522. PA AA, P 1 Nr. 8879 (Personalakte 1912–18), unpaginiert, Fürstin Mechtilde Lichnowsky 24.4. 1928 an Stresemann, Antwort des Auswärtigen Amtes vom 31.5.1928. Genealogisches

In der Wissenschaft stellten erst Imanuel Geiss (1964), Fritz Fischer (1969) und John Röhl (1971) Lichnowsky als einen frühen Gewährsmann für die Hauptverantwortung der Berliner Führung im Juli 1914 heraus. Des Fürsten Lageanalysen bis zur Julikrise 1914 gelten heute unbestritten „als ein Beispiel für eine zur Zeit des Kaiserreichs seltene Weitsicht und Nüchternheit". Jagow hatte Lichnowsky bereits Ende 1914 als Trost privatbrieflich geschrieben, er stehe zwar momentan als deutscher Dreyfus da, aber:

> „Entscheidet die Geschichte einmal anders und ändert sich das Urteil der öffentlichen Meinung – so können Sie vielleicht einmal Recht bekommen."[34]

Handbuch des Adels, Fürstliche Häuser, Bd. IX, Limburg 1971, S. 416–418. Drei in den 1960er Jahren geborene Urenkel wuchsen in Brasilien auf.

34 John C. G. Röhl, Zwei deutsche Fürsten zur Kriegsschuldfrage, Düsseldorf 1971, S. 10–25, 39–64. Heutige Einschätzung nach Manfred Wüstemeyer, Artikel Karl Max Fürst Lichnowsky, in: Gerhard Hirschfeld u.a. (Hg.), Enzyklopädie Erster Weltkrieg, 2. Aufl., Paderborn 2004, S. 679. Jagow-Zitat nach PA AA, Nr. 1383 (unpaginiert), Brief vom 3.11.1914.

Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin *142 (2020), 63–76*

Gerd Krumeich

Die Kriegsschulddiskussion im Schatten von Versailles 1919–1933

1. Zum Forschungsstand und Problem

Im Grunde steht die historische Forschung in dieser Frage auf dem Stand zu Beginn der 1990er Jahre. Es hatte in der Tat seit den 1980er Jahren und im Sog der Fischer-Diskussion einige neue Untersuchungen gegeben. Von denen insbesondere die von Ulrich Heinemann und Wolfgang Jäger wegweisend geblieben sind.[1] Hinzu kam Anfang der 1990er Jahre die ebenfalls vorbildlich recherchierte Spezialarbeit von Dreyer und Lembcke über die Kriegsschuld-Auseinandersetzung im Moment der Niederlage und der Verhandlungen von Versailles.[2]

Das große Problem dieser älteren Forschung, besonders deutlich in den Arbeiten von Geiss, Heinemann und Lembcke/Dreyer, liegt darin, dass die Autoren sich allzu sicher sind über die tatsächliche Alleinschuld oder zumindest überwiegende Schuld Deutschlands am Ausbruch des Krieges von 1914. Von daher bringen sie keinerlei Verständnis auf für die damaligen Proteste nicht allein nationalistischer oder konservativer Provenienz. Sie untersuchen mit Präzision, „quellendicht“ und äußerst kritisch, alle Versuche von Institutionen, Parteien und Verbänden, die Kriegsschuld Deutschlands zu leugnen und regelrechte Propagandabarrieren gegen die richtige Einsicht in die Schuld des Deutschen Reiches zu schaffen. Die historistisch-verstehende Überlegung, dass die ungeheure Energie dieser Kriegsunschuld-Propaganda eventuell von der Überzeugung der allermeisten Deutschen genährt wurde, dass Deutschland keinesfalls Hauptschuldiger bzw. sogar Alleinschuldiger am Weltkrieg sei, wird so leider vollkommen aus der Analyse und historischen Kritik ausgeschlossen.

---

1 Ulrich Heinemann, Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983; Wolfgang Jäger, Historische Forschung und politische Kultur in Deutschland. Die Debatte 1914–1980 über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges, Göttingen 1984; Imanuel Geiss, Die manipulierte Kriegsschuldfrage, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 2/1983, S. 31–60.

2 Michael Dreyer und Oliver Lembcke, Die deutsche Diskussion um die Kriegsschuldfrage 1918/19, Leipzig 1993.

Man kommt aber auf diese Weise den Menschen der damaligen Zeit nicht näher und verfehlt vollkommen die Intensität der Schulddebatte unmittelbar nach dem Krieg. Es bleibt unbenommen, dass diese auch massiv politisch instrumentalisiert wurde, aber das konnte sie ja nur werden, weil die Kriegsschuld eben eine Frage war, die alle Menschen damals zutiefst betraf und die von daher notwendigerweise in den Focus des politischen Diskurses bzw. Streites geriet. Man sollte sich heute einfach nur einmal vorstellen, was es für die Deutschen, die größtenteils zutiefst davon überzeugt waren, einen legitimen Verteidigungskrieg geführt zu haben bedeutete, nunmehr an „zumindest sieben Millionen Toten" schuld zu sein, deren Blut, wie Georges Clemenceau es den deutschen Delegierten in Versailles schriftlich gab, „den Boden Europas tränkt".[3]

Die (über)kritische Kriegsschuld-Forschung der 1980er und 1990er Jahre war natürlich eine Folge des Konsenses, der sich seit den 1970er Jahren in der Frage der deutschen Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges insgesamt ergeben hatte. Waren Fritz Fischers diesbezügliche Thesen Anfang der 1960er Jahren noch ein regelrechter Skandal, so waren sie ca. zehn Jahre später so ziemlich zum Allgemeingut sowohl der historischen Forschung als auch der Rezeption in den gebildeten Schichten in Deutschland geworden. H.-U. Wehlers vielfach neu aufgelegtes Werk „Das Deutsche Kaiserreich", der den Kriegsausbruch aus dem unersättlichen deutschen Imperialismus (auch Sozialimperialismus) herleitete, wurde zum Handbuch des universitären und gymnasialen Unterrichts.[4]

Aus dieser Grundüberzeugung der deutschen Gebildeten, dass Deutschland am Ersten Weltkrieg unbezweifelbar die Hauptschuld treffe, ergibt sich auch die heute überwiegende „kritische" Sicht des Verhaltens der Deutschen, und besonders der deutschen Delegation in Versailles in der Frage des Friedensschlusses 1919.

Überzeugungs- und stilbildend ist insbesondere die Auffassung von Eberhard Kolb geworden, dass die Deutschen bessere Friedensbedingungen hätten erhalten können, hätten sie in Versailles nicht alles auf die Kriegsschuldfrage zugespitzt:

> „Der Artikel 231 hatte die Funktion, eine juristische Haftung des Deutschen Reiches für die angerichteten Schäden vertraglich zu verankern und den Reparations-

3 Vgl. das gesamte Zitat weiter unten.

4 Hans-Ulrich Wehler, Das deutsche Kaiserreich 1871–1918, Göttingen 1973; zur sogenannten „Fischer-Kontroverse" vgl. den weiterführenden Wikipedia-Beitrag mit nahezu der gesamten Forschungsliteratur: https://de.wikipedia.org/wiki/Fischer-Kontroverse (eingesehen 14.11.2019).

anspruch damit rechtlich abzusichern; er entbehrte damit zunächst weitgehend des Charakters einer massiven moralischen Diskreditierung Deutschlands."

Erst durch den leidenschaftlichen Protest der Deutschen habe der Artikel den Charakter eines moralischen Kriegsschuldverdikts erhalten.[5]

Von daher war „Die Schlafwandler" von Christopher Clark eine regelrechte Revolution. Seine weitgehende Entlastung des Deutschen Reiches von der Kriegsschuld 1914 hatte de-traumatisierenden Charakter, wie der ungeheure Verkaufserfolg dieses Buches mit seinen mehr als 350.000 in Deutschland verkauften Exemplaren der Originalauflage zeigt.[6] Und für die Geschichtswissenschaft brachte Clark die Möglichkeit zu einer regelrechten Kehrtwendung, die heute allmählich Platz zu greifen scheint. Ich erlaube mir in diesem Zusammenhang eine Bemerkung in eigener Sache: Ich habe auf dem Höhepunkt des Clark-Enthusiasmus so ziemlich alleinstehend eine Publikation vorgelegt, die zeigen sollte, dass bei aller Anerkennung für Clarks Quellenforschung und Darstellungskraft er das Deutsche Reich in der Krisensituation von 1912–1914 doch allzu freundlich beurteilt. Für mich steht fest, dass Deutschland sicherlich keineswegs allein das Pulver beschafft hat, das im Juli 1914 explodierte, dass aber die Führung des Deutschen Reiches im Juli 1914 eindeutig das Feuer an die Lunte gelegt hat, die der gesamteuropäische Imperialismus geschaffen hatte.[7]

Gleichwohl bin ich der Auffassung, dass die Überzeugung der allermeisten Deutschen, damals „eingekreist" worden zu sein und einen legitimen Verteidigungskrieg zu führen, sehr viel stärker in die historische Analyse und Beurteilung Eingang finden muss als es die alte „kritische" Historiografie zulassen konnte oder wollte. Für diese war und blieb es entscheidend festzustellen, dass Deutschland eben nicht „eingekreist" worden sei, sondern sich selber aus dem Kreis der großen Mächte „ausgekreist" habe. Mein Einwand, dass diese „Selbstauskreisung" doch keineswegs quer steht zu der damaligen Überzeugung der allermeisten Deutschen vom bösen Willen der anderen europäischen Großmächte gegenüber Deutschland ist eigentlich nur eine „historistische Ergänzung" und notwendige Vertiefung im Sinne historischen „Verstehens".

Eine solche streng historistische Perspektivierung erlaubt wohl auch auf Dauer ein gerechteres Verstehen der damaligen Einstellungen und der aus

5 Eberhard Kolb, Der Frieden von Versailles, München 2005, S. 66.

6 Christopher Clark, Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog, München 2013; vgl. zu diesem Buch auch meine Kritik: Gerd Krumeich, Juli 1914. Eine Bilanz, Paderborn 2014, bes. S. 64f., 67f., 107f.

7 Gerd Krumeich, Juli 1914 (wie Anm. 6.).

allgemeiner Empörung entspringenden Aktionen in den Jahren nach 1918. Nicht von ungefähr, und keineswegs allein wegen der von Staats wegen und von Parteien und Verbänden betriebenen Agitation hatte die Anti-Kriegsschuld-Agitation so ungeheure Ausmaße. Man muss, wenn man die Flut der diesbezüglichen Bücher, Broschüren und Zeitungsartikel auch nur einigermaßen überblickt, eigentlich zu dem Schluss kommen, dass kein anderes Thema die Deutschen mehr und drängender bewegt hat als eben diese Frage der deutschen Schuld an einem Weltkrieg, der allein zwei Millionen tote deutsche Soldaten gefordert hatte und dessen Gesamtverluste von zumindest 10 Millionen toten Soldaten damals nicht einmal ansatzweise erkannt wurden.

Ein kleiner Überblick über die hauptsächlichen Titel dieser „Kriegsunschuldliteratur“ mag spürbar machen, wie intensiv und großflächig diese Kampagne verlief, wie sie mit Argumenten und immer wieder neuen Begründungen ungefähr 15 Jahre lang den deutschen Buchmarkt beherrschte.

- Zeitschrift „Die Kriegsschuldfrage“ von 1922 bis 1944;
- „Bilddokumente zur Kriegsschuldfrage“ (1924);
- „Leitfaden zur Kriegsschuldfrage“ (1923) von Max Graf Montgelas, dem Mitherausgeber der „Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch“ und der „Großen Politik der Europäischen Kabinette“;
- „Leitsätze zur Kriegsschuldfrage“ (1927) von demselben;
- „Grundzüge der Kriegsschuldfrage“ (3. Aufl. 1926);
- „Anklage und Widerlegung. Taschenbuch zur Kriegsschuldfrage“ mit einem Anhang: Erklärungen der deutschen Regierungen zur Kriegsschuldfrage (bis 1928);
- „Die Kriegsschuldfrage in der deutschen Schule“ (1933) von Georg Hanke;
- „Die Kriegsschuldfrage. Ein Verzeichnis der Literatur des In- und Auslandes“, (1925), hg. vom Börsenverein der deutschen Buchhändler;
- „Die Lüge von der deutschen Kriegsschuld im Geschichtsunterricht der deutschen Schulen“ (1924).

2. Nachklang 1933

Vielleicht lässt sich die ganze und die Deutschen zutiefst bewegende Dimension der Kriegsschuldfrage am besten durch einen Zwischenfall zeigen, der bislang der allgemeinen Aufmerksamkeit entgangen ist. In seiner Rede zur Begründung des Antrags auf ein Ermächtigungsgesetz erklärte Hitler am 23.3.1933:

> „Das Gelingen der Revolution sicherte die Attentäter vor dem Zugriff der Justiz. Ihre moralische Legitimierung suchten sie in der Behauptung, Deutschland bzw. seine Regierung trügen die Schuld am Ausbruch des Krieges.“[8]

Wenn es schon als merkwürdig anmuten mag, dass Hitler in einer solchen entscheidenden und ganz auf die Zukunft gerichteten Situation den Akzent auf die Novemberrevolution und die Kriegsschulddiskussion legte, so mag noch mehr erstaunen, dass Otto Wels in seiner so mutigen und verzweifelten Widerrede (die nicht von ungefähr als ein Lehrstück für demokratisches Engagement auch in hoffnungsloser Zeit zu gelten hat), genau auf diesen Punkt einging. Wie kaum einmal bemerkt, enthielt Wels' Rede auch eine Anerkennung des außenpolitischen Programms Hitlers. Zudem betonte Otto Wels, dass er selber bereits im Februar 1919 auf einem internationalen Kongress „der Unwahrheit von der Schuld Deutschlands am Ausbruch des Weltkrieges entgegengetreten“ sei. Ausdrücklich bestätigte er Hitler mit einem Hinweis auf den „Wahnsinn der Reparationen“.

Hitler nahm sehr erregt sofort Stellung:

> „Spät kommt ihr, doch ihr kommt!
> [...]. Sie erklären, dass die Sozialdemokratie unser außenpolitisches Programm unterschreibt, dass sie die Kriegsschuldlüge ablehnt, dass sie gegen die Reparationen sich wende. Nun erhebe ich nur die eine Frage: Was war denn dieser Kampf in der Zeit, in der Sie die Macht in Deutschland hatten?“[9]

Könnte irgendetwas besser die traumatische Dimension der Kriegsschuldfrage aufzeigen als dieser absurde Dialog unmittelbar vor der Zerschlagung der deutschen Demokratie?

3. Die Anfänge der Kriegsschuld-Diskussion

Aber kehren wir zu den Anfängen der Kriegsschulddiskussion zurück. Bereits in ihrer Antwort auf die deutsche Friedensinitiative vom Dezember 1916 hatten die Alliierten betont, dass vor jedem Friedenschluss die Erledigung der durch die deutsche Aggression von 1914 angerichteten Schäden stehen werde.[10] Nun, im November 1918, wurde genau diese Forderung im Notenaustausch zwischen Wilson und der deutschen Regierung präzisiert und verstärkt. Die vom Staatssekretär des amerikanischen Präsidenten, Robert Lansing verfasste und deshalb noch heute als „Lansing-Note“ bezeichnete Antwort auf das deutsche Vermittlungsersuchen, hatte folgenden Wortlaut:

---

8 Zit. nach: Max Domarus (Hg.), Hitler. Reden 1932–1945, Bd. 1, Wiesbaden 1973, S. 229.
9 Ebd.
10 Vgl. Dreyer/Lembcke, S. 44f.

> „The Allied Governments feel that no doubt ought to be allowed to exist as to what this provision implies. By it they understand that compensation will be made by Germany for all damage done to the civilian population of the Allies and their property by the *aggression of Germany, by land, by sea, and from the air*."[11]

Urgrund aller Reparationsansprüche blieb also die Feststellung, dass es im Juli 1914 eine deutsche „Aggression" gegeben habe, die den Krieg auslöste, weshalb Deutschland für alle Schäden verantwortlich sei.

Die Deutschen haben damals „Aggression" mit „Angriff" übersetzt und sofort betont, dass sie selbstverständlich bereit seien, für die durch ihre Angriffe etwa in Belgien und Frankreich entstandenen Schäden zu zahlen, nicht aber für die Schäden, die die Alliierten selber mit der Zerstörung von Dörfern, Städten und Kunstwerken, etwa der Kathedrale von Laon, angerichtet hätten. Aber auf diese Distinktion ließen sich die Alliierten nicht ein, weshalb die Deutschen sich durchweg als von Wilsons Versprechen eines gerechten Friedens enttäuscht bzw. als betrogen empfanden.[12]

4. Der Eisner-Skandal ab November 1918

Es versteht sich, dass unter diesen Umständen die – gekürzte! – Veröffentlichung eines brisanten Berichts des bayerischen Gesandten in Berlin, Graf Lerchenfeld, vom 28. Juli 1914 durch den bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner wenige Tage nach dessen revolutionärer Amtsübernahme vom 8.11.1918 riesige Wellen schlug. Denn in diesem Bericht wurde genauestens bewiesen, dass die deutsche Regierung im Juli 1914 keineswegs versucht hatte, das Vorgehen Österreich-Ungarns gegen Serbien zu mäßigen. Sie hatte im Gegenteil die Habsburgermonarchie in ihrem Vorhaben bestärkt, das Attentat von Sarajewo zu nutzen, um Serbien endgültig zu schlagen.

Was genau hat Eisner am „Lerchenfeld-Bericht" geändert? Die synchronoptische Reproduktion in der Edition von Pius Dirr zeigt, dass nichts hinzugefügt worden ist. Es geht im Grunde um eine große Auslassung und einige resümierende Einschübe. Hinzu kommt, dass Eisner zur Betonung der ihm als besonders skandalös erscheinenden Elemente des Berichts einige Wörter oder Halbsätze gesperrt drucken ließ, um deren besondere Bedeutung zu zeigen. Ausgelassen wurde der lange Passus, wo die Meinung der

11 Materialien betreffend die Friedensverhandlungen, Teil 1, Charlottenburg 1919, S. 6, meine Hervorhebung.

12 Die in vieler Hinsicht nützliche Quellensammlung von Klaus Schwabe, Quellen zum Friedensschluss von Versailles, Darmstadt 1997, erkennt diesen Unterschied nicht, vgl. ebd. S. 68.

Berliner Verantwortlichen wiedergegeben wird, dass sich der Konflikt sicherlich auf Österreich-Ungarn und Serbien begrenzen, also „lokalisieren“ ließe, wie das in der Juli-Krise so häufig gebrauchte Reizwort lautete. Eisner war allein die Tatsache wichtig, dass Deutschland laut diesem Bericht entschlossen war, seinen Bündnispartner auch dann zu unterstützen, wenn die anderen Großmächte eingreifen würden, auch auf die Gefahr eines europäischen Krieges hin. Und er gab Einzelheiten in gesperrter Schrift wieder, wenn diese ihm zu belegen schienen, dass die deutsche Regierung eindeutig aggressive Absichten hatte und entschlossen gewesen sei, es zum Großen Krieg kommen zu lassen.[13]

Schaut man auf die Forschung zur Julikrise seit den 1960er Jahren, so wird schnell erkennbar, dass sich die Auffassungen der Historiker nach wie vor exakt an dieser Stelle polarisieren. War die Forderung, den Konflikt zu „lokalisieren“ ein Beweis für die im Grunde friedlichen Absichten der deutschen Regierung, oder war das nur ein Feigenblatt bei bereits beschlossenem Kriegskurs? Die Frage muss hier nicht entschieden werden.[14] Aber die Dauerhaftigkeit des Problems erweist, dass Eisner sicherlich *bona fide* gehandelt hat. Er hielt, wie so viele Historiker heute noch, die „Lokalisierungs“-Absicht für höchstens nebensächlich und war so sehr von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands überzeugt, dass er alles, was in dem „Lerchenfeld-Bericht“ dagegen sprechen konnte, nur als „allerlei Betrachtungen“ oder „Geplauder“ qualifizierte. Er griff damit das Hauptargument der Verteidiger Deutschlands zentral an, denn diese hatten immer die Absicht der deutschen Regierung betont, den Krieg auf Österreich-Ungarn und Serbien zu begrenzen, ihn eben zu „lokalisieren“. Und dies beweise, dass Deutschland in keiner Weise die Intention gehabt habe, einen europäischen Krieg zwischen den Großmächten auszulösen. Genau dies war aber der Vorwurf, der im Vorfeld des Versailler Kongresses von den Alliierten gemacht wurde und dann in der „Mantelnote“ zu den Friedensbedingungen exemplarisch formuliert wurde.

Immer wieder verkündete Eisner auf Versammlungen die „alleinige Schuld“ Deutschlands. Auf der Berliner „Reichskonferenz“ der Arbeiter- und Soldatenräte vom 25. November 1918 kam es dabei zu einem scharfen Wortwechsel mit Scheidemann, der ihn bezichtigte, Deutschland mit der

---

13 Vgl. Pius Dirr (Hg.), Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch, München und Berlin 1925 (3. Aufl.), S. 6ff.; vgl. zur Polemik um Eisners Veröffentlichungen: Gerd Krumeich, Die unbewältigte Niederlage, Das Trauma des Ersten Weltkrieges und die Weimarer Republik, Freiburg 2018, S. 154ff.

14 Ich habe diese Lokalisierungs-Problematik in meinem „Juli 1914“ ausführlich diskutiert, vgl. ebd. S. 79–106.

Veröffentlichung der Julikrisen-Dokumente aus den bayerischen Archiven einen „Keulenschlag“ versetzt zu haben. Eisner, der diese Gelegenheit (und viele weitere) nutzte, um mit den Führern der Kriegs-MSPD abzurechnen, forderte, dass Politiker, die Deutschland in den Krieg getrieben und enorme Kriegsziele vertreten hätten, etwa Jagow, Zimmermann und Erzberger, nicht mehr frei herumlaufen dürften. Denn sie seien „kriminell“ gewesen wegen ihrer Verantwortungslosigkeit vor und während des Krieges.

Der ehemalige Reichskanzler Bethmann Hollweg, in der Juli-Krise ja der entscheidende Politiker, nahm bereits am 27. November 1918 in der Deutschen Allgemeinen Zeitung ausführlich Stellung zu den Veröffentlichungen. Es sei zutreffend, dass man im Juli 1914 auch „weitere kriegerische Komplikationen“ in Kauf genommen habe, um das Bündnis mit Österreich-Ungarn, dem einzigen Helfer Deutschlands, zu retten. Auch sei sicherlich das Ultimatum Österreich-Ungarns an Serbien zu scharf gewesen. Aber niemals habe die deutsche Regierung geplant, einen Weltkrieg zu entfesseln. Entscheidend sei die russische Generalmobilmachung gewesen.

Hans Delbrück erklärte in einem Kommentar zu einem Eisners Aktivitäten bagatellisierenden Aufsatz des Pazifisten Friedrich W. Foerster:

> „Die Eisnersche Publikation ist eine der frechsten und niederträchtigsten diplomatischen Fälschungen der Weltgeschichte. Dass Herr Prof. Foerster imstande ist, eine solche Tat zu entschuldigen, zeugt von einer moralischen Unempfindlichkeit, die ich ihm nicht zugetraut hätte.“[15]

5. Die Bedeutung der Kriegsschuldfrage für die Versailler Verhandlungen

Wie bereits angedeutet, wird in der deutschen Forschung zumeist davon ausgegangen, dass erst das Verhalten der deutschen Delegation in Versailles, insbesondere die ungebührliche Art und Weise, mit der der deutsche Delegationsleiter, Graf Brockdorff-Rantzau, auf die alliierten Friedensvorschläge einging, dafür verantwortlich gemacht, dass deren Verhalten gegenüber Deutschland so unerbittlich wurde.[16] Dem ist entschieden zu widersprechen, wie die wichtigsten Stellungnahmen der Alliierten bereits vor Beginn der „Verhandlungen“ mit den Deutschen zeigen. So äußerte sich der

15 Alle zitierten Stellungnahmen abgedruckt bei Dirr, Bayerische Dokumente, S. 56ff.; auch Max Weber hat sich sehr entschieden gegen Eisner geäußert, vgl. dazu Krumeich, Die unbewältigte Niederlage, S. 158–160.

16 Kolb, Versailles; ähnlich auch Jörn Leonhard, Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918–1923, München 2018, S. 963ff.; Eckart Conze, Die große Illusion, Versailles 1919 und die Neuordnung der Welt, München 2018, S. 360ff.

französische Staatspräsident Raymond Poincaré bei der Eröffnung der Versailler Verhandlungen am 18.1.1919 folgendermaßen:

> „Was Ihnen die Autorität verleiht, einen Frieden der Gerechtigkeit zu schaffen, ist die Tatsache, dass keines der von Ihnen vertretenen Völker irgendeinen Anteil an diesem Verbrechen hat, das zu einem noch nie dagewesenen Unheil geführt hat [...] Die blutdurchtränkte Wahrheit ist bereits aus den kaiserlichen Archiven ans Licht gekommen. Der vorsätzliche Charakter des Anschlags ist schon jetzt erwiesen.“[17]

Auch der bereits am 28.3.1919 vorgelegte Bericht der „Schuldkommission“ der Alliierten sprach von einer „vorgefassten Absicht“ Deutschlands (und Österreich-Ungarns), den Krieg auszulösen. Um dies zu beweisen, wird in diesem Bericht die Julikrise von 1914 nahezu Tag für Tag durchgegangen. Die Schlussfolgerungen aus diesen Einzelerörterungen lauteten dann:

> „Der Krieg ist von den Zentralmächten ebenso wie von ihren Verbündeten, der Türkei und Bulgarien, mit Vorbedacht geplant worden, und er ist das Ergebnis von Handlungen, die vorsätzlich und in der Absicht begangen wurden, ihn unabwendbar zu machen.
> In Übereinstimmung mit Österreich-Ungarn hat Deutschland vorsätzlich daran gearbeitet, die zahlreichen vermittelnden Vorschläge der Ententemächte auf die Seite zu schieben und ihre wiederholten Bemühungen, den Krieg zu verhüten, zunichte zu machen.“[18]

Brockdorff-Rantzaus Ausführungen, die er am 7.5.1919 bei der Überreichung der Friedensbedingungen im Sitzen (!) verlas, waren also keineswegs eine unverschämte Provokation, als welche sie in der deutschen Forschung nahezu passim dargestellt werden, sondern eine recht gemäßigte Antwort auf die zitierten – und viele andere – Anschuldigungen seitens der Siegermächte:

> „Es wird von uns verlangt, dass wir uns als die allein Schuldigen am Kriege bekennen; ein solches Bekenntnis wäre in meinem Munde eine Lüge. Wir sind fern davon, jede Verantwortung dafür, dass es zu diesem Weltkrieg kam, und dass er so geführt wurde, von Deutschland abzuwälzen. [...] Aber wir bestreiten nachdrücklich, dass Deutschland, dessen Volk überzeugt war, einen Verteidigungskrieg zu führen, allein mit der Schuld belastet wird.“[19]

---

17 Raymond Poincaré, Messages, discours, allocutions, Bd. 2, Paris 1920, S. 132f., meine Übersetzung.

18 Zit. nach: Friedrich Purlitz (Hg.), Deutscher Geschichtskalender. Der Europäische Krieg in aktenmäßiger Darstellung, Ergänzungsband: Vom Waffenstillstand zum Frieden von Versailles, Leipzig 1919, S. 546.

19 Zit. nach Schwabe, Quellen zum Friedensschluss, S. 243.

6. Die offiziellen deutschen Publikationen

Bereits Ende 1918 wurde der Sozialistenführer Karl Kautsky von der Revolutionsregierung beauftragt, dem Auswärtigen Amt bis März 1919 eine Dokumentation der Julikrise von 1914 vorzulegen. Kautsky erfüllte diese Aufgabe auch pünktlich. Deren Veröffentlichung wurde aber verschoben, da Kautsky beim Studium der Akten zu der Überzeugung gelangt war, dass die deutsche Regierung erheblichen, wenn nicht maßgeblichen, Anteil am Kriegsausbruch gehabt hatte. Die Dokumentation erschien dann Ende 1919 unter dem Namen der international renommierten und als integer beziehungsweise pazifistisch eingestuften Persönlichkeiten Max Graf Montgelas und Walther Schücking. Kautsky, der, wenngleich wegen seiner sehr kritischen Haltung gegenüber der deutschen Politik in der Julikrise von 1914 „ausgebootet", seine Einwilligung auch zu den gemäßigten beziehungsweise leicht apologetischen Formulierungen der Einleitung gegeben hatte, war offensichtlich gleichwohl nicht zufrieden. Denn er publizierte noch vor Erscheinen der Dokumente eine Broschüre „Wie der Weltkrieg entstand", in deren Vorwort er sich bitter über den Mangel an regierungsoffizieller Unterstützung für seine Forschungen beschwerte. Auf nahezu 200 Seiten stellte Kautsky in dieser Schrift die längere und unmittelbare Vorgeschichte des Weltkrieges nach den von ihm durchgesehenen Akten dar. Dabei ging er gnadenlos mit der deutschen und österreichischen Regierung ins Gericht. Er scheute sich nicht, von einer „Verschwörung" zu sprechen, die beide gemeinsam gegen den europäischen Frieden ausgeheckt hätten. Kautskys Streitschrift entfachte leidenschaftliche Diskussionen. So warf ihm Hans Delbrück, der unerbittliche Kritiker des Wilhelminischen Militarismus und damals auch im Untersuchungsausschuss der Nationalversammlung zur Schuldfrage führend tätig, vor, sich allzu sehr von seinen Vorurteilen gegenüber den Machthabern von 1914 geleitet haben zu lassen. Kautsky habe

> „die allerersten Pflichten des Historikers, die Tatsachen richtig und genau anzugeben und die Motive der Handelnden zu erkennen, sich in ihre Denkweise zu versetzten und sie richtig darzustellen, auf das gröblichste verletzt."[20]

Anlässlich der „10 Jahre Kriegsbeginn" veröffentliche die deutsche Regierung am 29. August 1924 eine „Amtliche Kundgebung" folgenden Wortlauts:

> „Die uns durch den Versailler Vertrag unter dem Druck übermächtiger Gewalt auferlegte Feststellung, daß Deutschland den Weltkrieg durch seinen Angriff

20 Hans Delbrück, Kautsky und Harden, Berlin 1920, S. 6.

> entfesselt habe, widerspricht den Tatsachen der Geschichte. Die Reichsregierung erklärt daher, dass sie diese Festlegung nicht anerkennt. Es ist eine gerechte Forderung des deutschen Volkes, von der Bürde dieser falschen Anklage befreit zu werden. Solange das nicht geschehen ist und solange ein Mitglied der Völkergemeinschaft zum Verbrecher an der Menschheit gestempelt wird, kann die wahre Verständigung und Versöhnung zwischen den Völkern nicht vollendet werden."

Und zehn Jahre nach Unterzeichnung des Versailler Vertrages hieß es in einer gemeinsamen Kundgebung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung:

> „Der heutige Tag ist ein Tag der Trauer. Zehn Jahre sind verflossen, seit in Versailles deutsche Friedensunterhändler gezwungen waren, ihre Unterschrift unter eine Urkunde zu setzen, die für alle Freunde des Rechts und eines wahren Friedens eine bittere Enttäuschung bedeutete. [...] Deutschland hat den Vertrag unterzeichnet, ohne damit anzuerkennen, dass das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei. Dieser Vorwurf lässt unser Volk nicht zur Ruhe kommen und stört das Vertrauen unter den Nationen. Wir wissen uns eins mit allen Deutschen in der Zurückweisung der Behauptung der alleinigen Schuld Deutschlands am Kriege."

Die Zurückweisung der Kriegsschuld war also direkt verbunden mit dem Kampf gegen „Versailles" insgesamt. Aus diesem Grund wohl gab es in Deutschland auch keine relevante Diskussion um Nuancen in der Frage der Verantwortlichkeiten für den Ausbruch der europäischen Katastrophe. Wenn man einmal von der recht marginalen Position Eisners und gleichgesinnter Linker absieht, so blieb es bei einer durchgehenden, nahezu ununterscheidbaren Ablehnung von allen Parteien und Verbänden der gemäßigten Linken, der Mitte und der Rechten.

7. Kriegsschuldfrage und Dolchstoßlegende

Diese grundsätzliche Übereinstimmung in der Ablehnung der alleinigen deutschen Kriegsschuld führte allerdings keineswegs zu einem überparteilichen Schulterschluss gegenüber den Behauptungen und Forderungen des Auslands, insbesondere Frankreichs. Dies lang daran, dass sich die Kriegsschuld-Diskussion untrennbar mit dem Dolchstoß-Vorwurf vermischte. Denn für die Rechte stand unumstößlich fest, dass es zu Versailles und der Kriegsschuld-Zuweisung überhaupt nicht gekommen wäre, wenn nicht die Revolution ausgebrochen wäre. Das oben zitierte Wort Hitlers vom März 1933 stellte in der ganzen Zeit der Weimarer Republik gleichermaßen ein Axiom des politischen Diskurses der Rechten dar. Es gab allerdings zwei Varianten

dieses Dolchstoßvorwurfs, wie sie etwa in der langjährigen Diskussion im Untersuchungssauschuss der Nationalversammlung und dann des Reichstags über immer wieder thematisiert wurden:

a) man hätte noch etwas durchhalten und bessere Friedensbedingungen erhalten können;
b) das siegreich voranstürmende deutsche Heer sei von den jüdisch-kommunistischen Verschwörern am Sieg gehindert worden.

Es sei allerdings betont, was leider in den heutigen Darstellungen zur Dolchstoß-Problematik nahezu vollständig außer Acht gelassen wird, dass damals die gemäßigte Variante sowohl im Untersuchungsausschuss als auch in der politischen Öffentlichkeit sehr viel stärker verbreitet war, als die extreme Variante, die zunächst nur von den Nationalsozialisten und anderen „völkischen" Verbänden sowie von einigen wenigen Militärs vertreten wurde. Diese letztere Variante ist allerdings heute fast allein noch bekannt, weil sie mit der „Machtergreifung" und im Verlauf der 1930er Jahre allein noch Gültigkeit hatte und auch, weil sie zu Recht als eine katastrophale Verunstaltung der Wirklichkeit und Wahrheit zum Menetekel des NS überhaupt geworden ist.

Die erste Variante, also die Auffassung, dass unter Umständen „Versailles" und die Kriegsschuld-Zuweisung an Deutschland anders abgelaufen wären, hätte die deutsche Armee noch ein wenig länger Widerstand leisten können, wenn die Revolution nicht gekommen wäre, bleibt heute ein zwar meistens peinlich vermiedenes, aber historisch durchaus diskutables Problem.[21] Alles hängt an der Frage, ob die Revolution ursächlich war für den Waffenstillstand in der Form, in der er sich vollzog, nämlich als eine wenig verschleierte bedingungslose Kapitulation Deutschlands. Die allermeisten heutigen deutschen Historiker sind entschieden der Auffassung, dass die Armee im November 1919 schlicht geschlagen war und dass keinerlei weiteres Ausharren möglich bzw. sinnvoll gewesen wäre.[22] Und aus diesen Gründen habe die Revolution auch nichts mit der Niederlage zu tun, weshalb im Übrigen in all den aktuellen Revolutionsdarstellungen die gleichzeitige Kapitulation des deutschen Heeres weitestgehend ignoriert wird.

Interessanterweise sieht die in Deutschland kaum rezipierte französische Forschung zu diesem Thema die Sachlage anders. Im Jahre 2009, zum 90. Jahrestag des Kriegsendes, brachte das französische Armee-Archiv einen

21 Ich bereite aktuell eine Arbeit zu dieser (so schwierigen) Frage vor.
22 Vgl. hierzu mit Einzelnachweisen: Gerd Krumeich, Die unbewältigte Niederlage, S. 95–103.

reich bebilderten Ausstellungskatalog über die *Etrange victoire*, den „seltsamen Sieg“ von 1918 heraus.[23] Hierin wird mit einer großen Menge zeitgenössischer Quellen gezeigt, wie wenig die alliierte Militärführung noch im Oktober/November 1918 mit einem alsbaldigen Kriegsende rechnete. Die Planungen der alliierten Heerführer, Haig, Joffre, Foch, sahen noch große Operationen für das Frühjahr 1919 vor, mit denen man hoffte, die Deutschen endlich in die Knie zwingen zu können. Ende Oktober/Anfang November waren die deutschen Heere zwar überall auf dem Rückzug, aber sie lagen in recht gut befestigten Stellungen. Allerdings war die Kampfmoral, die ohnehin seit dem Juli 1918 stark schwankte, durch das Waffenstillstandsgesuch von Ende September 1918, welches ausschließlich auf den Einschätzungen Ludendorffs beruhte, noch einmal entscheidend unterminiert worden. Seit dem Waffenstillstandsersuchen, und erst seitdem, kam es zu den Massenfluchten in Gefangenschaft und zu erheblicher Disziplinlosigkeit, wie die neuere Forschung genau gezeigt hat.[24] Die Revolution wiederum hat natürlich ebenfalls mit diesem Ersuchen Ludendorffs zu tun, denn sie war in ihrem Anfang eigentlich eine „Revolution der Soldaten“ als Antwort auf die Forderungen und Maßnahmen im Hinblick auf eine „Re-Mobilisierung“ bzw. Prestigeaktionen wie die geplante Flottendemo vor Wilhelmshaven, die durch die empörten Matrosen unterbunden wurde. Aber in gewisser Weise ist auch Eisner Münchener Revolution vom 8.11.1918 desselben Ursprungs, denn die Demonstration, die gegen die Pläne und Maßnahmen zur Mobilisierung von „freigestellten“ Dienstpflichtigen begonnen hatte, wurde durch deren Mitwirken zu einer Massendemonstration mit anschließender Besetzung der politischen und militärischen Schaltstellen der bayerischen Landeshauptstadt.

Dies ist im Übrigen genau der Hintergrund der Behauptung Hitlers, dass die Novemberrevolution der entscheidende „Dolchstoß“ gegen das deutsche Heer gewesen sei. Die wahnwitzigen Folgerungen Hitlers und Gleichgesinnter, dass die „Juden und Bolschewisten“ diese absichtlich unternommen

---

23 Frédéric Guelton (Hg.), L´Etrange victoire. Archives du Ministère de la guerre et témoignages inédits, Paris 2008.

24 Christoph Jahr, Bei einer geschlagenen Armee ist der Klügste, wer zuerst davonläuft. Das Problem der Desertion im deutschen und britischen Heer 1918, in: Jörg Duppler und Gerhard P. Groß (Hg.), Kriegsende 1918. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung, München 1999, S. 241–272; David Stevenson, With our Backs to the Wall. Victory and Defeat in 1918, Cambridge/MA 2011; Scott Stephenson, The Final Battle: Soldiers of the Western Front and the German Revolution, Cambridge 2009; Alexander Watson, Enduring the Great War: Combat, Morale and Collapse in the German and British Armies 1914–1918, Cambridge 2008.

hätten, um eben Deutschland zu vernichten, sind heuristisch und historisch scharf zu trennen von dem was wohl tatsächlich zweifelsfrei der Anteil der Revolution nicht an der Niederlage aber an deren Form als Kapitulation war, mit der sich diese vollzog. Mit großer Sicherheit hätte Erzberger gegenüber Foch eine größere Verhandlungsbasis bei den Verhandlungen in Compiègne gehabt, wenn er zumindest damit hätte drohen können, diese abzubrechen. Denn nichts ist unsicherer als dass es den Franzosen und ihren Alliierten möglich gewesen wäre, ihre Soldaten wieder zu einer Offensive nach Deutschland hinein zu bewegen, hätten diese ebenfalls zutiefst kriegsmüden Männer gewusst, dass sie nicht für den Sieg sondern für extensive bzw. exzessive Forderungen ihrer Staatsmänner und Militärs weiterkämpfen sollten.[25] Und sicherlich hätte Erzberger im Falle eines möglichen Weiterkämpfens nicht zugestehen müssen, dass Deutschland wegen seiner „Aggression" von 1914 verantwortlich sei für alle Kriegsschäden, die die Alliierten Staaten und deren Bürger erlitten hatten, und deshalb für deren Bezahlung aufzukommen habe. Das war ja nicht allein der Inhalt des „Kriegsschuld"-Artikels des Versailler Vertrages, sondern schon in den Artikeln des Waffenstillstands vom 11.11.1918 festgelegt worden. Erzberger hatte diese erst unterschrieben, nachdem ihm die militärische Führung signalisiert hatte, dass er im Notfall auch bedingungslos unterzeichnen solle, weil die Revolution jedes Weiterkämpfen unmöglich gemacht hatte.[26]

8. Conclusio

So blieb die Niederlage von 1918 die offene Wunde am Körper der Republik – eine Wunde, die bis 1933 in keiner Weise hat verheilen können. Hitlers Versprechen und seine konkreten Aktionen zur Revision von Versailles – nicht zuletzt sein Widerruf der Unterzeichnung des Kriegsschuldartikels des Vertrages von 1919 im Jahre 1934, haben ihm bei Millionen Deutschen, die seinem Extremismus durchaus fern standen, den Kredit verschafft, den er brauchte, um das Unrechtsregime durchzusetzen.

---

25 Vgl. Bruno Cabanes, La victoire endeuillée. La sortie de guerre des soldats français (1918–1920), Paris 2004; nicht von ungefähr wurden ja auch nach dem Waffenstillstand mit Deutschland nicht die einfachen französischen Frontsoldaten zum Kampf gegen den Kommunismus an die Ostfront geschickt, sondern überwiegend Berufssoldaten: vgl. hierzu: Jean-Jacques Becker und Gerd Krumeich, Der Große Krieg. Deutschland und Frankreich 1914–1918, Essen 2010.

26 Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918, Berlin 1928 (4. Aufl.), Nr. 107 (S. 265).

Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin *142 (2020), 77–89*

Jakob Müller

Gottlieb von Jagow und die Kriegsschuldfrage in Belgien

Die Frage nach der Rolle Belgiens in der Kriegsschulddebatte scheint auf den ersten Blick ziemlich überflüssig. Das Land, dessen Neutralität von Preußen und in dessen Nachfolge vom Deutschen Reich garantiert wurde, war keine Konfliktpartei in der Juli-Krise. Erst das deutsche Ultimatum und der Einmarsch zogen es in den Krieg hinein. Am 4. August 1914 erklärte Reichskanzler Bethmann Hollweg, man habe ein „Unrecht" an Belgien begangen, das man nach dem siegreichen Ende des Kriegs wiedergutmachen wolle. Diese Zusage wurde allerdings nicht nur an die belgische Duldung des Durchmarschs geknüpft, sondern auch mit der an das Vereinigte Königreich gerichteten Forderung verbunden, den deutschen Vertragsbruch nicht zum Anlass eines militärischen Eingreifens zu machen. Die Schuld des Kaiserreichs gegenüber Belgien war in diesem Fall ebenso eindeutig, wie die Motive sie einzugestehen. Dennoch wurde das „Schuldeingeständnis" des Reichskanzlers als schwerer propagandistischer Fehler bezeichnet, als ob erst dessen Erklärung den Überfall auf einen friedlichen Nachbarn zur völkerrechtswidrigen Aggression gemacht hätte.[1]

So wenig der Krieg ein heroisches Ringen war, so wenig diente die Debatte um seine Ursachen der historischen Erkenntnis. Sie war Teil der publizistischen Auseinandersetzung um die Deutungshoheit und endete auch nach der Niederlage von 1918 nicht, sondern ging nahtlos in die Auseinandersetzung um den Vertrag von Versailles über. In diesem Zusammenhang sind auch die Veröffentlichungen belgischer Akten zu betrachten, die in den verschiedenen Farbbüchern der Kontrahenten vor allem dazu dienten, die aggressive Haltung des Gegners oder die eigene Friedfertigkeit zu belegen.

Während jedoch auch in Deutschland niemand ernsthaft behauptete, Belgien träfe eine „Schuld am Krieg", so spielte das Land eine umso größere Rolle in der Debatte um die Frage der „Schuld im Krieg"(Heinemann). Die

1 Sebastian Bischoff, Kriegsziel Belgien. Annexionsdebatten und nationale Feindbilder in der deutschen Öffentlichkeit 1914–1918, Münster 2018, S. 214.

deutsche Kriegsführung in Belgien, die massenhafte Tötung von Zivilisten und die Zerstörung von Kulturdenkmälern, – insbesondere der Universitätsbibliothek von Löwen –, spielten eine zentrale Rolle in der propagandistischen Auseinandersetzung. Die Entente inszenierte die Gewalt als Beleg für den rechtsbrüchigen und unmoralischen Charakter des Reichs überhaupt. In Deutschland wurde hingegen behauptet, dass erst ein „Franktireurkrieg", also die Beteiligung belgischer Zivilisten an den Kampfhandlungen, das brutale Vorgehen verursacht habe. Diese Auseinandersetzung wurde auch in der Zwischenkriegszeit fortgesetzt. Erst in jüngster Zeit wurde die Debatte über einen angeblichen belgischen „Franktireurkrieg" wieder aufgegriffen – ein Hinweis darauf, wie wichtig der Erste Weltkrieg und seine Folgen für das nationale Selbstverständnis auch hierzulande noch immer sind.

Im Folgenden sollen verschiedene Aspekte der Belgien betreffenden Kriegsschulddebatte beleuchtet werden, die von Gottlieb von Jagow thematisiert wurden, und gleichzeitig die belgische Position dazu beleuchtet werden. In der bereits 1919 erschienenen Schrift „Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges" widmete der ehemalige Staatssekretär des Äußern dem Bruch der belgischen Neutralität ein eigenes Kapitel. Bemerkenswert ist hierbei, dass Jagow an mehreren Stellen die Neutralität Belgiens vor 1914 anzweifelte – ein Thema, das während des Kriegs als nachträgliche Rechtfertigung des deutschen Einmarschs wichtig war, aber nach der Niederlage aus guten Gründen kaum noch auftauchte. In der sogenannten Professorendenkschrift war die Verletzung der belgischen Neutralität ausdrücklich als Unrecht bezeichnet worden, so wie Bethmann Hollweg dies ja bereits am 4. August 1914 getan hatte. Ausdrücklich wurde in der von Hans Delbrück, Max Weber, Albrecht Mendelssohn Bartholdy und Max von Montgelas unterzeichneten, aber wohl maßgeblich im Auswärtigen Amt verfassten Denkschrift bedauert, dass „diese Auffassung während des Krieges vorübergehend aufgegeben und eine nachträgliche Rechtfertigung des deutschen Einmarsches versucht" worden war.[2]

Jagows Schrift war kurz vor der Veröffentlichung dieser offiziellen Position erschienen und die Infragestellung der belgischen Neutralität bildete einen Schwerpunkt. Die belgische Politik, so Jagow, sei unter Albert I., der in „frankophilen Neigungen" erzogen worden sei, „dank dem Einfluss des vorherrschenden wallonischen Elements, der Franskillons, immer mehr in das französische und Entente-Kielwasser gesteuert". Zudem habe der Um-

2 Hans Delbrück, Albrecht Mendelssohn-Bartholdy, Max Montgelas, Max Weber, Bemerkungen zum Bericht der Kommission der alliierten und assoziierten Regierungen über die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges (Denkschrift im deutschen Weißbuch 1919), in: Max Weber, Gesammelte politische Schriften, Tübingen 1971, S. 571–586, hier: S. 580.

fang der Rüstung „dem neutralen Charakter“ des Landes kaum noch entsprochen. Die sogenannten „conventions anglo-belges“ seien ein weiterer Beleg für die nur scheinbare Neutralität Belgiens, wobei er einräumte, dass feste Abmachungen zwischen Belgien und Großbritannien nicht nachzuweisen waren und „ohne weiteres wohl auch nicht angenommen“ werden konnten.[3] Bezeichnend ist auch die groteske Äußerung, die belgische Regierung habe sich nach dem Einmarsch „auf die Seite unserer Feinde“ gestellt, die noch ganz im Duktus des Kriegs gehalten war.[4] Von dieser Überraschung über die belgische Reaktion auf die Invasion berichtete auch der belgische Historiker Henri Pirenne, der während des Kriegs in Deutschland interniert worden war, in seinen 1921 veröffentlichten Erinnerungen. Viele ehemals befreundete deutsche Historiker hätten sich ihm gegenüber enttäuscht gezeigt, dass er ein „bitterer Feind“ der Deutschen geworden sei.[5]

Der Vorwurf, Belgien sei bereits vor 1914 nicht mehr neutral gewesen, wurde vor allem in der Anfangsphase des Konflikts erhoben. Hierbei spielten Gespräche eine Rolle, die 1906 zwischen dem britischen Militärattaché in Brüssel, Nathaniel Barnardiston, und dem belgischen Generalstabschef Georges Ducarne geführt worden waren. Vor dem Hintergrund der ersten Marokkokrise hatten diese über die Frage der belgischen Verteidigung gegen einen Angreifer und mögliche britische Hilfe dabei gesprochen.[6] Diese Kontakte waren durch deutsche Aktenfunde nach der Eroberung der belgischen Hauptstadt bekannt geworden. In diesem Zusammenhang wurde in der deutschen Presse auch ein Bericht des damaligen belgischen Gesandten in Berlin, Jules Greindl, vom 23. Dezember 1911 zitiert, in dem dieser kritisiert hatte, die belgische Verteidigung konzentriere sich zu sehr auf einen möglichen deutschen Angriff, wohingegen er eine Aggression aus Frankreich als ebenso wahrscheinlich bezeichnete.[7]

---

3 Gottlieb von Jagow, Ursachen und Ausbruch des Weltkriegs, Berlin 1919, S. 189–190.

4 Ebd., S. 171.

5 Henri Pirenne, Souvenirs de captivité en Allemagne, Bruxelles 1921, S. 16.

6 Norddeutsche Allgemeine Zeitung (NAZ), vom 13. Oktober 1914; Jagow, Ursachen, S. 190–191; Christophe Bechet, Pre-war Military Planning (Belgium), in: 1914-1918-online. International Encyclopedia of the First World War, hg. von Ute Daniel u.a., Berlin 2014-10-08. DOI: 10.15463/ie1418.10339.

7 NAZ vom 13. Oktober 1914; Eine weitere Publikation belgischer Akten folgte in der NAZ vom 25. November 1914; Grelling wies darauf hin, dass der Bericht in den späteren deutschen Publikationen belgischer Akten fehlte. „A Missing Report From Greindl“, in: Richard Grelling, Belgian Documents, London 1919, S. 58–60; Schwertfeger ließ ihn erst 1925 publizieren. Tatsächlich hatte Greindl einen französischen Angriff als ebenso wahrscheinlich wie einen deutschen bezeichnet. Allerdings hatte er auch auf den militärischen Charakter des deutschen Eisenbahnbaus in der Eifel hingewiesen, dies war möglicherweise

Am 2. Dezember 1914 sprach Bethmann Hollweg vor dem Reichstag von einer „Schuld der belgischen Regierung“, für die schon beim Einmarsch „mannigfache Anzeichen“ vorgelegen hätten. Durch „die in Brüssel aufgefundenen, von mir der Öffentlichkeit übergebenen Aktenstücke“ sei festgestellt worden, „wie und in welchen Grade Belgien seine Neutralität England gegenüber aufgegeben“ habe, und er schlussfolgerte:

> „Als unsere Truppen in der Nacht vom 3. zum 4. August das belgische Gebiet betraten, da befanden sie sich auf dem Boden eines Staates, der seine Neutralität selbst längst durchlöchert hatte.“

Das Reichstagsprotokoll vermerkt hier „lebhafte Zustimmung“. Bethmann Hollweg rechtfertigte sein am 4. August 1914 gemachtes „Schuldeingeständnis“ mit militärischer Notwendigkeit. Man habe schließlich nicht gewusst, „ob sich die Brüsseler Regierung nicht in der Stunde der Not dazu entschließen würde, das Land zu schonen und sich unter Protest auf Antwerpen zurückzuziehen.“[8] Er räumte damit beiläufig ein, dass seine damalige Erklärung keineswegs aus moralischen Erwägungen, sondern aus Kalkül gemacht worden war. Ein belgischer Kommentator der im französischen Exil erscheinenden „L‘Indépendance Belge“ vom 10. Dezember 1914 wies auf die unfreiwillige Komik dieses Vorwurfs hin, der ausgerechnet zu einem Zeitpunkt erhoben wurde, als die befürchtete Situation von Deutschland herbeigeführt worden war. Der Betrug der Belgier, so fasste er zusammen, „habe darin bestanden, kein volles Vertrauen in das ehrliche Deutschland, den ehrlichen Kaiser und seinen ehrlichen Bethmann Hollweg gehabt zu haben.“[9]

Nach dem Krieg wurde der Vorwurf, Belgien sei nur scheinbar neutral gewesen, kaum noch erhoben, zumal Bernhard Schwertfeger, die Autorität auf dem Gebiet der belgischen Archive, ihn für gegenstandslos erklärte. Schwertfeger, der die Auswertung der belgischen Akten ab Februar 1916 leitete und diese Arbeit auch nach dem Krieg fortsetzte, hielt es für einen Fehler, durch vermeintliche Verstöße Belgiens gegen seine Neutralitätspflichten die Verletzung der Neutralität durch Deutschland nachträglich

---

der Grund für die verspätete Veröffentlichung. Der belgische Gesandte in Berlin Jules Greindl an den belgischen Außenminister Julien Davignon. Berlin, 23. Dezember 1911, in: Bernhard Schwertfeger, Der geistige Kampf um die Verletzung der belgischen Neutralität. Dargestellt auf Grund deutscher und belgischer Akten, Berlin 1925 (= Ders. [Hg.], Amtliche Aktenstücke zur Geschichte der europäischen Politik 1885–1914 [Die belgischen Dokumente zur Vorgeschichte des Weltkrieges], Zweiter Kommentarband), S. 142–155.

8 Rede am 2. Dezember 1914, Verhandlungen des Reichstages. Stenographischer Berichte (StenRT), Bd. 306, S. 18–19.

9 L‘Indépendance Belge vom 10. Dezember 1914.

rechtfertigen zu wollen.[10] Schwertfeger distanzierte sich auch deutlich von seinem bayrischen Kollegen Dirr, der während des Kriegs ein Buch mit dem Titel „Belgien als französische Ostmark" publiziert hatte und auch in Aufsätzen die belgische Neutralität in Zweifel gezogen hatte. Dirr war nach dem Krieg für die Herausgabe der „Bayrischen Dokumente zum Kriegsausbruch" verantwortlich und erhob immer den Anspruch der eigentliche „Entdecker" der belgischen Dokumente zu sein.[11]

Schwertfeger verteidigte den Einmarsch hingegen als militärische Notwendigkeit. Der belgischen Regierung warf er vor allem vor, sich auf die erwartbare Verletzung der Neutralität nicht ordentlich vorbereitet zu haben. Sie habe es unterlassen, „die schwierigen und im Ernstfall verhängnisvollen Bestimmungen der Haager Konferenz bis ins einzelne zu klären und keinerlei Zweifel zu lassen". Sie sei daher zumindest mitschuldig an den deutschen Massakern an belgischen Zivilisten im August 1914.[12] Der von Schwertfeger vollzogene Schwerpunktwechsel ist typisch für die deutsche Argumentation der Zwischenkriegszeit. Die Diskussion über die „Schuld am Krieg" wurde, was Belgien betraf, auf die „Schuld im Krieg" verlagert. Der deutsche Neutralitätsbruch wurde als militärisch notwendig gerechtfertigt und der Fokus auf den angeblich völkerrechtswidrigen Franktireurkrieg der belgischen Seite gelenkt. Jagows Äußerung zur belgischen Neutralität war also in der Nachkriegszeit eher die Ausnahme und entsprach nicht der offiziellen Position, wie sie in Versailles und den 1920er Jahren vertreten wurde. Anfang 1928 untersagte das Auswärtige Amt sogar die Veröffentlichung eines Artikels des ehemaligen Generalstabsoffiziers Carl Hosse über die „Conventions anglo-belges" in der von der „Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen" herausgegebenen Zeitschrift „Die Kriegsschuldfrage".

---

10 Bernhard Schwertfeger, Der geistige Kampf um die Verletzung der belgischen Neutralität. Dargestellt auf Grund deutscher und belgischer Akten, Berlin 1925 (= Ders. [Hg.], Amtliche Aktenstücke zur Geschichte der europäischen Politik 1885–1914 [Die belgischen Dokumente zur Vorgeschichte des Weltkrieges], Zweiter Kommentarband), S. 3; Ders., Schweizerische Monatshefte, S. 3; Ders., Bernhard Schwertfeger, Die belgische Neutralität, in: Schweizerische Monatshefte Bd. 2 (1922–1923), Heft 8, S. 371–378, S. 377f.; Ders., Der Fehlspruch von Versailles. Deutschlands Freispruch aus belgischen Dokumenten, Berlin 1921, S. XIf.

11 Pius Dirr, Belgien als französische Ostmark. Zur Vorgeschichte des Krieges, Berlin 1917; Ders. (Hg.), Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch, München 1922; Schwertfeger, Der geistige Kampf, S. 37.

12 Bernhard Schwertfeger, Die Grundlagen des belgischen Franktireurkrieges 1914. Das deutsche amtliche Material, Berlin 1920, S. 106.

Dies war laut Heinemann übrigens das einzige Mal, dass das Ministerium direkt in die inhaltliche Gestaltung der Zeitschrift eingriff.[13]

Dass die Diskussion über die belgische Neutralität abebbte, lag auch daran, dass die Berichte belgischer Diplomaten vor allem dazu verwendet wurden, die deutsche Friedfertigkeit vor 1914 zu belegen. Schwertfeger wies nach dem Krieg wiederholt auf den Widerspruch hin, den es bedeutete, belgische Diplomaten einerseits zu neutralen Zeugen für die aggressive Haltung der Entente zu machen und Belgien andererseits zu beschuldigen, bereits vor dem Krieg mit der Entente zusammengearbeitet zu haben.[14] Schon während des Krieges wurden von deutscher Seite Akten publiziert, die nach dem Einmarsch im Brüsseler Außenministerium beschlagnahmt worden waren. Es handelte sich vor allem um Gesandtschaftsberichte und auf deren Basis entstandene Einschätzungen der internationalen Lage.[15] Eine besondere Rolle spielten hierbei die Berichte Jules Greindls, der 1888 in einer Zeit ernannt worden war, in der sich Leopold II. die Herrschaft über große Teile Zentralafrikas sicherte. Als der 76-jährige 1912 aus dem Amt schied, war er fast ein Vierteljahrhundert belgischer Gesandter in Berlin gewesen und wurde sowohl in Deutschland als auch in Belgien mit Ehren überhäuft. Auch wenn seine Berichte in den deutschen Veröffentlichungen teilweise aus dem Zusammenhang gerissen worden waren, so zeigten sie doch deutlich, dass er Deutschland nicht als einzige Bedrohung der belgischen Souveränität einschätzte – und eine große Sympathie für sein Gastland entwickelt hatte.

Wie erwähnt, waren Auszüge aus einem Bericht Greindls bereits im Zusammenhang mit Ducarne-Barnardiston-Gesprächen veröffentlicht worden, auf die sich auch Jagow 1919 bezog. Ab 1915 wurden die belgischen Berichte indes vor allem verwendet, um den friedlichen Charakter der eigenen und die aggressiven Absichten der Politik der Entente zu belegen. Den belgischen Diplomaten kam also eher die Rolle neutraler Beobachter zu. Die im belgischen Außenministerium gefundenen Gesandtschaftsberichte wurden zunächst in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung abgedruckt, und am 19. August 1915 zitierte Bethmann Hollweg im Reichstag ausführlich daraus.[16] Dieser Teil der Rede wurde auch im belgischen Besatzungsgebiet

13 Ulrich Heinemann, Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, S. 99.

14 Schwertfeger, Der geistige Kampf, S. 3; Ders., Die belgische Neutralität, S. 387–388; Ders., Der Fehlspruch von Versailles, S. XIf.

15 Auswärtiges Amt (Hg.), Belgische Aktenstücke 1905–1914, Berlin 1915.

16 StenRT, Bd. 306, S. 215.

in den unter deutscher Zensur erscheinenden Zeitungen publiziert.[17] Greindl wurde durch diese Veröffentlichungen zu einer tragischen Figur, die von der belgischen Exilpresse in die Nähe des Landesverrates gerückt wurde, wobei wiederholt auf seine angeblich deutsche Herkunft und seinen deutschen Namen hingewiesen wurde.[18] Greindl starb am 30. Juli 1917 im deutsch besetzten Brüssel, während seine Söhne in der belgischen Armee dienten.[19]

Die belgische Regierung reagierte auf die Veröffentlichung diplomatischer Akten in Deutschland durch eigene Publikationen. Hierbei spielte insbesondere Eugène Beyens, der Nachfolger Greindls als Gesandter in Berlin, der von 1916 bis 1917 Außenminister der belgischen Exilregierung war, eine wichtige Rolle. Er veröffentlichte 1915 die Schrift „L'Allemagne avant la guerre – Les causes et les responsabilités", in der er ein wenig schmeichelhaftes Bild der Reichsleitung und Jagows zeichnete, den er, ebenso wie Bethmann Hollweg, als „Höfling" bezeichnete. Beide hätten den Frieden erhalten wollen, sich aber letztlich von der Kriegspartei die Hand führen lassen.[20] Beyens charakterisierte Jagow zudem als unfähig. Dieser sei in seiner Zeit in Italien zwar der Liebling der römischen Society gewesen, dennoch aber über die italienische Außenpolitik so schlecht informiert gewesen, dass er vom Einmarsch in Libyen völlig überrascht wurde. Im Vergleich mit Bethmann Hollweg und Zimmermann erscheint er bei Beyens als das schwächste Glied der deutschen Diplomatie. In Berlin, so Beyens, habe der neue Staatssekretär immer den Eindruck gemacht, sich eigentlich unwohl zu fühlen, und in den meisten Punkten sei er das genaue Gegenteil seines Vorgängers Kiderlen gewesen, mit dem er lediglich die Verachtung für die kleinen Staaten geteilt habe. Beyens mutmaßte, dass dies auch der Grund für die falsche Einschätzung der belgischen Reaktion auf das deutsche Ultimatum gewesen sei.

In seinen 1931 erschienen Erinnerungen „Deux années à Berlin" verstärkte Beyens diesen Eindruck übrigens noch, indem er den Gegensatz zu dessen Vorgänger hervorhob.

Beyens war mit Kiderlen befreundet gewesen, seitdem die beiden ihre Länder in Rumänien vertreten hatten. Er war überzeugt, dass dieser es an-

17 Etwa in „La Belgique" vom 23. August 1915.

18 La métropole d'Anvers: paraissant provisoirement à Londres, 6. Oktober 1915; Belgisch Dagblad, 12. Mai 1916.

19 Jacques Willequet, Greindl, Jules, in: Biographie nationale Belge, Bruxelles 1971, S. 373–376.

20 Eugène Beyens, L'Allemagne avant la guerre. Les causes et les résponsabilités, Paris 1915, S. 75.

ders als Jagow niemals zugelassen hätte, dass das „dumme Ultimatum, das zum Auslöser der Katastrophe wurde, nach Belgrad verschickt worden wäre“.[21] Die Schuld am Kriege lag für Beyens klar bei Deutschland, und zwar nicht nur, was den Bruch der belgischen Neutralität anging. Einen entscheidenden Anteil hieran hatte seinem Urteil zufolge Wilhelm II., den Beyens zu Beginn seiner Zeit in Berlin als friedenswillig eingeschätzt hatte. Dies änderte sich nach einem Besuch des belgischen Königs Albert I. Anfang November 1913 in Potsdam. Bei dieser Gelegenheit hatten sowohl der Kaiser als auch Generalstabschef Moltke diesem klar zu verstehen gegeben, dass sie einen Krieg mit Frankreich für unvermeidlich hielten.

Albert habe ihn anschließend gebeten, diese Information an die Franzosen weiterzugeben. Daraufhin habe er den französischen Botschafter in Berlin, Jules Cambon, am folgenden Sonntag in der Messe in der Berliner St. Hedwigs-Kathedrale getroffen und mit ihm ein Treffen für den folgenden Tag vereinbart, auf dem er ihm die beunruhigenden Neuigkeiten mitgeteilt habe. Cambon schrieb daraufhin am 22. November 1913 einen Bericht, der 1914 auch im Gelbbuch der französischen Regierung abgedruckt wurde.[22]

Diese Veröffentlichung Beyens konterkarierte das Bild eines friedliebenden Deutschlands, wie es das Auswärtige Amt mit der Publikation der belgischen Gesandtschaftsberichte zeichnen wollte. In den späteren Veröffentlichungen wurde daher auch immer der „deutschfeindliche Charakter“ des letzten belgischen Gesandten vor dem Kriegsbeginn hervorgehoben. Schwertfeger urteilte, dass Beynes im Gegensatz zu Greindl, dem er „eine tiefe Liebe zur deutschen Kultur“ attestierte, „ein äußerlich scheinbar kühler Beobachter“ gewesen sei. Beyens „in Wahrheit deutschfeindliche Gesinnung“ sei „durch seine Veröffentlichungen während der Kriegszeit aller Welt bekannt geworden“.[23]

Die – bis heute – wichtigste Debatte im Zusammenhang mit Belgien ist jedoch jene über die „Schuld im Krieg“, wobei vor allem über die Tötungen

21 Eugène Beyens, Deux années à Berlin, 1912–1914, Bd. 1. Mai 1912–Août 1914, Paris 1931, S. 135.

22 Ebd., S. 43–45; Der französische Botschafter in Berlin, Jules Cambon, an den französischen Außenminister Stéphen Pinchon, in: Les Pourparlers Diplomatiques (Le livre jaune français), Dokument Nr. 6, Paris o.D. [1914], S. 28–30; Ausführlich über das Treffen und seine Auswirkungen: John Röhl, Wilhelm II. Der Weg in den Abgrund 1900.1941, S. 1040–1044.

23 Bernhard Schwertfeger (Hg.), Zur europäischen Politik 1897–1914, Bd. 4 (1912–1914), Berlin 1919, S. 3.

belgischer Zivilisten sowie die umfangreichen Zerstörungen deutscher Truppen im August 1914 gesprochen wird.[24] Während die ganz überwiegende Mehrheit der internationalen Forschung hier deutsche Kriegsverbrechen sah, beharrte man in Deutschland bis in die 1960er Jahre mehrheitlich darauf, dass die deutsche Gewalt nur eine Reaktion auf „völkerrechtswidrige Angriffe" belgischer Zivilisten gewesen sei. Jagow schreibt hierzu relativ zurückhaltend: „Die Haltung der Bevölkerung, die überstürzten Anordnungen der Regierung ließen den Krieg vielfach in leidenschaftliche Franktireurkämpfe ausarten."[25]

Wie die „überstürzten Anordnungen" der belgischen Regierung zum Ausarten des Kriegs beitrugen, schrieb der ehemalige Staatssekretär nicht. Er lag mit dieser Äußerung jedoch auf einer Linie mit den eher gemäßigten Autoren zur Franktireurfrage, zu denen man auch Bernhard Schwertfeger zählen kann. Letzterer machte vor allem Fehler der belgischen Regierung bei der Uniformierung und Ausbildung der Bürgergarde („Garde civique") sowie Uneindeutigkeiten der Haager Landkriegsordnung in Bezug auf den Widerstand von Zivilisten für die Vorfälle verantwortlich.[26]

Es ist an dieser Stelle selbstverständlich unmöglich, auf die Details der Debatte einzugehen. Folgende allgemeinen Überlegungen scheinen jedoch angebracht:

„Not kennt kein Gebot" lautete die lapidare Rechtfertigung für den – übrigens seit Jahren als alternativlos geplanten – Einmarsch in Belgien.[27]

Während einerseits das Völkerrecht dergestalt als „Fetzen Papier" abgehandelt wurde – ganz unabhängig ob der Reichskanzler die Formulierung tatsächlich verwendete oder nicht –, erwartete man umgekehrt von der belgischen Bevölkerung sich in ihrem Verhalten an den Vorschriften der Haager Landkriegsordnung zu orientieren. Ein Widerspruch, auf den schon der wohl bekannteste belgische Historiker seiner Zeit, Henri Pirenne, hinwies.[28]

---

24 Horne und Kramer kommen auf Basis belgischer Berichte auf eine Gesamtzahl von 5.521 getöteten belgischen Zivilisten und mindestens 14.101 als Antwort auf tatsächliche oder angebliche Angriffe zerstörte Gebäude. John Horne/Alan Kramer, Deutsche Kriegsgreuel 1914. Die umstrittene Wahrheit, Hamburg 2018, S. 121, 124.

25 Jagow, Ursachen, S. 196.

26 Schwertfeger, Grundlagen, S. 106–107.

27 Rede Bethmann Hollwegs am 4. August 1914, StenRT, Bd. 306, S. 6.

28 „Il est évident que çà est là des coups de fusil ont pu être tirés par des particuliers soit sur des soldats isolés, soit même sur des corps en marche ou au bivouac. On ne peut exiger des civils qu'ils respectent les lois de la guerre plus scrupuleusement que les troupes régulières. Personne ne songe à accuser les officiers ennemis des pillages commis par leurs hommes sous l'excitation du combat. Ce que la discipline militaire ne peut empêcher, comment les recommandations les plus pressantes pourraient-elles l'éviter au sein d'une

Dieser fasste auch eine weitere Charakteristik der deutschen Argumentation zusammen, die wir heute als Täter-Opfer-Umkehr bezeichnen. Die Erschießungen und Brandstiftungen der Invasionstruppen selbst dienten hierbei als Beleg für die Existenz von Franktireuren. Denn derartige Maßnahmen setzten einen entsprechenden Auslöser voraus. Wenn man brandschatzte, dann nur, weil zuvor Zivilisten geschossen hatten.[29] Eine Argumentation, die wohl von den Kriegsverbrechern aller Kriege verwendet wurde. Übertreibungen der belgischen und Entente-Propaganda waren hierbei eine willkommene Gelegenheit, um die deutschen Verbrechen infrage zu stellen oder doch zumindest zu relativieren. Ein aktuelles Beispiel ist in einem für ein breites Publikum bestimmten Text von Peter Hoeres zu finden:

> „Das Vorgehen der in Belgien einrückenden deutschen Truppen gegenüber tatsächlichen und vermeintlichen Heckenschützen war in der [Entente-] Propaganda zu singulären Verbrechen deutscher Bestien und Hunnen stilisiert und ikonografisch aufbereitet worden, ironischerweise [sic] mit dem Bild abgehackter Kinderhände, einer grausamen Strafmaßnahme, die Belgier im Kongo praktiziert hatten, nicht aber die deutschen Truppen in Belgien.“[30]

Hoeres übergeht hierbei geflissentlich, dass auch die deutsche Propaganda den Gegner dehumanisierte.[31] Gräuelmärchen wurden von den höchsten Reichsstellen verbreitet. So behauptete Bethmann Hollweg in einem an die amerikanische Presse gerichteten Schreiben,

> „[...] daß belgische Mädchen wehrlosen Verwundeten auf dem Schlachtfelde die Augen ausgestochen haben. Beamte belgischer Städte haben unsere Offiziere zum Essen geladen und über den Tisch hinüber erschossen. Gegen alles Völkerrecht wurde die ganze Zivilbevölkerung Belgiens aufgeboten, die sich im Rücken unserer Freunde nach anfänglich freundlichem Empfang mit versteckten Waffen und in grausamster Kampfesweise erhob. Belgische Frauen haben Soldaten, die sich, im Quartier aufgenommen, zur Ruhe legten, die Hälse durchgeschnitten.“[32]

Der Kaiser griff diese Beschuldigungen in einem Telegramm an den amerikanischen Präsidenten Wilson auf:

---

population injustement envahie?“ Henri Pirenne, La Belgique et la Guerre Mondiale, Paris 1928, S. 54.

29 Ebd., S. 56, 63.

30 Peter Hoeres, Versailler Vertrag. Ein Frieden, der kein Frieden war, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 69, 2019, Heft 15, S. 38–44, hier: S. 42.

31 Bischoff, Kriegsziel, S. 68–73.

32 „Mitteilung des Reichskanzlers an die Vertreter der „United Press“ und der „Associated Press“, Großes Hauptquartier, 2. September 1914, in: NAZ vom 7. September 1914.

> „[...] die belgische Regierung hat die Teilnahme der belgischen Zivilbevölkerung am Kampfe offen ermutigt und seit langem sorgfältig vorbereitet. Die selbst von Frauen und Geistlichen in diesem Guerillakrieg begangenen Grausamkeiten, auch an verwundeten Soldaten, Ärztepersonal und Pflegerinnen (Ärzte wurden getötet, Lazarette durch Gewehrfeuer angegriffen), waren derartig, dass meine Generale endlich gezwungen waren die schärfsten Mittel zu ergreifen, um die Schuldigen zu bestrafen und die blutdürstige Bevölkerung von der Fortsetzung ihrer schimpflichen Mord- und Schandtaten abzuschrecken.“[33]

Diese beiden nach den schlimmsten deutschen Massakern veröffentlichten Stellungnahmen mögen zur Illustration dafür genügen, wie verantwortungslos die belgische Bevölkerung in ihrer Gesamtheit als „blutdürstig“ und „grausam“ stigmatisiert wurde. Auffällig ist hier insbesondere die explizite Erwähnung von Frauen.[34] Dass solche offiziellen Verlautbarungen Einfluss auf das Verhalten der Soldaten hatten, steht wohl außer Frage.[35] Die deutschen Gräuellegenden hatten so, anders als die von der Entente verbreiteten, unmittelbare Auswirkungen auf die Behandlung belgischer Zivilisten. Der von Hoeres erwähnte Verweis auf die schweren Menschenrechtsverletzungen im belgischen Kongo wurde übrigens schon von Zeitgenossen gemacht,[36] damals wie heute in der offensichtlichen Absicht, die deutschen Taten in Belgien zu relativieren. Hoeres verweist in der Fußnote übrigens auf Ulrich Kellers „Schuldfragen“, der die „komplexe Lage beim Vorrücken der deutschen Armee in Belgien“ behandelt habe,[37] ein Buch, welches im Untertitel „Belgischer Untergrundkrieg und deutsche Vergeltung“ das wenig komplexe Ergebnis der Studie schon vorweg nimmt.[38]

Charakteristisch für die alte wie die neue Forschung zum angeblichen Franktireurkrieg ist die Liebe zum Detail, mit der etwa ballistische Untersu-

---

33 Telegramm Wilhelm II. an den amerikanischen Präsidenten Wilson, Berliner Börsen-Zeitung (Morgenausgabe) vom 9. September 1914.

34 Bischoff, Kriegsziel, S. 57–59.

35 Überegger hat auf die Rolle von Gerüchten für die Entstehung von Gewaltexzessen hingewiesen. Oswald Überegger, Kampfdynamiken als Gewaltspiralen. Zur Bedeutung raum-, zeit- und situationsspezifischer Faktoren der Gewalteskalation im Ersten Weltkrieg, in: Zeitgeschichte, Jg. 45, 2018, Heft 1, S. 79–103, hier: S. 86–87.

36 Bischoff, Kriegsziel, S. 69.

37 Hoeres, Vertrag, S. 42.

38 Keller griff im Wesentlichen die Ergebnisse deutscher Publikationen der Kriegs- und Zwischenkriegszeit auf, die er im Stile des Aufklärers präsentierte. Die mangelnde Distanz zum Quellenmaterial kombiniert er mit der abenteuerlichen Schlussfolgerung eines belgischen Untergrundkrieges, ohne für diesen Belege anführen zu können. Keller begnügt sich mit Indizien und wertet im Zweifelsfall auch das Fehlen von Quellen als Beleg für eine besonders perfide Kriegsführung der Belgier. Ulrich Keller, Schuldfragen. Belgischer Untergrundkrieg und deutsche Vergeltung 1914, Paderborn 2017.

chungen angestellt werden, um nachzuweisen, dass die belgische Bevölkerung zumindest mitschuldig an den an ihr begangenen Gewalttaten war.

Der kriminalistischen Akribie steht allerdings eine erstaunliche Nonchalance gegenüber, wenn es der Auswertung historischer Quellen gilt. Das Fehlen von Dokumenten, die einen staatlich organisierten belgischen Volkskrieg belegen könnten, wird dann zum Beleg für die besondere Verschlagenheit des Belgiers, der hier beinahe das perfekte Verbrechen am arglos einmarschierenden deutschen Landser begangen hätte. Markus Pöhlmann verstieg sich sogar zur Behauptung, es habe in Belgien eine „gesamtgesellschaftliche Omertà“ gegeben, um zu erklären, dass die Franktireure nach dem Krieg nicht als Helden verehrt wurden.[39] Gleichzeitig wird die These von der sogenannten „Franktireurpsychose“, also dass deutsche Soldaten bereits mit dem Konzept eines belgischen Franktireurkriegs in den Krieg zogen und sich entsprechend verhielten, als wenig plausibel zurückgewiesen. Dabei gibt es genügend Belege für derartige Massenpsychosen und ihre verheerenden Folgen. Zeitgleich mit dem Angriff auf Belgien verbreitete sich in Deutschland das Gerücht, französische Offiziere versuchten in Autos Deutschland zu durchqueren, um Gold in das verbündete Russland zu transportieren. Diese Nachricht löste eine Jagd auf Auto- und später Fahrradfahrer aus, Barrikaden wurden errichtet. Das Gerücht von den „Goldautos“ forderte zahlreiche Opfer. In diesem Fall waren sowohl Täter als auch Opfer Deutsche, so dass die Behörden verzweifelt versuchten, der Jagd ein Ende zu bereiten, zunächst ohne durchschlagenden Erfolg.[40] Im Gegensatz zu den Goldautos trat die Reichsleitung dem Gerücht vom Franktireurkrieg nie entschieden entgegen, sondern verstärkte es sogar.

Die Diskussion über die „Schuld im Krieg“ sollte sich allerdings nicht auf die sogenannte Franktireurdebatte beschränken. Themen, die weniger Beachtung fanden, aber deshalb keineswegs weniger wichtig sind, sind die Verschleppung belgischer Arbeiter nach Deutschland und in „Zivilarbeiterbataillone“ hinter der Front seit 1916 unter bewusster Missachtung des Völ-

39 Markus Pöhlmann, Habent sua fata libelli. Zur Auseinandersetzung um das Buch „German Atrocities 1914“, in: Portal Militärgeschichte, 16. November 2017, URL: http://portal-militaergeschichte.de/http%3A//portal-militaergeschichte.de/poehlmann_habent. (Letzter Abruf: 16. November 2019)

40 In der jüngeren Debatte hat Alexander Watson auf der Tagung „German Atrocities 1914 – Revisited“ auf die Bedeutung der Goldauto-Gerüchte für die Bewertung der Diskussion um belgische Franktireure hingewiesen. Die Jagd kostete mindestens 28 Menschen das Leben. Siehe auch: Alexander Watson, Ring of Steele. Germany and Austria-Hungary 1914–1918, New York 2014; Sven Oliver Müller, Die Nation als Waffe und Vorstellung in Deutschland und Großbritannien im Ersten Weltkrieg, Göttingen 2002, S. 67–70.

kerrechts,[41] die systematische Unterschlagung von für die belgische Bevölkerung bestimmten Lebensmitteln durch die Besatzungsbehörden,[42] die rücksichtslose Ausbeutung und Zerstörung von Ressourcen und Produktionsmitteln des Landes sowie die Vorbereitung der Zerschlagung des belgischen Staates und seiner Annexion.[43] Nur wer diesen Kontext außer acht lässt, kann über die belgische Empörung angesichts der alten und neuen Debatten um einen „Untergrundkrieg" verwundert sein.

41 Jens Thiel, „Menschenbassin Belgien". Anwerbung, Deportation und Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg, Essen 2007.

42 Diese brüsteten sich nach dem Krieg teilweise noch mit ihren Taten. Der ehemalige Chef des Stabes beim Generalgouverneur in Belgien schrieb 1923 ganz offen: „Die Arbeit der Kommission [for Relief in Belgium] war für Deutschland von großem Wert. Abgesehen davon, dass die Verwaltung der Sorge für die Bevölkerung enthoben war, kamen doch durch unterirdische Kanäle auch große Mengen der Einfuhr dem deutschen Verbrauch zugute." Hans von Winterfeldt, Die deutsche Verwaltung des Generalgouvernements in Belgien 1914–1918, in: Max Schwarte (Hg.), Der große Krieg 1914–1918, Bd. 10, Leipzig 1923, S. 1–110, hier: S. 95f.

43 Bischoff, Kriegsziel; Jakob Müller, Die importierte Nation. Deutschland und die Entstehung des flämischen Nationalismus 1914 bis 1945, Göttingen 2020.

Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin *142 (2020), 91–101*

Piotr Szlanta

Polen, die Kriegsschuldfrage und Gottlieb von Jagow

Einführung

Die polnischen politischen Eliten, die nach dem Untergang des polnischen Staates im langen 19. Jahrhundert wirkten, waren sich der Tatsache bewusst, dass die einzige Chance zur Wiederherstellung ihrer Unabhängigkeit ein allgemeiner europäischer Krieg war. Trotz verschiedener und wiederholter Bestrebungen gelang es den Polen nicht, selbständig die internationale Ordnung, die 1815 in Wien bestimmt worden war, anzufechten und zu ändern. Alle nationalen Aufstände wurden blutig und gnadenlos niedergeschlagen, was in der Folge zur Verschlechterung der Lage der Polen innerhalb des Russischen Imperiums führte.[1]

Schon in den 1830er Jahren, nach der Niederschlagung des November-Aufstands, bat im Pariser Exil der damals größte polnische Dichter Adam Mickiewicz, der auch politisch sehr aktiv war, in einem seiner Gedichte: „Um einen allgemeinen Krieg im Namen der Völkerfreiheit flehen wir Dich an, Unser Herr".[2]

An der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert schien der Ausbruch eines allgemeinen Krieges wegen der Rivalität der europäischen Großmächte immer wahrscheinlicher. Weil sich die Großmächte, die Polen am Ende des 18. Jahrhunderts geteilt hatten, in unterschiedlichen militärisch-politischen Gruppierungen befanden, gab es Hoffnung darauf, dass man die polnische Frage internationalisieren und im Bund mit einer der Seiten einen eigenen Nationalstaat erkämpfen könnte. Diese spezifische Lage der Polen und das erwähnte politische Kalkül beeinflussten die Beurteilung sowohl der Perspek-

1 Polen in der europäischen Geschichte. Ein Handbuch in vier Bänden, Band III: Die polnisch-litauischen Länder unter der Herrschaft der Teilungsmächte (1772/1795–1914), hrsg. von Michael G. Müller, Igor Kąkolewski, Karsten Holste und Robert Traba, Stuttgart 2019.

2 Adam Mickiewicz, Księgi Narodu i Pielgrzymstwa Polskiego, wydanie drugie w Awenjonie, Avignon 1833, S. 69.

tive auf die Entfesselung des allgemeinen europäischen Kriegs vor 1914 als auch seiner Effekte nach 1918.[3]

Die Kriegsschuldfrage

In den ersten Tagen des Großen Krieges im August 1914 brachten die verschieden polnischen Gruppierungen ihre Hoffnung auf das Wiederaufleben eines unabhängigen Staates, mindestens aber auf die Verbesserung der Lage der polnischen Nation zum Ausdruck.[4] Natürlich hatte der Krieg für die polnischen Gebiete und ihre Bewohner tragische Folgen. Im „Dziennik Bydgoski" [Bromberger Tageblatt] vom 1. August 1914 konnte man, nur wenige Stunden vor dem Ausbruch des deutsch-russischen Krieges, lesen:

> „Wir sind davon überzeugt, dass jeder zu den Waffen gerufene Pole seine Pflicht erfüllen wird, aber wir können uns des Gefühls nicht erwehren, dass dies in jedem Fall ein brudermörderischer Kampf werden wird. Polen aus den unterschiedlichen Teilungsgebieten werden sich gegenseitig beschießen."[5]

Und tatsachlich – über drei Millionen ethnische Polen wurden für die imperialen Armee von Russland, Deutschland und Österreich-Ungarn mobilisiert und mussten für fremde Herrscher an den verschiedenen Fronten des Krieges ihr Leben riskieren und ihr Blut lassen.[6]

Vom ersten Tage an tobte der Krieg an der Ostfront auf polnischen Gebieten oder in Gebieten mit einer starken polnischen Minderheit. Tausende Zivilisten mussten ihre Häuser verlassen. Millionen litten an Unterernährung, Hunger, Krankheiten, Kälte usw. Bis Januar 1920 wurden im ehemaligen Russisch-Polen nur 34% der industriellen Produktionskapazität ausgenutzt. Im Herbst 1918 lagen 30% des Ackerlands brach, und nur 15% der Industriearbeiter, die vor dem Krieg dort tätig waren, hatten einen Job.[7]

---

3 Piotr Szlanta, Der Erste Weltkrieg von 1914 bis 1915 als identitätsstiftender Faktor für die moderne polnische Nation, in: Die Vergessene Front. Der Osten 1914/15. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung, hrsg. Gerhard P. Groß, Paderborn 2006, S. 153–155.

4 Keya Thakur-Smolarek, Der Erste Weltkrieg und die polnische Frage. Die Interpretationen des Kriegsgeschehens durch die zeitgenössischen polnischen Wortführer, Berlin 2014, S. 53–77; Piotr Szlanta, Der Glaube an das bekannte Heute, der Glaube an das unsichere Morgen. Die Polen und der Beginn des Ersten Weltkriegs, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, Heft 3/2013, S. 411–432.

5 Wobec wrzenia wojennego, in: Dziennik Bydgoski vom 1.08.1914.

6 Mehr darüber: Piotr Szlanta, Wielka Wojna polsko-polska. Polacy w szeregach armii państw zaborczych. Zarys problematyki, in: Doświadczenia żołnierskie Wielkiej Wojny. Studia i szkice z dziejów frontu wschodniego I wojny światowej, red. Michał Baczkowski, Kamil Ruszała, Kraków 2016, S. 51–77.

7 Andrzej Chwalba, 1919. Pierwszy rok wolności, Wołowiec 2019, S. 159–190.

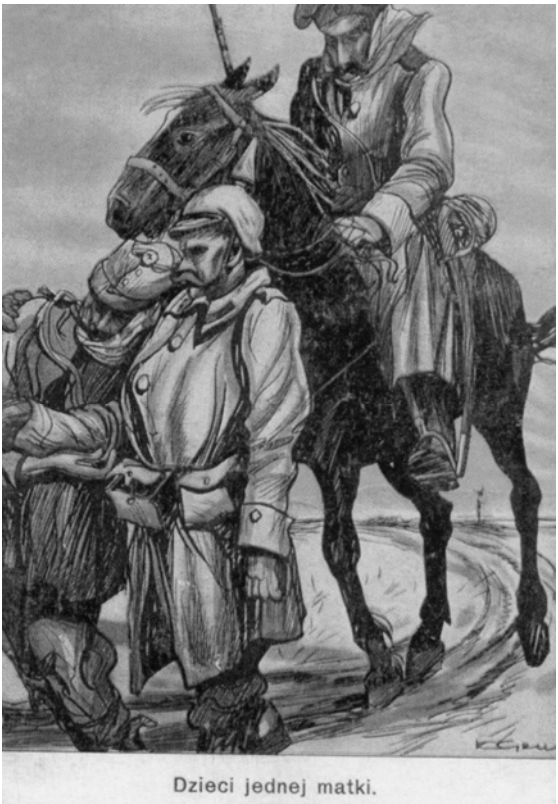

Abb. 1: „Die Söhne der selben Mutter“

1914 in Russisch-Polen veröffentlichte Propaganda-Ansichtskarte, die den brudermörderischen Charakter des Krieges für die Polen thematisiert.

Aber trotz dieser Verluste und Leiden war aus der Perspektive der Eliten für die Beurteilung des Krieges der politische Effekt ausschlaggebender. Nicht Armut, persönliche Tragödie oder der Rückgang des Lebensstandards waren der entscheidende Faktor für die Beurteilung des Ersten Weltkriegs aus ihrer polnischen Perspektive. Für das durch die drei Nachbarmächte aufgeteilte Polen war der Weltkrieg nicht nur eine unvorstellbare Katastrophe, sondern gleichzeitig auch das Wunder der Auferstehung. Trotz seiner Dramatik brachte der Krieg von 1914 bis 1918 Polen die Unabhängigkeit und die Erfüllung der Träume einiger Generationen, die über keinen polnischen Na-

tionalstaat verfügt hatten. Roman Dmowski, einer der Architekten der polnischen Unabhängigkeit, ein Anführer und der Hauptideologe der National–Demokraten, formulierte es rückblickend so:

> „Wenn der Krieg 1914–1918 für die ganze Welt eine unerwartete und überwältigende Katastrophe war, dann war er aus unserer polnischen Sicht etwas, das die Grenzen der kühnsten, unrealistischsten Erwartungen übertraf. [...] Wenn es um Polen geht, wem wäre es da bei uns in den Sinn gekommen, dass wir uns am Vorabend eines Krieges befinden, in dem eine Teilungsmacht entmündigt wird, unfähig zum Kampf, während die anderen beiden alle anderen Großmächte gegen sich haben werden? Wer hätte gedacht, dass auf dem Friedenskongress nach diesem Krieg alle drei Großmächte, die Polen aufgeteilt hatten, nicht anwesend sein werden, während Polen daran teilnehmen wird?“[8]

Die polnische öffentliche Meinung und die Eliten der neugeborenen Republik beteiligten sich nicht aktiv an der Debatte über die Kriegsschuldfrage. Es lag einfach nicht im polnischen politischen Interesse, in der polnischen Staatsräson, die Schuld Deutschlands am Kriegsausbruch zu hinterfragen. Das hätte doch die ganze territoriale Ordnung, die mit enormer Mühe und Opfern in diplomatischen Salons und auf den Schlachtfeldern errungen worden war, in Frage stellen können. Polen als ein Nutznießer des Krieges und des Friedensvertrags von Versailles verteidigte die neue internationale Ordnung. In den deutsch-polnischen Beziehungen in den zwanziger Jahren herrschte, wenn nicht Feindlichkeit, so doch mindestens Abneigung und Misstrauen. Die Grenzstreitigkeiten und der Zollkrieg machten keine gute Atmosphäre für die Diskussion über die neueste Geschichte. Das war kein guter Zeitraum für eine ehrliche Diskussion um Nuancierungen in der Kriegsschuldfrage.[9]

Polen befand sich in der Lage des Siegers. Die polnischen Delegierten nahmen an den Verhandlungen der Friedenskonferenzen in Paris teil. Polnische Vertreter waren auch Mitglieder derjenigen Kommission, die die Verantwortlichkeit für den Kriegsausbruch benennen sollte. Dort wurde Polen von Konstanty Skirmunt und Leon Łubiński repräsentiert.[10] Das musste sich in der Rezeption des Krieges und seiner Ursachen widerspiegeln.

Generell teilten die Polen die Meinung hinsichtlich der deutschen Schuld und seines Strebens nach der Weltmacht. Wie Stefan Rowecki, ein Legionär,

---

8 Roman Dmowski, Polityka polska i odbudowanie państwa, Częstochowa 1937, Teil 1, S. 161.

9 Jerzy Krasuski, Polska-Niemcy. Stosunki polityczne od zarania po czasy najnowsze, Wrocław 2009, S. 222–272.

10 Stanisław Kutrzeba, Kongres, traktat i Polska, Warszawa 1919, S. 21.

Abb. 2: „Andenken an den Großen Krieg: Vergangenheit und Gegenwart“

Die nach 1918 publizierte Ansichtskarte, die Polen als Sieger des Krieges darstellt und als ein Staat, der zur Entente gehört.

Piłsudski Gegner und Ministerpräsident der Londoner Exil-Regierung im Zweiten Weltkrieg schrieb:

> „Vorkriegsdeutschland strebte mit voller Energie nach der Kontrolle über die Wirtschaft in allen Weltteilen und danach, sein Land zu einer großen, mit Bajonetten, Kanonen und Panzerschiffen gespickten Festung umzugestalten, es hatte weitreichende Pläne, alle seine Nachbarn zu besiegen und die Welthegemonie zu erreichen. Besitzgreifende deutsche Pläne, die sich an Macht, Gewalt und dem Prinzip ‚Gewalt vor Recht' anlehnten, waren Ursache für den Krieg.“[11]

Eine etwas nuanciertere Stellung nahm in seiner im Jahr 1937 erschienenen Monographie des Weltkrieges ein Historiker ein: Jan Dąbrowski. Er argumentierte darin, dass es früher oder später wegen der wachsenden Antagonismen zwischen den Großmächten zum Ausbruch des Krieges hatte kommen müssen. Der Krieg sei unvermeidlich gewesen und hätte schon in den Jahren 1908/09 und 1912/13 beginnen können. Zu seinen Ursachen zählte Dąbrowski natürlich den deutschen und österreichisch-ungarischen Drang

11 Stefan Rowecki, Odwet Niemiec, in: Kurier Warszawski vom 24.11.1922.

nach dem Krieg, aber auch den unabhängigen serbischen Faktor (die Serben sollten damals in ihrer Politik auf Niemandem Rücksicht nehmen) und den russischen Drang nach dem Krieg. Vor allem die militärische und dann auch die diplomatische Elite des Zarenreiches hielten Sommer 1914 als eine geeignete Zeit zum Entfesseln eines Kriegs. Dąbrowski zitierte den französischen Historiker Jules Issac (1914. Le problème des origines de la guerre) und schrieb, dass zwar die Mittelmächte den Krieg angefangen, aber ihre Gegner den Krieg bereitwillig akzeptiert hätten, mit einem Eifer, der sogar Deutschland und die Habsburgermonarchie wunderte.[12]

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich die polnische Historiographie sehr lange nicht mit dem Ersten Weltkrieg beschäftigt. Er stand im Schatten der Gräueltaten aus den Jahren 1939–1945. Die erste neue Monografie des Krieges wurde von Janusz Pajewski erst in den Siebzigerjahren geschrieben. Jedoch wies er bei der Beschreibung des Juli-Krise nicht eindeutig auf einen Kriegsschuldigen hin, obwohl ihm zufolge natürlich der deutsche Imperialismus auch dazu beigetragen hatte.[13] Diese Ansicht teilte auch Andrzej Chwalba in seiner Geschichte des Ersten Weltkrieges aus dem Jahr 2014.[14]

Wem verdankt Polen seine Unabhängigkeit?

In der Zwischenkriegsperiode wurde leidenschaftlich über die Verdienste verschiedener politischer Gruppierungen an der Wiederherstellung Polens debattiert. Eine positive Antwort auf diese Frage hätte nämlich den Machtanspruch im neuen und instabilen Staat legitimieren können. Dieser Streit um die Verdienste für die Wiederherstellung Polens wurde in der Zweiten Republik vor allem von zwei politischen Lagern geführt: auf einer Seite vom Lager um Józef Piłsudski und auf der anderen Seite von der rechten National-Demokratie.[15]

Die „militärische Tat“ (czyn zbrojny) der Polnischen Legionen, die in den Jahren 1914–1917 auf der Seite der Mittelmächte gegen die russischen Armee gekämpft hatten, und ihres moralischen Anführers Józef Piłsudski hatten die größten Verdienste für die Wiedergewinnung eines eigenen Na-

12 Jan Dąbrowski, Wielka Wojna 1914–1918, Warszawa 1937 Teil 1, S. 53–72.
13 Janusz Pajewski, Pierwsza wojna światowa 1914–1918, Warszawa 1998, S. 42–80.
14 Andrzej Chwalba, Samobójstwo Europy. Wielka Wojna 1914–1918, Kraków 2014, S. 35–48.
15 Hierzu: Elżbieta Kaszuba, System propagandy państwowej obozu rządzącego w Polsce w latach 1926–1939, Toruń 2004; Elżbieta Kossewska, Związek Legionistów Polskich 1922–1939, Warszawa 2003; Piotr Cichoracki, Legenda i polityka. Kształtowanie się wizerunku marszałka Polski Józefa Piłsudskiego w świadomości zbiorowej społeczeństwa polskiego w latach 1918–1939, Kraków 2005.

tionalstaates der Polen. Es waren die Entschlossenheit, die Opferbereitschaft und die prophetische Klugheit von Józef Piłsudski, dem Anführer dieser am Anfang des Krieges sehr begrenzten politischen Gruppierung, die am Ende die Unabhängigkeit für Polen brachten. Wacław Lipiński, ein ehemaliger Legionär aus den Zeiten des Ersten Weltkrieges, ein vertrauter Mitarbeiter von Józef Piłsudski und nach dem Mai-Putsch 1926 ein offizieller Historiker der regierenden Sanacja-Elite, urteilte über die letzten Jahre vor 1914:

> „Der pro-Unabhängigkeits-Bewegung blieb nur ein Weg übrig – das Schaffen einer brutalen, physischen Kraft, die die Macht der [russischen] Regierung brechen könnte."[16]

Die Nationaldemokraten dagegen argumentierten, dass Roman Dmowskis politisch-diplomatische Tätigkeit eine wichtigere Rolle gespielt hatte. Dmowski hatte 1917 in Paris das Polnische National-Komitee gegründet. Die Entente-Mächte anerkannten diese Organisation als eine Art inoffizieller polnischer Regierung im Exil. Das Komitee wurde im Dezember 1918 in die polnische Delegation auf der Pariser Friedenskonferenz umgewandelt. Piłsudski kämpfte bis 1917 auf der Seite der späteren Verlierer Deutschland und Österreich-Ungarn, was nicht dabei behilflich war, die westlichen Politiker von der Notwendigkeit einer Wiederherstellung Polens zu überzeugen. Nach dem Militär-Putsch von 1926 und der Machtübernahme durch Piłsudski wurden dessen Verdienste von den Staatsorganen, Schulen, in Handbüchern, bei öffentlichen Festen, durch Veteranenvereine, Museen, Kunst und Massenmedien aufdringlich herausgestellt. Den Nationaldemokraten fiel es immer schwerer, mit ihrer Interpretation der Kriegsereignisse die Öffentlichkeit zu erreichen.

Dieser Streit um Verdienste spiegelte sich auch in den politischen Diskussionen über das Datum des Nationalfeiertags. Erst 1935 stimmte das Parlament einem Gesetzentwurf zu, den 11. November (am diesem Tag im Jahre 1918 nahm Józef Piłsudski vom Regentschaftsrat die Kommandogewalt über die entstehende Armee entgegen) als Unabhängigkeitstag zu nehmen. Dagegen wollten die Sozialisten den Tag der Berufung der Linksregierung von Ignacy Daszyński in Lublin am 7. November 1918 feiern.[17]

Alle Seiten des politischen Konflikts in der Zweiten Republik waren sich jedoch darüber einig, dass Polen seine Unabhängigkeit vor allem den

16 Wacław Lipiński, Walka zbrojna o niepodległość Polski w latach 1905–1918, Warszawa 1935, S. 14.

17 Barbara Wachowska, Od 11 listopada do 11 listopada czyli spory o symboliczne święto Niepodległości Polski, in : Acta Universitatis Lodziensis, Folia Historica 54, 1954, S. 3–35.

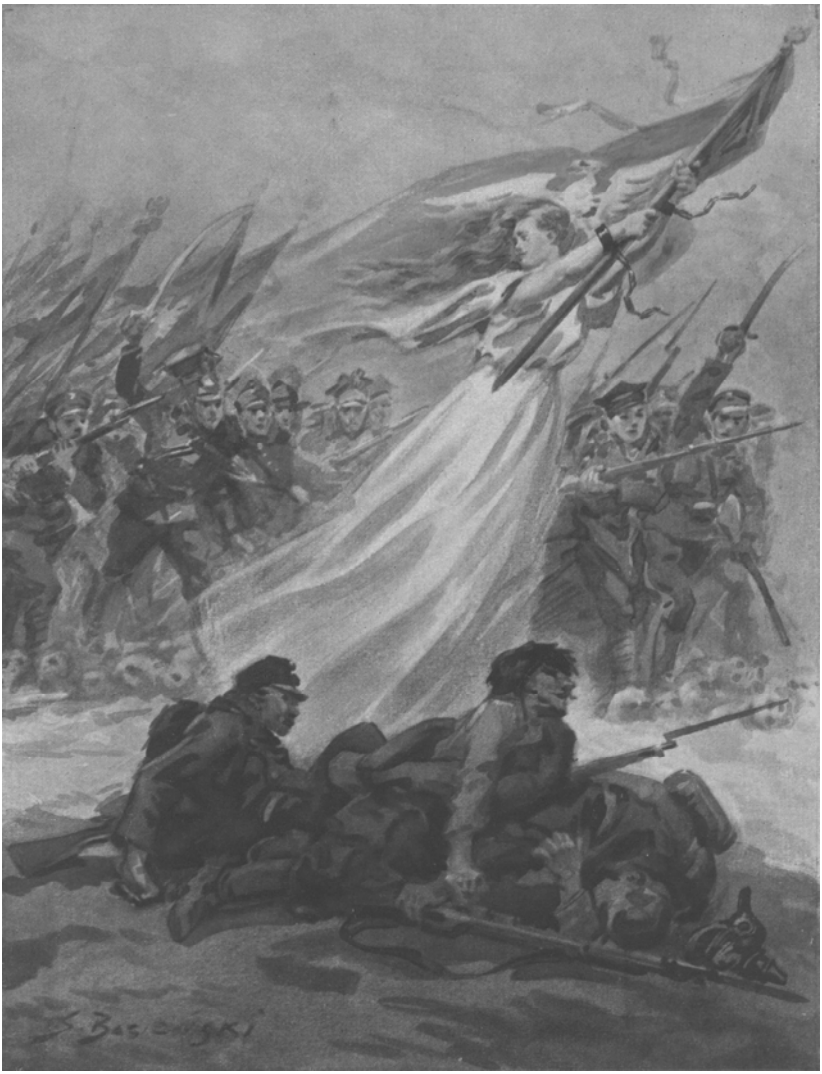

Abb. 3: Die Allegorie des Wiederauflebens Polens nach 1918

Die frauliche Gestalt Polens führt die angreifenden Soldaten, die zu verschiedenen polnischen Einheiten gehören, zum Sieg. Auf der Erde liegen drei geschlagene Soldaten aus den imperialen Armeen von Russland, Deutschland und Österreich-Ungarn.

Polen selbst verdankt. ‚Den eigenen Nationalstaat haben wir selbst blutig erkämpft', so die allgemeine Überzeugung. Die staatlichen Behörden versuchten auf verschiedene Art und Weise und auf vielen Ebenen der polnischen Gesellschaft den Mythos einer vereinigten, aktiven Nation zu verankern, deren Mitglieder – abgesehen von ihrer sozialen Position – nach eigenem Nationalstaat strebten. Der Mythos des allgemeinen Kampfes der Polen für die Unabhängigkeit während des Krieges umfasst auch diejenigen Polen, die in den imperialen Armeen dienten und fielen.[18]

Am zehnten Jahrestag der Unabhängigkeit im Jahr 1928 wurde die ursprüngliche österreich-ungarische Tafel auf dem Denkmal am Militär-Friedhof von Gorlice ausgetauscht. Die neue ehrte die polnischen Soldaten, die, obwohl sie in den drei imperialen Mächte dienten und gefallen waren, doch für die Freiheit Polens gekämpft haben und gestorben sein sollen. Diese Deutung ist natürlich ein Beispiel dafür, wie ein nationaler Mythos geschaffen wird.

Abb. 4: Die neue Tafel auf dem Denkmal am Militär-Friedhof von Gorlice, 1928

18 Marcin Jarząbek, Legioniści i inni. Pamięć zbiorowa weteranów I wojny światowej w Polsce i Czechosłowacji okresu międzywojennego, Kraków 2017, S. 127–170.

Jagows Schuld?

Die Tätigkeit Gottlieb von Jagows selbst und seines Anteils am Ausbruch des Krieges ist in der polnischen Historiographie kaum präsent und wurde nur sporadisch aufgegriffen. Ich habe keine einzige Buchbesprechung seiner Memoiren mit dem Titel „Ursachen und Ausbruch des Weltkriegs" in der polnischen Fachpresse der Jahre 1919–1920 gefunden. In den siebziger Jahren präsentierte ein Historiker aus Poznań, der Verfasser der bis heute wichtigsten polnischen Monografie des Krieges, Janusz Pajewski, Jagow als einen Befürworter einer harten Haltung gegenüber Serbien. Seiner Meinung nach habe Deutschland auf jedem Fall Österreich-Ungarn unterstützen müssen, weil es in der deutschen Staatsraison gelegen habe, den Großmachtstatus der Donaumonarchie zu erhalten. Deswegen habe Deutschland seinem Verbündeten im Fall eines Krieges mit Serbien Hilfe leisten müssen. Jagow wollte jedoch eine Lokalisierung des Krieges nur auf dem Balkan.[19]

In der jüngsten Monographie zum Krieg, die 2014 erschienen ist, stellte der Krakauer Historiker Andrzej Chwalba Jagow zusammen mit dem Londoner Botschafter Max Lichnowski als Befürworter einer politischen Lösung der Juli-Krise dar.[20] Er habe Widerspruch gegen die Verletzung der Neutralität Belgiens erhoben, weil dieser Schritt den Eintritt Großbritanniens in den Krieg an der Seite der Entente zur Folge haben müsste.

Es muss jedoch hier unterstrichen werden, dass diese Beurteilungen von Jagows durch polnische Historiker auf keinen Fall die Ergebnisse einer tiefgehenden Quellenanalyse sind. Alle diese Historiker wiederholten in ihren Büchern vielmehr die Thesen ihrer westlichen Kollegen.

Literatur

„Dziennik Bydgoski", 1914

„Kurier Warszawski", 1922

Piotr Cichoracki, Legenda i polityka. Kształtowanie się wizerunku marszałka Polski Józefa Piłsudskiego w świadomości zbiorowej społeczeństwa polskiego w latach 1918–1939, Kraków 2005, 411 S.

Andrzej Chwalba, 1919. Pierwszy rok wolności, Wołowiec 2019, 274 S.

Andrzej Chwalba, Samobójstwo Europy. Wielka Wojna 1914–1918, Kraków 2014, 645 S.

Andrzej Chwalba, Wielka Wojna Polaków 1914–1918, Warszawa 2018, 451 S.

19 Pajewski, Wielka Wojna, S. 43–45.
20 Chwalba, Samobójstwo Europy, S. 38.

Jan Dąbrowski, Wielka Wojna 1914–1918, Warszawa 1937, Teil 1, 503 S.

Roman Dmowski, Polityka polska i odbudowanie państwa, Częstochowa 1937, Teil 1, 386 S.

Heidi Hein, Der Piłsudski-Kult und seine Bedeutung für den polnischen Staat 1926–1939, Marburg 2002, 512 S.

Marcin Jarząbek, Legioniści i inni. Pamięć zbiorowa weteranów I wojny światowej w Polsce i Czechosłowacji okresu międzywojennego, Kraków 2017, 309 S.

Elżbieta Kaszuba, System propagandy państwowej obozu rządzącego w Polsce w latach 1926–1939, Toruń 2004, 411 S.

Elżbieta Kossewska, Związek Legionistów Polskich 1922–1939, Warszawa 2003, 228 S.

Jerzy Krasuski, Polska-Niemcy. Stosunki polityczne od zarania po czasy najnowsze, Wrocław 2009, 382 S.

Stanisław Kutrzeba, Kongres, traktat i Polska, Warszawa 1919, 196 S.

Wacław Lipiński, Walka zbrojna o niepodległość Polski w latach 1905–1918, Warszawa 1935, 444 S.

Adam Mickiewicz, Księgi Narodu i Pielgrzymstwa Polskiego, wydanie drugie w Awenjonie, Avignon, 128 S.

Janusz Pajewski, Pierwsza wojna światowa 1994–1918, Warszawa 1998, 832 S.

Polen in der europäischen Geschichte. Ein Handbuch in vier Bänden, Band III: Unter der Herrschaft der Teilungsmächte (1772/1795–1914), hrsg. von Michael G. Müller, Igor Kąkolewski, Kersten Holste und Robert Traba, Stuttgart 2019, 560 S.

Piotr Szlanta, Der Glaube an das bekannte Heute, der Glaube an das unsichere Morgen. Die Polen und der Beginn des Ersten Weltkriegs, w: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas Heft 3/2013, S. 411–432

Piotr Szlanta, Der Erste Weltkrieg von 1914 bis 1915 als identitätsstiftender Faktor für die moderne polnische Nation, in: Die Vergessene Front. Der Osten 1914/15. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung, hrsg. Gerhard P. Groß, Paderborn 2006, S. 153–164

Piotr Szlanta, Wielka Wojna polsko-polska. Polacy w szeregach armii państw zaborczych. Zarys problematyki, in: Doświadczenia żołnierskie Wielkiej Wojny. Studia i szkice z dziejów frontu wschodniego I wojny światowej, red. Michał Baczkowski, Kamil Ruszała, Kraków 2016, S. 51–77

Keya Thakur-Smolarek, Der Erste Weltkrieg und die polnische Frage. Die Interpretationen des Kriegsgeschehens durch die zeitgenössischen polnischen Wortführer. Berlin 2014, 638 S.

Barbara Wachowska, Od 11 listopada do 11 listopada czyli spory o symboliczne święto Niepodległości Polski, in: Acta Universitatis Lodziensis, Folia Historica 54, 1954, S. 3–35

Anmerkung:

This article was prepared on the basis on research financed by the National Science Center, Poland. The project nr 2018/29/B/HS3/0275.

Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin *142 (2020), 103–116*

Christian Lüdtke

Hans Delbrück und Gottlieb von Jagow – ein vernunftgeleiteter und ein persönlich motivierter Zugang zur Kriegsschuldfrage

> „Obwohl ich einen Präventivkrieg nicht an sich für unbedingt verwerflich halten kann, habe ich doch an einen solchen ebensowenig gedacht, wie der Kaiser und der Kanzler. Aber eine Politik zu führen, die unter *allen* Umständen den Krieg ausschlösse, ist für eine Großmacht nicht möglich."[1]

Diese Äußerung Gottlieb von Jagows gegenüber Hans Delbrück aus dem Frühjahr 1919 ist bemerkenswert. Denn sie zeigt einerseits, dass es einen Willen zum Krieg, ein vorsätzliches Kriegstreiben, in der deutschen Regierung 1914 nicht gegeben hatte. Andererseits beweist sie aber zugleich, dass es ebenso an einem unbedingten Willen zum Frieden gemangelt hatte. Insofern stehen mit Blick auf den heutigen Forschungsstand diese Zeilen stellvertretend für alle am Kriegsausbruch beteiligten Mächte.[2] Entlarvend ist die Aussage insofern, weil Jagow sich selbst unbewusst damit in die volle Verantwortung stellte, die allen leitenden Staatsmännern in der Julikrise zukam, da keiner mit vollem Einsatz für den Frieden gekämpft hatte.

Hans Delbrück (1848–1929) gehörte in seiner Zeit zu den führenden Historikern und politischen Publizisten. Bekannt ist er zum einen als Nestor der Militärgeschichte, die er als zivile Wissenschaftsdisziplin gegen die Militärgeschichtsschreiber des Generalstabs etablierte. Zum anderen machte ihn seine jahrzehntelange Tätigkeit als Publizist zu einem einflussreichen, gemäßigt konservativen Intellektuellen in Berlin. Nach Niederlage und Revolution engagierte er sich für den neuen Staat, obwohl er keinen Hehl daraus machte, dass er das Kaiserreich dem Grunde nach weiterhin für die

1 Gottlieb von Jagow an Hans Delbrück, Thomaswalden am 22. April 1919, in: Staatsbibliothek zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz: Nachlass Hans Delbrück [im Folgenden: SBB NL Delbrück], Briefe Jagow, Bl. 14f., Hervorhebung ebenda. Sechs Jahre später allerdings behauptete Jagow öffentlich ganz anders: „Den Gedanken eines Präventivkrieges aber hatten wir stets abgelehnt" (Gottlieb von Jagow: England und der Kriegsausbruch. Eine Auseinandersetzung mit Lord Grey. Mit einem Nachwort von Alfred von Wegerer, Berlin 1925, S. 45).

2 Vgl. exemplarisch Christopher Clark: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog, München 2013.

beste Regierungsform hielt. Aber da er die Grundlage des neuen Staates akzeptierte, nämlich den Bankrott der Eliten des alten, arbeitete er loyal am Gedeihen der Weimarer Republik mit und baute manche Brücke für das in der Hohenzollernmonarchie verhaftete Bürgertum. Wesentlich war Delbrück dafür sowohl der Kampf gegen die Dolchstoßlegende als auch gegen die „Kriegsschuldlüge".

Auf der Basis von Delbrücks Rolle in der Kriegsschuldfrage wird vorliegend Gottlieb von Jagows Wirken in den Blick genommen. Als Quellengrundlage dient der umfangreiche Nachlass von Hans Delbrück, in dem insbesondere die Korrespondenz der beiden weitgehend erhalten ist. Delbrück und Jagow verband keine besonders enge Bekanntschaft. Das ist insofern erstaunlich, weil Delbrück zu den engagiertesten Streitern in der Kriegsschuldfrage gehörte und über ein sehr großes Netzwerk verfügte. Gleichwohl entspann sich im Laufe der Jahre eine Korrespondenz von gewissem Umfang – 18 Briefe Jagows und sechs Briefe Delbrücks (als Konzepte) sind erhalten. Inhaltlich drehten sie sich fast alle um die Kriegsschuldfrage. Ein Kontakt zwischen den beiden lässt sich ab 1913 nachweisen. Eine erstmalige persönliche Begegnung der beiden scheint es im Frühjahr 1916 gegeben zu haben, denn im Mai des Jahres schrieb Jagow erstmals einen etwas ausführlicheren Brief. Er nahm Bezug auf eine Unterhaltung, in der er mitgeteilt hatte, dass es Überlegungen zum Ankauf der Zeitung „Tägliche Rundschau" gäbe. Daran anknüpfend schrieb er nun, dass sich diese Pläne zerschlagen hätten. Daher sei es also „[u]m so wünschenswerther", wenn Delbrück seine „geplante Beeinflussung bezw. ‚Verwirrung'" in Gang setze. Es ging wohl um die Kriegszieldebatte, aber worum es sich genau handelte, bleibt unklar.[3] Delbrück hatte in dem Blatt zwei Wochen vorher bereits einen Artikel mit strategischen Gedanken zum Weltkrieg veröffentlicht.[4] Die „Tägliche Rundschau" hatte sich allerdings schon im Oktober 1914 in der Kriegszieldebatte gegen seine gemäßigten Anschauungen gestellt.[5]

Am 11. Juni 1916 setzte Jagow auf eine entsprechende Frage Delbrücks seine Sicht auf ein internationales Schiedsgericht auseinander. Ausweislich einer Denkschrift vom Februar 1917 hatte Delbrück in jenen Monaten intensiv mit unterschiedlichen Akteuren hierüber diskutiert und schließlich einen

3 Jagow an Delbrück, Berlin am 24. Mai 1916, in: SBB NL Delbrück, Briefe Jagow, Bl. 4f.

4 Hans Delbrück: „Friederizianische Strategie", in: Tägliche Rundschau, Unterhaltungsbeilage, 36. Jahrgang, Nr. 108 vom 9. Mai 1916, in: Bundesarchiv Koblenz: N 1017 Nachlass Hans Delbrück [im Folgenden: BArch N 1017], Bd. 2.

5 F. H.: „Quertreiberei", in: Tägliche Rundschau, Nr. 473 vom 3. Oktober 1914, in: SBB NL Delbrück, Fasz. 95.2.

nicht öffentlichen Ausschuss mit 40 Personen gebildet, der den Zweck verfolgte, eine „deutsch[e] Schiedsgerichtsformel“ zu erarbeiten. Hintergrund dessen war Delbrücks Überzeugung, dass ein künftiger Friede im Falle eines einseitigen Diktats – egal welcher Seite – nur zu neuen Kriegen führen würde und zur Milderung internationale Garantien in Form eines funktionierenden und allseits anerkannten Schiedsgerichts nötig seien. Für diesen Gedanken wollte Delbrück sowohl das deutsche Volk gewinnen als auch mit eigenen deutschen Vorschlägen gegenüber Ideen aus anderen Ländern auftreten. Diese Pläne Delbrücks wurden dann durch den Beginn des unbeschränkten U-Boot-Kriegs und der sich damit grundlegend geänderten militär-strategischen Lage sowie der öffentlichen Meinung zunächst obsolet.[6] Jagow hingegen bezeichnete das Instrument eines Schiedsgerichtshofs als eine „besonders heikle“ Frage aus deutscher Sicht, denn es gehe bei internationalen Streitigkeiten „selten oder nie“ um „Rechtsfragen“, sondern immer um „Interessenfragen“. In solchen seien auch internationale Richter national befangen. Zudem bringe es die „unvortheilhaft[e] geopolitisch[e] Lage“ des Deutschen Reichs mit sich, dass deutsche Interessen mit den Interessen anderer Staaten kaum in Einklang zu bringen seien. Daher sei ein internationaler Schiedsgerichtshof in „4 von 5 Fällen ein wenig versprechendes Risiko“.[7]

Jagow meldete sich wieder bei Delbrück nach seiner Entlassung im Sommer 1917 aus Libau in Kurland, wo er als „Etappendelegirter der 8ten Armee“ wirkte. Er richtete an Delbrück die Frage, ob er eine „kleine Abhandlung“ in Delbrücks „Preußischen Jahrbüchern“ publizieren könne. Jagow bat dabei um Diskretion – nur Graf Monts und Herr von Pletow würden den Text kennen – und um Verwendung eines Pseudonyms im Falle eines Abdrucks. Jagows Aufsatzentwurf ist zwar nicht in Delbrücks Nachlass

---

6 Zum Auftreten Deutschlands auf den Haager Friedenskonferenzen, auf denen vor dem Weltkrieg u.a. Verabredungen zu einer Schiedsgerichtsbarkeit getroffen worden waren, schrieb er: Deutschlands „Haltung war aber lau und unüberzeugt und die diplomatische Führung bewegte sich in Formen, die es unseren Gegnern sehr leicht gemacht hat uns gegenüber den Vorwurf zu erheben, daß das geringe Resultat der Konferenzen auf deutschen Widerstand zurückzuführen sei, und daß die deutsche Gesinnung mehr auf den Erwerb der Macht als auf die Erhaltung und Befolgung des Rechts gerichtet sei.“ („Aufsatz über Friedensbemühungen“, neunseitige Denkschrift Hans Delbrücks vom Februar 1917, in: SBB NL Delbrück, Fasz. 67.2).

7 Daran schloss Jagow die resignierte Betrachtung an, dass sich diese Lage in einem „‚neuen‘ Europa“ eventuell besser darstellen würde, allerdings sich dieses „neue“ Europa womöglich von „dem alten“ Europa kaum unterscheide – ein deutliches Indiz dafür, dass der Chef des Auswärtigen Amtes im Sommer 1916 die Aussichten auf einen großen deutschen Sieg als sehr schlecht bewertete (Jagow an Delbrück, Berlin am 11. Juni 1916, in: ebenda, Briefe Jagow, Bl. 6f.).

erhalten, er wird aber von der auswärtigen Politik in seiner Amtszeit gehandelt haben.[8] Anlass für die Schrift war ihm folgende Überlegung:

> „Fortgesetzte Bearbeitung der öffentlichen Meinung durch eine gewisse Presse [...] müssen [sic] schließlich zu einer Beurtheilung unserer Politik führen, die den Thatsachen wenig entspricht, aber, unwidersprochen, zum Dogma wird, das auch auf die spätere kritisch-historische Beleuchtung unserer Epoche nicht ohne Einfluß bleiben kann."

Diese Sätze spiegeln die zentrale Motivation Jagows für seine publizistischen Aktivitäten zur Kriegsschuldfrage wider: Er sah vieles als Vertreter eines moderaten Politikstils kritischer als gewichtige Teile der (ver)öffentlich(t)en Meinung. Daher wollte er den vielfach von alldeutscher Seite erhobenen Vorwürfen, die politische Führung der ersten Kriegsjahre sei zu zögerlich und zu defensiv, seine Sicht entgegensetzen. Als einer der politisch Hauptverantwortlichen wollte er sich für „die spätere kritisch-historische Beleuchtung" ins rechte Licht rücken und seine eigenen Handlungen rechtfertigen. Diese wesentliche Motivation für seine Publizistik zur Kriegsschuldfrage, die vorrangig persönlicher Natur war, unterschied Jagow deutlich von dem Grund, der Delbrück in der Kriegsschuldfrage antrieb: die Suche nach der objektiven historischen Wahrheit. Jagow betonte dabei in seinem Brief, dass er sich „stets in Uebereinstimmung [sic] mit Herrn v. Bethmann befunden" hätte, um seine persönliche Verantwortung zu relativieren. Schließlich bekannte er auch, er sei „im publizistischen Metier ganz unbewandert" und daher dankbar für stilistische Korrekturen. Auch diese Selbstkritik – deren Inhalt sicher nicht unzutreffend war – weist auf eine Tendenz zur Relativierung der Verantwortlichkeit hin.[9]

Delbrück lehnte den Abdruck von Jagows Schrift ab und riet ihm stattdessen zu einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Buch von Reventlow.[10] Eine solche wiederum wies Jagow ab, da er ohne Aktenmaterial keine ausführliche Schrift erstellen zu können meinte.[11] Dieses Argument war nur

---

8 Vgl. auch die Befunde hierzu von *Reinhold Zilch* in diesem Band.

9 Jagow an Delbrück, Libau am 23. August 1917, in: SBB NL Delbrück, Briefe Jagow, Bl. 8–10. Die Betonung der Einigkeit mit Bethmann findet sich auch in seinen Memoiren (Gottlieb von Jagow: Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges, Berlin 1919, S. 58).

10 Mutmaßlich ist das 1914 zuerst erschienene und während des Kriegs mehrfach neu aufgelegte Buch „Deutschlands auswärtige Politik 1888–1914" des antisemitischen und alldeutschen Publizisten Ernst zu Reventlow gemeint.

11 Jagow an Delbrück, Libau am 9. September 1917, in: SBB NL Delbrück, Briefe Jagow, Bl. 11. Wie wankelmütig und leicht beeinflussbar von Stimmungen der ehemalige oberste Diplomat war, zeigt im Übrigen seine Bemerkung anlässlich der Nachricht der Einnahme Rigas durch deutsche Truppen: Die möglicherweise bevorstehende Niederlage Russlands

vorgeschoben, denn es hinderte ihn keine zwei Jahre später nicht daran, sein Buch „Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges“ zu schreiben.[12] Jagow hatte eben vorrangig das Ziel, sich selbst vor der Mit- und Nachwelt zu rechtfertigen, er wollte sich weniger anderweitig publizistisch betätigen, um im weiteren Sinne der Sache zu wirken.

Im Frühjahr 1919 wandte sich Jagow erneut an Delbrück, diesmal aus Klein-Oels in Schlesien. Es ging um sein in Kürze erscheinendes Buch „Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges“, das er, wie er Delbrück bekannte, „auf Zuraten von Freunden“ verfasst hatte, obwohl er an sich „wenig zur Publicität disponiert“ sei. Diese nebulöse Wendung deutete weniger eine Bescheidenheit an, sondern mehr eine gewisse Tendenz, die Verantwortung für sein eigenes Werk zu relativieren. Er erbat sich vorab die Option, in den „Preußischen Jahrbüchern“ eine Replik platzieren zu dürfen, falls sein Buch von einem Dritten zu kritisch rezensiert werden würde. Dies zeigt dreierlei: Erstens ging er wohlüberlegt vor, zweitens war er offenbar sehr unsicher, wie sein Buch aufgenommen werden würde, und drittens war Delbrück für ihn – trotz der nur sehr losen Bekanntschaft – eine wichtige Bezugsperson.[13]

Am 17. Mai 1919 trug Delbrück ein Anliegen an Jagow heran: Er war beauftragt worden, zur Kriegsschuldfrage eine offizielle Denkschrift für die Delegation in Versailles zu erarbeiten.[14] Delbrück hatte bereits zahlreiche amtliche Akten durchgearbeitet, sich mit Bethmann Hollweg getroffen und befragte nun auch Jagow über die diplomatischen Vorgänge der Julikrise.

---

im Krieg würde „die europäische Frage lösen, u. die russ. Revolution war für uns das ‚Mirakel des Hauses Brandenburg‘“.

12 Im Mai 1919 schrieb er Delbrück, er habe bei der Abfassung dieses Buchs keine Möglichkeit gehabt, seine „Erinnerungen und leider sehr spärlichen Notizen“ mit den Akten abzugleichen (Jagow an Delbrück, Münster am 20. Mai 1919, in: ebenda, Bl. 16–20).

13 Jagow an Delbrück, Klein-Oels in Schlesien am 11. April 1919, in: ebenda, Bl. 12f. Delbrück sagte Jagow am 18. April auf seine Anfrage zu (das geht aus dem folgenden Brief Jagows hervor, vgl. Jagow an Delbrück, Thomaswalden am 22. April 1919, in: ebenda, Bl. 14 f). Jagow machte davon allerdings bis zum Redaktionsschluss Mitte Mai keinen Gebrauch, da es bislang keine ernsthafte Kritik an seinem Buch gegeben habe (Jagow an Delbrück, Münster am 20. Mai 1919, in: ebenda, Bl. 16-20).

14 Vgl. Christian Lüdtke: Hans Delbrück und Weimar. Für eine konservative Republik – gegen Kriegsschuldlüge und Dolchstoßlegende (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Band 99), Göttingen 2018, S. 186–201. Jagow schrieb zu den Verhandlungen, die neue deutsche Regierung habe zu wenig gegen das Aufkommen der Schuldfrage getan, sodass die Alliierten sie nun in Versailles aus machttaktischen Gründen konstruiert hätten. Er habe das lange kommen sehen und daher seine Memoiren geschrieben. Er forderte, den Friedensvertrag abzulehnen, denn: „Schlimmer kann es nicht kommen.“ Die Gerüchte über einen alliierten Einmarsch nach Deutschland seien nur ein „Bluff“ (Jagow an Delbrück, Münster ohne Datum [1919], in: SBB NL Delbrück, Briefe Jagow, Bl. 33 f).

Konkret bat er Jagow um eine Stellungnahme zu seiner Theorie, dass Deutschland Österreich-Ungarn im Konflikt mit Serbien zunächst angetrieben hätte, um echte Garantien von Serbien zu erhalten, und später, als diese dann vorlagen, „zum Entgegenkommen geraten" hätte. Diese Argumentation, so Delbrück, werde konterkariert durch Jagow selbst, der in seinem Buch „die Periode des Vorwärtstreibens nicht recht herausgeholt, sondern eher verdeckt" habe.[15] Jagow beeilte sich aus Münster zu antworten, dass die Delbrücksche Darstellung „vollständig richtig" sei und es in diesen zwei Phasen eine „gewisse Verschiedenheit unserer Taktik" aber keinen *„Widerspruch"* gegeben hätte. Er gab zu, diesen Aspekt in seinem Werk nicht klar genug herausgearbeitet zu haben.[16]

Von gewisser Relevanz in der öffentlichen Ausdeutung über die Verantwortlichkeit Berlins in der Julikrise erwies sich alsbald ein Telegramm des österreich-ungarischen Botschafters Szögyény. Dieser hatte seiner Zentrale am 27. Juli 1914 über ein Gespräch mit Jagow berichtet. Jagow und die deutsche Regierung erschienen in dieser Depesche in einem ungünstigen Licht, weil sie einen englischen Vermittlungsvorschlag offenbar vereiteln wollten.[17] In dem Schreiben an Delbrück vom 20. Mai 1919 gab Jagow auch zu, dass sie keinen guten Eindruck mache. Er könne sich allerdings nicht genau an das bezeichnete Gespräch erinnern und stellte Szögyény als „alt", „nervös" und „besorgt um seinen Posten" dar. „Gott weiß, was der gute alte Gf. Szögyeny [sic] zusammengebraut hat!", schrieb er.[18] Jagows Absicht schien offensichtlich: Er wollte zur eigenen Rechtfertigung die Glaubwürdigkeit des bereits verstorbenen österreich-ungarischen Diplomaten erschüttern. Allerdings ist es auch durchaus möglich, dass Jagows Beschreibung des in der Julikrise 72jährigen Szögyény zutreffend war. Denn diese Interpretation

15 Delbrück an Jagow, Grunewald am 17. Mai 1919, Konzept in: ebenda, Fasz. 119.7a.

16 Jagow an Delbrück, Münster am 20. Mai 1919, in: ebenda, Briefe Jagow, Bl. 16–20, Hervorhebungen ebenda. In dem Brief schrieb Jagow auch, diplomatische Erlasse würden „ad hominem gefaßt, sind nicht für die Öffentlichkeit geschrieben." Ganz ähnlich formulierte er am 11. April, bei einer Veröffentlichung der diplomatischen Akten würden sich sicher Unklarheiten betreffend die deutsche Politik finden, weil die Öffentlichkeit nicht die „Claviatur" kenne, auf der diplomatisch gespielt werde (Jagow an Delbrück, Klein-Oels in Schlesien am 11. April 1919, in: ebenda, Bl. 12f.). Diese Kommentare haben wieder rechtfertigenden Charakter.

17 Telegramm No. 307 von Szögyény an Berchthold, Berlin am 27. Juli 1914, Abschrift in: ebenda, Fasz. 27.

18 Und weiter: „Ich habe mich oft sorgend gefragt, was mag der alte Herr nun wohl nach Wien berichten?" (Jagow an Delbrück, Münster am 20. Mai 1919, in: ebenda, Briefe Jagow, Bl. 16–20). Einige Tage später bekräftigte er in einem weiteren Brief an Delbrück, er wisse keine andere Erklärung für die „sonderbare Depesche" (Jagow an Delbrück, Münster ohne Datum [Mai 1919], in: ebenda, Bl. 33f.).

hatte auch Bethmann Hollweg geliefert, und zwar unabhängig von Jagow.[19] Bereits in seinem kurz zuvor erschienenen Buch „Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges“ hatte Jagow hierzu Stellung genommen, da der Drahtbericht in Auszügen im „Journal des Débats“ veröffentlicht worden war und zu Diskussionen geführt hatte. Ein „Doppelspiel“ wies er von sich und schob die „Mißverständnisse“ in der Depesche auf die abnehmende „geistige Spannkraft“ des Grafen.[20]

Diese Jagowsche Deutung des Telegramms fand kurz darauf Eingang in Delbrücks ersten Entwurf für die Denkschrift der Viererkommission in Versailles.[21] Im Juni-Heft seiner „Preußischen Jahrbücher“ schließlich druckte Delbrück das Schriftstück vollständig ab. Er kommentierte den Vorgang, auch durch die Wiedergabe einiger Passagen des Jagowschen Briefs vom 20. Mai.[22] Dabei versuchte Delbrück nachzuweisen, dass die Jagowsche These von der Senilität Szögyénys sich mit anderen Hinweisen bestätigen lasse. Er wiederholte die Argumentation von Jagow, teilweise sogar in der Begriffswahl. Alles in allem sei die Viererkommission zu dem Schluss gekommen, dass Jagows Darstellung „glaubhaft“ sei. Die Delbrückschen Darlegungen waren in sich logisch. Aber er stützte sich nahezu ausschließlich auf die nachträglichen Rechtfertigungen des Hauptverantwortlichen Gottlieb von Jagow. Insofern stand Delbrück auf wackeligen Beinen, wenn er seinen Artikel mit den Worten schloss, es handele sich bei der Depesche um ein „verhängnisvolle[s] Mißverständnis“, aber „eine Verschuldung des deutschen Staatssekretärs“ sei „nicht nachgewiesen.“[23]

Dass ein wesentliches Motiv für Jagows publizistische Tätigkeit die Rechtfertigung seines eigenen Handelns war, deutet auch ein Notizzettel Delbrücks an, der sich auf einen Artikel Jagows in der Zeitschrift „Deutscher Offizier-Bund“ vom 15. August 1927 bezog: Darin habe Jagow behauptet, er habe bereits 1913 Moltke gewarnt, dass ein deutscher Einmarsch in Belgien „unzweifelhaft auch England“ in einen Krieg gegen Deutschland bringe, und daher eine Änderung des Kriegsplans „angeregt“. Eine solche habe der Generalstab allerdings nicht vorgenommen.[24] Diese Äußerung Ja-

19 Delbrück an Eduard David, Grunewald am 17. Mai 1919, Konzept in: ebenda, Fasz. 107.2.

20 Jagow, Ursachen und Ausbruch, S. 128f, Anm. 1.

21 16seitiger Entwurf Delbrücks für die Versailler Denkschrift, in: SBB NL Delbrück, Fasz. 27.

22 Jagow hatte Delbrück die öffentliche Verwertung erlaubt. Vgl. Jagow an Delbrück, Münster ohne Datum [Mai 1919], in: ebenda, Briefe Jagow, Bl. 33f.

23 Hans Delbrück: „Die Depesche Szögyenys [sic]“, in: PJb 176 (1919), S. 487–490.

24 Zettel mit Notizen Hans Delbrücks, ohne Datum [1927], in: SBB NL Delbrück, Fasz. 120.3. Diese Schilderung widerspricht auch Jagows Memoiren von 1919, in denen er sich

gows Jahre später sieht nach einer persönlichen Rechtfertigung aus, dass er angeblich frühzeitig vor einem Kriegseintritt Englands als Folge des deutschen Kriegsplans gewarnt hätte. Wenn diese Erzählung tatsächlich zutreffen sollte, stellte sich allerdings die Frage, wieso er als wichtigste Person der politischen Reichsleitung nach dem Kanzler nicht energischer gegenüber der militärischen Leitung auf den Primat der Politik gedrungen hatte. Sollte er die Gefahr 1913 wirklich so klar erkannt haben, trug er auch eine wesentliche Verantwortung dafür, nicht mit viel größerem Nachdruck auf eine Änderung des deutschen Kriegsplans gedrungen zu haben. Dies wäre jedenfalls der Beweis für die überaus starke Stellung des Militärs im Kaiserreich. Insofern war es widersprüchlich, als Jagow es in seinem Buch „England und der Kriegsausbruch" 1925 als „Fabel" bezeichnete, dass Edward Grey in seinen Memoiren von einem die deutsche Politik beherrschenden Militarismus schreibe.[25] Jagow warf hier Grey vor, die Julikrise sei für ihn „eine lockende Gelegenheit" gewesen, Deutschland, den „See- und Handelsrivalen", „niederzuwerfen" – „ein altes Axiom der britischen Politik".[26] In dieser Fixierung auf Englands Rolle beim Kriegsausbruch unterschied sich Jagow von Delbrück. Dieser machte in seinen Arbeiten zur Kriegsschuldfrage England immer die geringsten Vorwürfe und erklärte die Tendenzen antideutscher Politik des Empire stets mit der „wahnwitzigen Zirpitzschen [sic] Flottenpolitik",[27] wies also zuerst auf die fahrlässige eigene Politik. Für Delbrück war vor allem das Zarenreich mit der Verantwortlichkeit am Kriegsausbruch belastet.

---

vollkommen hinter die Logik des Schlieffen-Planes stellte (Jagow, Ursachen und Ausbruch, S. 156–163).

25 Jagow, England und der Kriegsausbruch, S. 26. Bezeichnend ist übrigens auch, dass Jagow sich ausgerechnet mit Greys Memoiren so intensiv auseinandersetzte. Entweder ging dies auf einen Impuls von Alfred von Wegerer, Leiter der ZEK, zurück oder es ist ein weiteres Indiz für Jagows persönliche Rechtfertigung.

26 Ebenda, S. 61f. Mit dieser Polemik widersprach er sich selbst: In seinen Memoiren 1919 hatte er noch betont, er sei nach wie vor davon überzeugt, dass ein Ausgleich mit England grundsätzlich möglich gewesen wäre, dass England nicht zwingend einen Krieg mit Deutschland gewollt hätte (Jagow, Ursachen und Ausbruch, S. 61f). Im Herbst 1921 spielte Jagow mit dem Gedanken, durch „geschickte" Artikel in der englischen Presse dort in Erinnerung an den Kampf gegen Napoleons Frankreich negative Gefühle gegen das heutige Frankreich zu schüren (Jagow an Delbrück, Zingst bei Nebra am 4. Oktober 1921, in: SBB NL Delbrück, Briefe Jagow, Bl. 27 f). Dies muss aus der Feder eines gelernten Diplomaten zumindest als eine abenteuerliche Taktik bezeichnet werden und mutet recht hilflos an.

27 Delbrück an Jagow, Grunewald am 10. Januar 1922, Konzept in: ebenda, Briefkonzepte Jagow, Bl. 3f.

In der Einschätzung, dass die russische allgemeine Mobilmachung am 31. Juli 1914 zwangsläufig den Weltkrieg ausgelöst habe, stimmte Jagow mit Delbrück überein. Allerdings findet sich diese Sichtweise in Jagows Briefen an Delbrück nur ein einziges Mal,[28] in seinen Büchern hingegen recht häufig.[29] Der Zusammenhang zwischen der allgemeinen Mobilmachung Russlands und dem danach folgenden Ausbruch des Weltkriegs war für die beiden insofern entscheidend, als mit deren Beginn die Zeit für den deutschen Kriegsplan lief. Dieser baute darauf auf, dass die Russen eine mehrwöchige Mobilmachungszeit, dann aber eine deutliche Überlegenheit an Soldaten im Feld stehen hätten. Der einzige Vorteil Deutschlands bestand nach Überzeugung des Militärs in der deutlich kürzeren Mobilmachungszeit. Um diesen Vorteil nicht aus der Hand zu geben, erschien es den Generälen zwingend, der russischen Mobilisierung die eigene entgegenzusetzen. Delbrück suchte im Laufe der Jahre immer energischer nachzuweisen, dass es einen regelrechten Vorsatz zum Krieg im Zarenreich gegeben hätte, um Deutschland mit der eigenen Mobilmachung zur Kriegserklärung zu zwingen. Noch viel drastischer allerdings äußerte sich Jagow: Dieser bezeichnete in seinen beiden Büchern den Weltkrieg seinem Ursprung nach als „Gegensatz der slawischen gegen die germanische Welt“,[30] schrieb, Deutschland habe „in der ihm aufgezwungenen Abwehr Rußlands Europa gerettet“,[31] und warnte vor einer Bedrohung „der germanischen Rasse in Mitteleuropa“ durch Russland.[32] Es sei im Weltkrieg „um den Kampf des autokratischen, imperialistischen Rußland gegen das konstitutionelle Deutschland, um die Abwehr der slawischen Flut, den Kampf der westlichen und östlichen Kultur“ gegangen.[33] Vom „Zusammenprall der germanischen u. slawischen Welt“[34] schrieb er in seinen Briefen an Hans Delbrück nur ein Mal. Interessanterweise äußerte sich Jagow auch hierzu in seinen öffentlichen Büchern erkennbar häufiger und aggressiver als in seinen privaten Briefen an Delbrück. Wenn man annimmt, dass persönlich getätigte Äuße-

28 Jagow an Delbrück, Münster am 20. Mai 1919, in: ebenda, Briefe Jagow, Bl. 16–20.

29 Jagow, Ursachen und Ausbruch, S. 110, 137, 143, 266; Ders., England und der Kriegsausbruch, S. 16, 25, 34f., 37. Ähnlich auch in: Ders.: „Germany‘s Support of Austria in July, 1914“, in: Current History, Dezember 1927, S. 393–395, in: SBB NL Delbrück, Fasz. 112.5.

30 Jagow, Ursachen und Ausbruch, S. 265, fast identisch auch S. 177.

31 Ebenda, S. 23.

32 Ebenda, S. 108.

33 Jagow, England und der Kriegsausbruch, S. 54.

34 Jagow an Delbrück, Thomaswalden am 22. April 1919, in: SBB NL Delbrück, Briefe Jagow, Bl. 14f.

rungen im Schutz der Privatheit näher an der tatsächlichen Meinung liegen als öffentliche Aussagen in einem Buch für die Nachwelt, dann legt dieser Umstand nahe, dass Jagow in Wahrheit gar nicht so russland- und slawenfeindlich dachte. Womöglich ging es ihm vielmehr darum, mit möglichst drastischen Worten die Kriegsschuld dem Zarenreich zuzuschieben und damit sich selbst zu entlasten.

Im Vergleich zwischen Jagows und Delbrücks Einsatz in den geschichtspolitischen Debatten der Weimarer Jahre lohnt ein Blick auf die Disputationen mit ausländischen Kriegsschuldforschern, von denen Delbrück mehrere führte. Jagow disputierte im Dezember-Heft der Zeitschrift „Current History" 1927 mit dem US-Historiker Bernadotte Schmitt. Jagow fokussierte sich in seinem Aufsatzteil auf die Frage, ob der genaue Inhalt des Wiener Ultimatums an Serbien der deutschen Regierung vorab bekannt gewesen sei oder nicht. Er schrieb, er selbst habe mehrfach von Österreich-Ungarn gefordert, vorab über die konkrete Formulierung in Kenntnis gesetzt zu werden. Erst am Vorabend der Überreichung aber sei er dann – und nur aufgrund seines Engagements – informiert worden, „too late to exert influence upon Vienna". Insofern seien die öffentlichen Aussagen, dass Deutschland von dem Ultimatum vor der Übergabe nichts genaues gewusst hätte, gemacht worden „in thorough good faith" und gedeckt von den Fakten: Die Frist für eine Einwirkung auf den Text des Ultimatums sei eben zu knapp gewesen, sodass de facto Deutschland nicht vor dessen Übergabe informiert worden sei. Wieder einmal wird deutlich, wie sehr es Jagow um eine persönliche Rechtfertigung seiner Rolle in der Julikrise ging. Im Übrigen, schrieb er, habe Deutschland in der Julikrise Wien anfangs möglichst freie Hand lassen und nicht in alle Details eingeweiht werden wollen, um nicht dadurch die volle Verantwortung zu übernehmen und später umso freier als Vermittler agieren zu können.[35]

Schmitt wies in seinem Aufsatzteil auf den entscheidenden Widerspruch in Jagows Argumentation hin: Einerseits hätte er auf Einsicht in das Ultimatum bestanden, bevor es final beschlossen würde, andererseits behaupte er, die deutsche Regierung hätte grundsätzlich nicht in Details der Wiener Politik eingeweiht werden wollen, um freie Hand für eine Vermittlerrolle zu behalten. Schmitt legte dar, dass Jagow zu Frankreich und England nach der Übergabe des Ultimatums an Serbien behauptet hätte, von dem Text überhaupt nichts gewusst zu haben, obwohl er nun zugegeben hatte, bereits am Vortag informiert worden zu sein. Schmitt schrieb weiter, Deutschland habe

35 Gottlieb von Jagow: „Germany's Support of Austria in July, 1914", in: Current History, Dezember 1927, S. 393–395, in: ebenda, Fasz. 112.5

eine scharfe Aktion der Donaumonarchie gegen Serbien begrüßt und unterstützt. Mit dieser Politik vertrage sich nicht Jagows Behauptung, Berlin habe eine Vermittlerrolle einnehmen wollen.[36]

Über diese Disputation entspann sich ein längerer Briefwechsel Jagows mit Delbrück: Nach einem Hinweis von Alfred von Wegerer meldete sich Jagow im Januar 1928 bei Delbrück. Wegerer war Leiter der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen, eine vom Auswärtigen Amt gesteuerte Einrichtung, die nach außen unabhängig auftrat und die Kriegsschuldfrage wissenschaftlich aufarbeiten sollte. Dies ist ein Hinweis darauf, dass der ehemalige Staatssekretär womöglich in engerer Bindung an die offiziöse Kriegsunschuldspropaganda stand.[37] Gegenüber Delbrück behauptete Jagow nun ganz vertraulich, er hätte gar nicht die Absicht gehabt, eine öffentliche Diskussion mit Schmitt in der „Current History" zu führen. Es handele sich vielmehr um Aufzeichnungen, die er auf Anregung von Barnes für ein Buch von Fay erstellt habe. Harry Elmer Barnes und Sidney Bradshaw Fay waren ebenfalls amerikanische Historiker, die sich in der Kriegsschuldfrage engagierten. Barnes unterhielt dabei sogar enge Verbindungen zur ZEK. Alle drei, Barnes, Fay und Schmitt, hatten über diese Arbeiten auch Kontakt mit Delbrück in jenen Jahren. Jagow behauptete nun, dass vermutlich Fay seine Zeilen an die „Current History" gegeben habe. Er sei allerdings mit der Veröffentlichung einverstanden, nur werde er auf Schmitts Replik nicht eingehen: „Es wäre für mich nur ein Streit um Kaisers Bart."[38]

Wie glaubwürdig diese Behauptung ist, lässt sich schwer sagen. Ein Missverständnis ist in der Tat nicht auszuschließen. Merkwürdig allerdings ist die Gelassenheit, mit der Jagow auf die Veröffentlichung seines an sich überhaupt nicht für diesen Zweck erstellten Textes reagierte, und die Hartnäckigkeit, mit der er diesen in der Folge gegenüber Delbrück rechtfertigte: Delbrück schrieb Jagow sehr eindringlich, er habe in seinem Text „etwas zu viel concediert": Es sei der „entscheidende Punkt", dass man in Berlin das Ultimatum nicht genau „kennen wollt[e] und nicht kennen durft[e], um nicht verantwortlich zu sein und völlig ungebunden die Vermittlung übernehmen zu können". Delbrück spielte damit auf denselben Punkt an wie Schmitt: Jagow hatte durch sein ausdrückliches Beteuern, er habe gegenüber Wien immer wieder darauf gedrängt, in den Inhalt des Ultimatums eingeweiht zu

36 Bernadotte Everly Schmitt: „An American Historian's Criticism", in: Current History, Dezember 1927, S. 395–398, in: ebenda.

37 Siehe hierzu auch den Beitrag von *Reinhold Zilch* in diesem Band.

38 Jagow an Delbrück, Zingst bei Nebra am 3. Januar 1928, in: SBB NL Delbrück, Briefe Jagow, Bl. 29f., Hervorhebung im Original.

werden, diese generelle Argumentation des Nichts-Wissens und Nicht-Verantwortlich-Seins desavouiert. Delbrück schrieb dazu: „Mir scheint, die Natur der Dinge zwingt uns, anzunehmen, dass das auch damals Ihre Auffasung [sic] gewesen ist."[39] Diese Aussage von Delbrück ist einigermaßen erschreckend und ziemlich einzigartig. An keiner anderen Stelle ist überliefert, dass er die Wahrheit beugen wollte für seine politischen Absichten. Im Gegenteil, ihn trieb durchgehend die Suche nach der objektiven Wahrheit an. Insofern lässt sich dieser Satz nur damit erklären, dass Jagow mit seinen Äußerungen die Axt an Delbrücks bisher erarbeitete und auch international erkämpfte Theorie zur Julikrise gelegt hatte. Jagow jedoch beharrte bemerkenswerterweise in seiner Antwort auf seinen Ausführungen: Delbrück habe „rein logisch" vollkommen recht: „Aber die Politik kann sich in praxi doch nicht immer an die strenge Logik halten." Die deutsche Regierung habe Wien seine Politik selbstständig machen lassen wollen, sie vor der Umsetzung aber habe *„kennen"* wollen, um sie nötigenfalls „unter der Hand" „etwas umbiegen zu können", wenn sie sonst in die Gefahr einer „Conflagration" gelaufen wäre.[40] Jagow gab damit ungewollt zu, in der Julikrise tatsächlich mit der Gefahr einer „Conflagration", einer Eskalation in einen Weltkrieg jongliert zu haben. Allein das ist eine frappierende Aussage. Außerdem ließ er sich von Delbrücks Dialektik nicht beeinflussen, sondern blieb streng bei seiner Darstellung, obwohl er sich mit dieser selbst schwer belastete. Erst später konzedierte Jagow, dass es ihm schwerfalle, sich nach 14 Jahren an die Details zu erinnern.[41] Dies war mithin der letzte Briefwechsel und Kontakt zwischen Gottlieb von Jagow und Hans Delbrück bis zu dessen Tod im Sommer 1929.

Als Ergebnis bleibt festzuhalten, dass das Engagement von Jagow in der Kriegsschuldfrage vorwiegend auf persönliche Motive zurückzuführen war, nämlich die (vielleicht unbewusste) Rechtfertigung seines eigenen Handelns. Dies fällt im Vergleich zu Delbrück auf, der vielmehr dem Rankeschen Diktum folgte, festzustellen, „wie es wirklich gewesen ist". Eine objektive

39 Delbrück an Jagow, Grunewald am 9. Januar 1928, in: ebenda, Briefkonzepte Jagow, Bl. 5. Diesen Brief hatte Delbrück auch Wegerer zur Kenntnisnahme gesandt (vgl. den entsprechenden handschriftlichen Vermerk Delbrücks auf dem Konzept).

40 Jagow an Delbrück, Berlin ohne Datum [Januar–Februar 1928], in: ebenda, Briefe Jagow, Bl. 31, Hervorhebung im Original. Diese Linie hatte Jagow bereits neun Jahre zuvor in seinen Memoiren skizziert (Jagow, Ursachen und Ausbruch, S. 112). Er blieb also im Laufe der Jahre bei seiner Deutung.

41 Jagow an Delbrück, Berlin am 6. März [fälschlich datiert vom 6. Februar] 1928, in: SBB NL Delbrück, Briefe Jagow, Bl. 32.

Wahrheit kann es zwar in der Geschichte nicht geben, dieser vernunftgeleitete Zugang jedoch schützt in der Regel vor falschen Schlüssen und einseitiger Quellenauswahl. Jagow hat sich weitgehend auf Einzelfragen konzentriert, wie die Einbindung der deutschen Regierung bei der Formulierung des Ultimatums an Serbien oder die Behandlung englischer Vermittlungsvorschläge. Dies waren mithin Vorgänge, bei denen ihn selbst 1914 entscheidende Verantwortung traf. Delbrück nahm stets sowohl einzelne Fragen, als auch die größeren Zusammenhänge in den Blick – was ihm sicher auch leichter fiel, da er kein öffentliches Amt innegehabt hatte. Dieser Unterschied bei der Kriegsschuldforschung ist womöglich die Erklärung dafür, dass es zwischen Jagow und Delbrück zwar eine Reihe von Kontakten gab, sie jedoch nicht eng abgestimmt gemeinschaftlich agierten, wie es Delbrück etwa mit Max Montgelas oder Friedrich Thimme tat. Erstaunlich allerdings bleibt, dass keine klaren Einschätzungen Delbrücks über Jagow überliefert sind. Es ist insofern nicht zu klären, wie er ihn privatim bewertete. Auch eine Besprechung der Jagowschen Erinnerungen existiert nicht.

Auffällig ist auch, dass es während Jagows Amtszeit fast gar keinen Kontakt zwischen Jagow und Delbrück gab, obwohl beide für eine Verständigung im Krieg arbeiteten. Jagow kritisierte in seinen Äußerungen nach dem Krieg öffentlich auch kaum die alldeutsche Bewegung, obwohl er mit ihr so wenig sympathisierte wie Delbrück. In einem Brief im Frühjahr 1919 an Delbrück wurde er viel deutlicher: Ihn „quäl[e]“ am meisten, dass Deutschland den Krieg hätte gewinnen können, wenn man nicht „Fehler auf Fehler gemacht u. nicht in einer falschen Kriegspsychose America [sic] als Feind gegen uns heraufbeschworen hätt[e]!“[42] In seinem zeitgleich erschienenen Buch hingegen hatte er eine Variante der Dolchstoßlegende propagiert:

> „Der Übermacht der Feinde und der Länge des Krieges sind wir unterlegen, besiegt sind unsere tapferen Heere nicht. Nach der Waffenstillstandsbitte und durch die Revolution sind sie innerlich zusammengebrochen.“[43]

Ein deutlicherer Unterschied zu Delbrück ist hier kaum denkbar.

Vermisst man den Einfluss von Jagow auf Delbrück als einem wichtigen Akteur in der Kriegsschuldfrage der Weimarer Republik, ergibt sich nur eine punktuelle Bedeutung. Bei der Deutung der Telegramme von Szögyény übernahm Delbrück die Jagowsche Bewertung von der Senilität des alten Botschafters, sodass dessen Nachrichten relativiert wurden. Umgekehrt lässt sich kaum eine Einflussnahme Delbrücks auf Jagow nachweisen. In dem

42 Jagow an Delbrück, Thomaswalden am 22. April 1919, in: ebenda, Bl. 14f.
43 Jagow, Ursachen und Ausbruch, S. 219.

einen relevanten Vorgang, der Kenntnisnahme des Wiener Ultimatums an Serbien vor der Übergabe in Berlin, blieb Jagow hartnäckig bei seiner Deutung. Als Akteur in der Kriegsschulddebatte der 20er Jahre trat Jagow auffällig bescheiden und selbstkritisch auf hinsichtlich seiner schriftstellerischen Fähigkeiten. Ungeachtet dessen, dass dies nicht ganz unberechtigt war – auch eine Erklärung dafür, dass seine Beiträge in der Öffentlichkeit keine übermäßige Aufmerksamkeit erzielten –, lässt sich diese Haltung auch als Rechtfertigung deuten. Wenn er in seinen Memoiren formulierte, er sei 1913 „nur ungern" Staatssekretär geworden, auch, weil er sich seiner eigenen Unzulänglichkeiten bewusst gewesen sei,[44] dann diente das auch der Entlastung seiner Arbeit im Amt.

44 Ebenda, S. 57.

Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin *142 (2020), 117–127*

Martin Kröger

Die archivische Überlieferung zur Kriegsschuldfrage im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts[1]

Schuldreferat ist ein sonderbarer Begriff. Würde ich heute im Auswärtigen Amt einen jungen Konsulatssekretär oder auch eine langgediente Diplomatin danach fragen, dürften wohl beide davon noch nie gehört haben. Vielleicht würden sie einen Versprecher annehmen und ans Schulreferat der Kulturabteilung denken, oder sie fragen noch einmal nach, ob denn Schulden gemeint seien, und ob ich mir einen Scherz auf Kosten des Haushaltsreferats erlaube. Das hat selbstverständlich damit zu tun, dass uns trotz des Gedenkmarathons der letzten Jahre der Erste Weltkrieg und seine Folgen sehr fern geblieben sind. Die Kriegsschulddiskussion der Zwischenkriegszeit ist von der Kriegsschuldgewissheit der zweiten Nachkriegszeit überlagert und deshalb vergessen worden.

Ein anderer Grund, dass nur Expertinnen und Experten von der Existenz des Schuldreferats wissen, ist, dass dasselbe schon während seines Bestehens nicht wirklich vielen Personen bekannt war. Imanuel Geiss hat die „Existenz und Wirksamkeit des Schuldreferats als eines der bestgehüteten Staatsgeheimnisse der Weimarer Republik“ bezeichnet.[2] Tatsächlich wurde es nicht ein einziges Mal in den Debatten des Reichstags erwähnt; der Haushaltsplan für das Auswärtigen Amt wies diese Arbeitseinheit trotz hoher Ausgaben niemals aus; der Eintrag zum Referatsleiter im „Wer ist’s“, dem deutschen „Who’s who“, verschwieg dessen Tätigkeitsfeld; der zeitgenössische Brockhaus brachte zwar einen umfangreichen Beitrag zur Kriegsschuld und Kriegsschulddiskussion mit dem Hinweis auf zahlreiche Werke zum Thema, jedoch

1 Der Text ist ein um Anmerkungen ergänzter Vortrag; einzelne Gedanken daraus habe ich bereits ausgeführt in Martin Kröger: Zur Gründung des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts nach dem Ersten Weltkrieg, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 56 (2008), S. 1024–1034, sowie in Martin Kröger: Krieg – Edition – Archiv: Der Erste Weltkrieg und das Politische Archiv des Auswärtigen Amts. In: Rainer Hering, Robert Kretzschmar, Wolfgang Zimmermann (Hg.): Erinnern an den Ersten Weltkrieg. Archivische Überlieferungsbildung und Sammlungsaktivitäten in der Weimarer Republik. Stuttgart 2015, S. 75–90.

2 Imanuel Geiss: Die manipulierte Kriegsschuldfrage, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 2 (1983), S. 31–60, Zitat S. 31.

alles ohne das Schuldreferat (oder auch nur das Auswärtige Amt) zu erwähnen. Trotzdem wird man nicht davon ausgehen dürfen, dass das Schuldreferat völlig im Klandestinen arbeitete, denn erstens waren inner- und außerhalb des Auswärtigen Amts sehr viele Menschen daran beteiligt, und zweitens stützte es sich in seiner Arbeit auf den breitesten denkbaren gesellschaftlichen und politischen Konsens. Dieser bestand in der Vorstellung, den Vorwurf einer alleinigen Kriegsschuld abwehren zu müssen. Es dürfte weitgehende Einigkeit darüber bestanden haben, dass dies zu den originären Kernaufgaben des Auswärtigen Amts gehörte. Wäre folglich das Schuldreferat bekannter gewesen, hätte niemand in Deutschland daran etwas Anstößiges gefunden. Auch heute wird man nicht behaupten wollen, dass alle Verästelungen des Auswärtigen Amts in der Öffentlichkeit (oder auch nur den Abgeordneten des Bundestages und den Journalisten der Hauptstadtpresse) bekannt wären. Es ist ebenso fraglich, ob je eine Geschichte des Koordinierungsstabs für Cyber-Außenpolitik oder des Koordinators für die deutsch-polnische zwischengesellschaftliche und grenznahe Zusammenarbeit geschrieben wird. Und trotzdem wird niemand annehmen, es sei nicht richtig, dass sich diese Themen im Organigramm des Auswärtigen Amts abbilden. Selbst wenn also zu seiner Zeit das Schuldreferat dem Namen nach unbekannt blieb, so war doch allgemein klar, dass die Reichsregierung in Gestalt des Auswärtigen Amts hinter den zahlreichen geschichtswissenschaftlichen Editionen, Übersetzungen, Zeitschriften, Vereinen und Publikationen steckte. Meist war es in schon aus der Titelei ersichtlich. Man darf rückschauend ganz sicher fragen, ob das der historischen Forschung und der politischen Kultur zuträglich war[3], die Niederlage verdrängen[4] oder die Kriegsschuldfrage manipulieren[5] sollte. Heute werden die kooperativen Möglichkeiten besonders herausgestellt, die der Versailler Vertrag einer friedlichen Entwicklung in Europa eröffnete.[6] Jedoch wird man nicht behaupten wollen, der Artikel 231 sei im Deutschland der 1920er-Jahre einfach nur missverstanden worden. Die These, dass dieser als Partnerschaftsangebot der Sieger des Weltkriegs gemeint gewesen wäre, hätte damals sicher nicht leicht Befürworter gefunden. Mithin wird man die Existenz des Schuldreferats zunächst aus der Zeit heraus erklären und seine Aufgaben entsprechend beurteilen müssen.

---

3 Wolfgang Jäger: Historische Forschung und politische Kultur in Deutschland. Die Debatte 1914–1980 über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Göttingen 1984.

4 Ulrich Heinemann: Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik. Göttingen 1983.

5 Geiss (wie Anm. 1).

6 Zum Beispiel Eckart Conze: Die große Illusion. Versailles 1919 und die Neuordnung der Welt. München 2018, S. 378.

Der Weltkrieg war noch nicht zu Ende, wohl aber das Zarenreich zerfallen, da rechnete der Personalreferent im Auswärtigen Amt schon „mit vielen neuzuschaffenden diplomatischen Posten, mit denen allerlei phantastische, neuentstehende Staaten zu beschicken sein werden".[7] Der veränderte politische Kontext, in dem fortan deutsche Außenpolitik stattfinden würde, zwang die Akteure nicht nur zu einer Wandlung ihrer außenpolitischen Konzepte, sondern auch zu einer Reorganisation des gesamten diplomatischen Instrumentariums.[8] Weil man nicht einfach fortfahren konnte, wo die Diplomatie 1914 geendet hatte, musste sich auch organisatorisch etwas ändern. Dabei wurde die geänderte politische Geographie aufgenommen und die Behörde nach regionalen Merkmalen umstrukturiert. Das Hauptziel war es, politische, handels- und wirtschaftspolitische sowie rechtliche und kulturelle Beziehungen zu fremden Staaten nicht mehr getrennt in verschiedenen Sachabteilungen, sondern an einer einzigen Stelle, dem für ein Land oder eine Ländergruppe jeweils zuständigen Referat in neugeschaffenen Regionalabteilungen einheitlich zu bearbeiten und wirtschaftliche Fragen insgesamt stärker als früher zu berücksichtigen.[9] Das regionale Ordnungsprinzip veränderte die Organisation des Auswärtigen Amts zwar grundlegend, der Versailler Vertrag zwang jedoch dazu, für einige Themenfelder Querschnittsreferate zu bilden, so für die Reparationen, die Militärkontrolle und Abrüstung, den Warenaustausch, die Flussschifffahrt, für die Abstimmungs- und die besetzten Gebiete, die Kontakte zum Völkerbund und eben auch für die Frage der Kriegsschuld, von der sich die zahlreichen Einzelbestimmungen des Vertrags doch erst ableiteten. So war das Schuldreferat im Organisationsgefüge des Auswärtigen Amts keineswegs ein Fremdkörper.

Um die historische Einordnung des Krieges hatte man sich im Auswärtigen Amt bereits früh Sorgen gemacht. Seit den ersten Augusttagen 1914 wurde an einer „Sammlung von Schriftstücken zur Vorgeschichte des Krieges" – so lautete der Aktentitel[10] – gearbeitet. Die Absichten, die sich mit der Zusammenstellung verbanden, hatte Staatssekretär Gottlieb von Jagow vorgegeben:

> „Es wird sich für den bevorstehenden Kampf der Meinungen die Verbreitung einer umfassenden Publikation über die Vorgeschichte des Krieges empfehlen.

7 Wedel an Neurath 8.7.1918: Politisches Archiv des Auswärtigen Amts (PA AA), Personalakte 10613 (Neurath), pag. 67.

8 Kurt Doß: Das deutsche Auswärtige Amt im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Die Schülersche Reform. Düsseldorf 1977.

9 Zur Organisationsstruktur des Auswärtigen Amts cf. Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes, Bd. 1, Paderborn 2000, S. XXIff.

10 PA AA, R 20282–R 20309.

Die Publikation müsste dazu bestimmt sein, die Stellung der Diplomatie der öffentlichen Meinung und den Militärs gegenüber zu stärken."[11]

Das klingt noch sehr nach einem klassischen Farbbuch mit propagandistischer Absicht. Jagow dachte aber offenbar schon weiter. Er gab als „Leitidee" für die in Aussicht genommene Dokumentensammlung vor: „Der Ring der Ententepolitik hat sich immer enger um uns zusammengezogen."[12] Um hierfür den Nachweis zu führen, dachte der Staatssekretär daran, die Darstellung mindestens 1905 beginnen zu lassen. Er bat, „das für eine derartige größere Veröffentlichung geeignete Material vorläufig zusammenstellen zu lassen, so dass wir im Bedarfsfalle in wenigen Tagen publizieren können".[13]

Zunächst sammelten die Beamten alles was sich konkret auf den Kriegsbeginn in Belgien bezog. Die missachtete belgische Neutralität machte offenbar die größten propagandistischen Probleme: „Für die Deutschen war es schwieriger, dies als Verteidigungsfall darzustellen, hatte ihre Armee damit doch offensichtlich gegen das Völkerrecht verstoßen."[14] Doch der Charakter der Sammlung wandelte sich rasch. Statt im Sinne Jagows eigene Stücke aus dem diplomatischen Schriftgut der Vorkriegszeit zusammenzustellen, erfassten sie fortan alles, was national und international zur Frage der Schuld am Ausbruch des Weltkrieges publiziert wurde. Was ursprünglich eine aktive Propaganda stützen sollte, wurde schnell ein passives Sammeln und internes Kommentieren neutraler, feindlicher oder pazifistischer Publikationen, aber auch dem Auswärtigen Amt zugetragener interner Dokumente russischer Provenienz oder erbeuteter Aktenstücke aus Belgien.

Nach dem Krieg machte man hier weiter.

Um die deutsche Friedensdelegation mit dem nötigen dokumentarischen Material versorgen zu können, arbeitete seit dem 26. März 1919[15] ein Sonderbüro unter Leitung von Bernhard Wilhelm von Bülow an der Aufarbeitung der Julikrise. Lange bevor er Karriere als Staatssekretär machte, war Bülow also der erste Spezialist des Auswärtigen Amts für die Materie der Kriegsschuld.[16] In einem Brief aus Versailles, aus dem ein längeres Zitat gerechtfertigt ist, schilderte er die Aufgabe jenes Büros, und was seiner Meinung nach zukünftig daraus erwachsen müsse.

---

11 Jagow an Zimmermann 31.8.1914: PA AA, R 20282, pag. 38.
12 Ebd.
13 Ebd., pag. 40.
14 Annika Mombauer: Julikrise und Kriegsschuld – Thesen und Stand der Forschung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 64 (2014), Heft 16/17, S. 10–16, Zitat S. 10.
15 Verfügung v. 25.3.1919: PA AA, R 138916.
16 Annette Schmidt-Klügmann: Bernhard Wilhelm von Bülow (1885–1936). Eine politische Biographie. Paderborn 2019.

> „Auf Grund meiner Erfahrungen als ‚Amtsarchivar' und Vater aller ‚Enthüllungen' lege ich [...] grosses Gewicht darauf, dass die [...] Sache einmal gründlich durchgeführt wird, [...]. Diese Angelegenheit darf nicht, wie so manches im Amt, auf halbem Wege aufgegeben werden. [...] Solange wir leben, wird man sich um die ‚Schuldfrage' streiten. Für uns muss Russland – das zaristische wohlverstanden – der Sündenbock bleiben. Jedes Land lässt sich aber mit Erfolg nur auf Grund seiner eigenen Akten belasten. Ich mache mich anheischig aus den Akten eines jeden Landes schlüssig zu ‚beweisen', dass dies, und nur dieses, am Kriege bezw. an was Sie wollen Schuld sei!"[17]

Bülow selbst publizierte in den nächsten Jahren eine ganze Anzahl von Büchern und Aufsätzen zum Themenkreis Kriegsausbruch, Kriegsschuld und Friedensverhandlungen.[18] Aus seinem geschichtskonstruktiven Ansatz entwickelte sich eine groß angelegte Propagandamaschine, deren Schmiermittel über viele Jahre Gelder aus dem Etat des Auswärtigen Amts waren und deren Schaltzentrale das Schuldreferat wurde.

Mit den Vorbereitungen der neuen Arbeitseinheit wurde der Diplomat Hans Freytag[19] betraut, der im Dezember 1919 den Abschluss der Arbeiten des Spezialbüros meldete[20] und der Amtsleitung die Frage nach der weiteren institutionellen Ausgestaltung von Schuldreferat und Archiv zur Entscheidung vorlegte. Das Schuldreferat, so Freytag, sei mit der Aufgabe eingerichtet worden,

> „das Material zur Frage über die Verantwortlichkeit am Kriege zu bearbeiten, Denkschriften und Weißbücher zusammenzustellen, in dieses Gebiet fallende Propaganda-Schriften vorzubereiten und schließlich alles für die Friedensverhandlungen Notwendige aus den Akten zu sammeln."

Er bezeichnete die Arbeiten des Spezialbüros als Grundstock eines Archivs des Auswärtigen Amts.[21]

Schon am Beginn der Kampagne gegen die Kriegsschuldlüge zeigte sich, dass der gesteuerte Zugang zu Unterlagen des Auswärtigen Amts ein probates propagandistisches Mittel sein würde. Fortan blieben das Archiv und das Schuldreferat aneinander gekettet, auch wenn sie zwei verschiedenen Abteilungen des Auswärtigen Amts zugeordnet waren. Das kann man auch an den vielen seit 1920 im Politischen Archiv selbst entstandenen Akten ablesen, die einen Bezug zur Kriegsschuldfrage und zum Schuldreferat haben.

---

17 Bülow an Köpke 31.5.1919: PA AA, R 138916.
18 Biographisches Handbuch (wie Anm. 9), S. 328.
19 Ebd., Bd. 1, S. 609: seit dem 29. April 1919 war Freytag für die Bearbeitung der Kriegsschuldfrage zuständig.
20 Aufzeichnung Freytags v. 2.12.1919 (A 31014): R 138916.
21 Aufzeichnung Freytags v. 2.12.1919 (A 31015): ebd.

Folgerichtig wurde das Schuldreferat, als man es im Februar 1937 auflöste, in Historisches Referat umbenannt und mit dem Politischen Archiv in der Personal- und Verwaltungsabteilung zusammengelegt. Zu diesem Zeitpunkt hatten die beiden Referate bereits seit Mai 1935 unter gemeinsamer Leitung gestanden. Die Altakten des Schuldreferats kamen in das Archiv,[22] wurden 1943 mit anderen archivierten Beständen aus dem bombengefährdeten Berlin ausgelagert[23] und nach dem Zweiten Weltkrieg von den Alliierten in Gewahrsam genommen.[24] Seit der Rückgabe der Akten des Auswärtigen Amts an die Bundesrepublik befinden sich die Akten des Schuldreferats im Politischen Archiv. Es handelt sich heute um 609 Archiveinheiten des Bestands RZ 210, der durch ein vorzügliches Findbuch erschlossen ist. Die Kriegsverluste sind vergleichsweise gering, lediglich die 1943 mitausgelagerten zeitgenössischen Registraturhilfsmittel, also Eingangsjournale, Namenverzeichnisse, Sachregister, Behördenindices usw., sind nur noch in sehr geringer Zahl überliefert.

Was können Sie nun als interessierte Forscherin und interessierter Forscher in diesem Bestand erwarten?

> „Das Schuldreferat betrieb die Herausgabe und Verbreitung der deutschen Akteneditionen und die Herausgabe deutscher Ausgaben fremder Akteneditionen. Es förderte und finanzierte die Verbreitung von Monographien und Periodika zur Kriegsschuldfrage im Sinne des deutschen Standpunktes. Es beobachtete das Erscheinen von Veröffentlichungen des In- und Auslandes, die dem deutschen Standpunkt zuwiderliefen und organisierte Abwehrmaßnahmen. Neben der Frage der Schuld am Kriegsausbruch befasste sich das Schuldreferat auch mit der Frage der ‚Schuld im Kriege', also der tatsächlich geschehenen oder der von der Kriegspropaganda beider Seiten nur behaupteten Kriegsverbrechen, insbesondere in Belgien.
>
> Bald nach dem Versailler Friedensschluss hatten sich in Deutschland zahlreiche private Vereinigungen zur Bekämpfung der ‚Kriegsschuldlüge' gebildet, deren Vorgehensweise und deren Publikationen jedoch teilweise der Regierungspolitik innen- und außenpolitische Schwierigkeiten bereiteten. Das Schuldreferat bemühte sich, diese Gruppierungen und ihre Publikationen in dem de facto unter seiner Aufsicht stehenden ‚Arbeitsausschuss deutscher Verbände' und der ‚Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen' zu bündeln und zu kontrollieren."[25]

22 Cf. hierzu Dokumente in PA AA, R 26688.

23 Cf. Aktenverzeichnis in PA AA, R 269175; zur Auslagerung cf. Martin Kröger, Roland Thimme: Das Politische Archiv des Auswärtigen Amts im Zweiten Weltkrieg. Sicherung, Flucht, Verlust, Rückführung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 47 (1999), S. 243–264.

24 Aktenvermerk Paul Kluke v. 7.1.1948: PA AA, R 26697.

25 PA AA, Findbuch RZ 210, Vorbemerkung.

Zu allen hier nur grob umrissenen Sachverhalten werden im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts Unterlagen verwahrt.

Die Registratur des Schuldreferats orientierte sich in den 1920er Jahren an häufig veränderten Aktenplänen in der Ordnung römischer Zahlen. Dabei sind im Laufe der Zeit identische Aktenzeichen für verschiedene oder unterschiedlich zusammengefasste Inhalte verwendet worden. Erst ab 1931 galt ein Aktenplan mit eindeutigeren Aktenzeichen. Das macht heute die Orientierung in den Akten nicht leichter. Um dennoch dem Bestand eine gewisse Ordnung zu geben und den Nutzern eine bessere Orientierung zu bieten, ist versucht worden, zusammenfassende Aktengruppen (Klassifikationen) zu bilden. Einige möchte ich im Einzelnen vorstellen und jeweils ein markantes Beispiel aus den Akten geben.

Den Anfang bilden die Handakten der Referatsleiter, zunächst also die von Bülows, darunter Aufzeichnungen deutscher Generalstabsoffiziere über die Kriegsursachen und den Kriegsausbruch – von besonderem Interesse vielleicht die Einlassungen des Oberstleutnant Walter Nicolai. Der Chef des Nachrichtendienstes überrascht hier mit einer klaren Aussage zum präventiven Einmarsch deutscher Truppen nach Belgien: Der Einmarsch französischer Truppen vor den deutschen sei zwar mehrfach behauptet, aber niemals bewiesen worden.

> „Es sind noch während der Besetzung Nordfrankreichs im gesamten französisch-belgischen Grenzgebiet, besonders in den französischen Grenzgarnisonen Ermittlungen angestellt worden. Ein Beweis ließ sich nicht erbringen.“[26]

In dieser Aktengruppe finden sich zahlreiche Materialsammlungen, Aktenexzerpte und Fundstellennachweise, die den Mitarbeitern des Referats die Arbeit erleichterten, so z.B. eine Zugangshilfe zu den archivierten Unterlagen über die Sabotage des Marineoffiziers Franz von Rintelen in den USA im Jahr 1915,[27] die ein heutiger Archivar auch nicht besser machen könnte.

Die Geschäftsgangsakten klären über Personal- und Kassensachen auf, also auch über die Subventionierung etwa der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen, die der Verschleierung der eigentlichen Urheberschaft der Kriegsschuldpropaganda im Auswärtigen Amt diente, oder die verdeckte Finanzierung der französischen Zeitschrift „Evolution“. Wenn schon der Reichshaushalt keine Zahlen auswirft, ließe sich hier leicht ein Eindruck von der Größenordnung der eingesetzten Mittel gewinnen.

---

26 Undatierte Aufzeichnung Nicolai, in PA AA, R 26313.
27 PA AA, R 26317.

Unter der Rubrik „Andere Bearbeiter und Organisationen“ finden wir beispielsweise eine Denkschrift des Historikers Peter Rassow über die „Behandlung der Kriegsschuldfrage unter politischen Gesichtspunkten“.[28] Eigentlich ein Mediävist, war er doch Schreibhelfer bei den Kriegserinnerungen Bethmann Hollwegs gewesen[29] und vermutlich deshalb zu solch einem Memorandum befähigt. Hier ist auch eine Liste überliefert von Universitätsprofessoren – zumeist Historikern –, die das Schuldreferat für geeignete Bearbeiter von Beiträgen zur Kriegsschuldfrage hielt.[30] Wer damals einen Namen in der Zunft hatte, stand auch auf dieser Übersicht. Wenn man also heute Beispiele für den Charakter der Geschichte als Legitimationswissenschaft oder Sinnstiftungsinstanz benötigte, würde man hier fündig werden.

Die Klassifikation „Veröffentlichungen“ kommt in den Akten des Schuldreferats mehrfach vor. Hier finden sich in übergroßer Zahl in die Akten eingeheftete Druckwerke. Vom Erfolg ihrer Agitation mögen die Mitarbeiter des Auswärtigen Amts überzeugt gewesen sein, trotzdem lässt sich der Erfolg von Propaganda – zumal in der Rückschau – kaum wirklich ermessen. Insofern sind die gedruckten Erzeugnisse, die wir in den Akten finden, der wichtigste, ja der einzige greifbare Arbeitsnachweis des Schuldreferats. Vieles davon ist heute in Bibliotheken nur schwer beschaffbare „graue Literatur“.

Ich will das Problem des Erfolgs von Propaganda an drei Beispielen befragen und diskutieren. In der Aktengruppe „Propaganda- und Aufklärungsschriften im Ausland“ wird u.a. die Ausgabe der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 15. Juli 1922 überliefert.[31] Darin wird ein „offener Brief“ Gottlieb von Jagows an den ehemaligen französischen Ministerpräsidenten abgedruckt. Anlass war Vivianis Darstellung des Kriegsausbruchs in einer Parlamentsrede. Warum ist dieser Zeitungsausschnitt in den Akten? War das Schuldreferat an der Abfassung in irgendeiner Weise beteiligt? Benötigte ein ehemaliger Staatssekretär überhaupt solche Hilfe oder gar Einflüsterung? Ließen sich französische Regierungsvertreter oder Abgeordnete und die internationale Öffentlichkeit von so etwas beeindrucken? Sollte der Brief Jagows vielleicht viel mehr nach innen, denn nach außen wirken? Und wenn das die Motivation war, woran ließe sich das in den Akten nachweisen? Wie der Erfolg oder Misserfolg einer solchen Einzelaktion?

---

28 PA AA, R 26340.
29 Theobald von Bethmann Hollweg: Betrachtungen zum Weltkriege hrsg. v. Jost Dülffer. Essen 1989, S. 21–23.
30 PA AA, R 26341.
31 PA AA, R 26576.

Ein anderes Beispiel. Anton Jux, ein Lehrer aus Bergisch Gladbach, wurde 1929 von der Universität zu Köln mit einer pressegeschichtlichen Arbeit promoviert. Sein Doktorvater Martin Spahn war zugleich Abgeordneter im Reichstag und verfügte über Kontakte ins Auswärtige Amt, die dem jungen Historiker 1.000 Mark Druckkostenzuschuss erwirkten. Das Amt erhielt dafür 150 Exemplare des Buches über die „Kriegsschrecken des Frühjahrs 1914 in der europäischen Presse", die es (je zwei Exemplare) an seine Auslandsvertretungen versandte.[32] Hatte sich hier nur jemand Staatsknete besorgt, um seine Kosten zu senken? Glauben wir wirklich, die Diplomaten an den deutschen Auslandsvertretungen hätten diese universitäre Qualifikationsschrift mit seitenlang zitierten Presseartikeln aus dem Frühjahr 1914 gelesen? Hätten sie das Buch an interessierte Kreise im Gastland vermitteln sollen? Welchen Effekt versprach sich das Auswärtige Amt von der Lektüre?

Schon im Ersten Weltkrieg hatte es umfangreiches Propagandamaterial an den deutschen Auslandsvertretungen gegeben, über deren tatsächliche Wirkung sich wenig sagen lässt. Der Herausgeber des Osmanischen Lloyd, einer deutschsprachigen Zeitung in Konstantinopel, berichtete später, dass die Druckschriften unbeachtet geblieben seien, das Publikum habe sich nur für die Bilder interessiert, und im Keller der Botschaft hätten sich die Broschüren in allen möglichen Sprachen gestapelt.[33] Was sollte uns annehmen lassen, das wäre 1929/30 anders gewesen?

Drittes Beispiel: „Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914" ist sicher das mit Abstand ambitionierteste geschichtspolitische Projekt des Auswärtigen Amts gewesen. In den Akten des Schuldreferats nimmt die Edition (neben anderen ebenfalls umfangreichen Aktenpublikationen) breiten Raum ein. Die „GP" ist seit ihrem Erscheinen aus der historischen Forschung nicht mehr wegzudenken. Sie steht in jeder Seminarbibliothek. Noch heute kommt kaum eine Studie zur langen Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs oder überhaupt zur deutschen und europäischen Diplomatiegeschichte ohne eine Referenz in die „GP" aus. Inzwischen ist sie für jeden leicht online zu erreichen. Ist das der geschichtspolitische Erfolg, den das Auswärtige Amt gesucht hatte? Carl von Schubert, Staatssekretär von 1924 bis 1930, hatte am Beginn der Arbeiten des Schuldreferats gemeint:

> „Man muß da außerordentlich behutsam vorgehen und darf keine Propaganda im alten Stil treiben. Es ist daher seit längerer Zeit mein Bestreben, unser Material

32 Umfangreicher Vorgang in PA AA, R 26463.

33 Schwedler an Huck 14.4.1916, zit. n. Irmgard Farah, Die deutsche Pressepolitik und Propagandatätigkeit im Osmanischen Reich von 1908–1918 unter besonderer Berücksichtigung des „Osmanischen Lloyd", Beirut 1993,, S. 280f.

durch Hinzuziehung von Sachverständigen auch außerhalb des Amtes zu vertiefen und dafür zu sorgen, daß auf diesem Gebiete nur Qualitätsarbeit geleistet wird."[34]

Tatsächlich blieb die Aktenedition immer im Fokus der Amtsleitung, wie man an Einmischungen Schuberts oder an Vorlagen für Stresemann erkennen kann.[35] Daher ist die Skepsis nachvollziehbar, die sich gegen amtliche Editionen richtet. Die Frage nach Ihrer Zuverlässigkeit liegt einfach zu nahe. Sie liegt schon deshalb nahe, weil die mit politischer Absicht veröffentlichten Farbbücher häufig Auslassungen erkennen ließen oder ihnen nachträglich Manipulationen bewiesen wurden. Bei den geschichtspolitisch motivierten Publikationen des Auswärtigen Amts war das jedoch nicht der Fall. Es hat einige wenige Auslassungen von Randbemerkungen Wilhelms II. gegeben, die jedoch bereits in den 1920er-Jahren diskutiert wurden. Manipulationen oder Fälschungen großen Stils sind dagegen nicht bekannt geworden. Wenn man folglich so will, dann war die „GP" der nachhaltigste Erfolg des Schuldreferats. Aber Vorsicht: alles qualitative Bemühen hat ja nicht verhindert, dass sich tatsächlich eine ganz andere Sicht auf den Ersten Weltkrieg und seine Vorgeschichte durchgesetzt hat. Wie hatte Bülow angemerkt: aus den Akten eines jeden Landes lässt sich alles schlüssig beweisen. So diente auch die „GP" für die Beweisführung deutscher Kriegsschuld, obwohl sie für das genaue Gegenteil gedacht war. Legt das den nachträglichen Konstruktionscharakter aller Geschichtswissenschaft offen oder bloß den Misserfolg der Kriegsunschuldspropaganda des Auswärtigen Amts?

Doch zurück zu zwei bisher noch nicht benannten, aber wesentlichen Aktengruppen der im Politischen Archiv verwahrten Unterlagen des Schuldreferats, erstens die Kriegsgräuel, zweitens Belgien, was sich ja durchaus überlappt. Es waren diese beiden Punkte, die einer erfolgreichen deutschen Propaganda am meisten entgegenstanden. Hier hatten sich entweder erfolgreich bestimmte Vorstellungen aus der Kriegspropaganda der Entente festgesetzt oder die Anschuldigungen gegen den Angreifer waren schlicht zutreffend gewesen. Die während des Krieges verbreiteten Berichte über die Verwertung der Leichen gefallener Soldaten zur Seife- und Düngergewinnung, über die Nutzung menschlicher Schutzschilde, abgehackte Kinderhände, über eine deutsche Lusitania-Medaille, die bakteriologische Kriegs-

34 Schubert an Dufour 7.11.1921. In: Peter Krüger (Hg.): Carl von Schubert (1882–1947). Sein Beitrag zur internationalen Politik in der Ära der Weimarer Republik . Ausgewählte Dokumente. Berlin 2017, S. 188.

35 Akten zur deutschen Auswärtigen Politik, Serie A, Bd. XI, Dok. 118 u. Bd. XIII, Dok. 20 u. 216.

führung oder gekreuzigte kanadische Soldaten waren erfunden.[36] Wie aber sollte man solchen geglaubten Legenden begegnen, wenn man andererseits klare Verstöße gegen das Kriegsvölkerrecht nicht wegdiskutieren konnte? Der Bruch der Neutralität Belgiens war ein solcher, was man auf der deutschen Seite auch durchaus wusste. Nicht umsonst füllt diese Frage so viele Einzelakten des Schuldreferats.[37] Auch das Massaker von Dinant ließ sich in der belgischen und internationalen Öffentlichkeit nachträglich kaum rechtfertigen, gleichgültig, wie man das Heckenschützenwesen betrachten mochte (wenn es ein solches denn überhaupt organisiert gegeben hat).[38]

Aus den Akten des Schuldreferats wird man hier keine neuen Wahrheiten gewinnen können. Wie ich überhaupt glaube, den begrenzten (aber nicht uninteressanten) Charakter dieser Unterlagen beschrieben zu haben. Um beim Beispiel der Franctireurs zu bleiben: aus den Akten könnte man immerhin erfahren, was man damals darüber zu wissen glaubte, und welche geschichtspolitischen Folgen das hatte.

Ich komme zum Schluss:

Der letzte Leiter des Schuldreferats Werner Frauendienst schrieb im Februar 1937 in eine Ministervorlage:

> „Das geistige Haupt, die materielle Stütze und gewissermassen der Generalstab des Kriegsschuldkampfes war das Auswärtige Amt. Es hat sich einige Organisationen geschaffen, die die Waffen führten.“[39]

Ganz sicher war der Kampf gegen die einseitige „Zuweisung einer singulären moralischen Schuld“[40] durch den Versailler Vertrag eine jahrelange Obsession der deutschen Außenpolitik. Jedoch darf man mit dieser Feststellung nicht in konspirologische Kategorien verfallen, denn es war die Obsession einer ganzen Nation gewesen, der man nicht etwa nur weisgemacht hatte, dass eine Revision des Vertrags möglich wäre. Die Pariser Friedensordnung inklusive des Versailler Vertrags ist vielfach revidiert worden, warum also sollte das nicht auch bei der Kriegsschuld denkbar gewesen sein. Dieses Denkbare durch gezielte Einflussnahme möglich zu machen, war die Aufgabe des Schuldreferats gewesen.

---

36 PA AA, R 26578 u. R 26579.

37 PA AA, R 26600–R 26614.

38 PA AA, R 26280–R 26288; hierzu die kontroversen Positionen von John Horne, Alan Kramer: Deutsche Kriegsgreuel 1914. Die umstrittene Wahrheit. Hamburg 2004 und Gunter Spraul: Der Franktireurkrieg 1914. Berlin 2016.

39 Frauendienst an Neurath 3.2.1937: PA AA, R 26688.

40 Peter Hoeres: Versailler Vertrag: ein Frieden der kein Frieden war, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 69 (2019), Heft 15, S. 38–44, Zitat S. 40.

Familienwappen von Jagow (um 1860)

(Slg. Zilch)

Autoren

Fesser, Gerd, Dr., 1973–1991 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR; 1993–1999 an der Friedrich-Schiller-Universität Jena; freischaffender Historiker
Gerd.Fesser@yahoo.de

Hahn, Hans-Werner, Prof. Dr., Mitglied der Historischen Kommission der Bayerischen Akademie der Wissenschaften; Mitglied der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien; Mitglied der Historischen Kommissionen für Hessen, für Thüringen und für Nassau; 1992–2015 Lehrstuhl für Geschichte an der Friedrich-Schiller-Universität Jena
hans-werner.hahn@t-online.de

Kröger, Martin, Dr., seit 1991 im Auswärtigen Amt, bis Ende 1995 Mitglied der Internationalen Historikerkommission zur Herausgabe der Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945; seit 1996 Referent im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts
martin.kroeger@auswaertiges-amt.de

Krumeich, Gerd, Prof. Dr., 1990–1997 Professur an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, 1997–2010 Lehrstuhlinhaber an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf; von 2004 bis 2016 Leiter der Düsseldorfer Arbeitsstelle der Max-Weber-Gesamtausgabe; Vize-Präsident (ém.) des Comité Directeur du Centre de Recherche de l'Historial de la Grande Guerre (Péronne); Co-président du Comité scientifique de l'Historial du Hartmannswillerkopf
gerd@krumeich.de

Lüdtke, Christian, Dr., 2015–2017 Wissenschaftlicher Referent in der Hamburgischen Bürgerschaft; seit 2018 Referent im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration von Nordrhein-Westfalen
ch.luedtke@yahoo.de

Müller, Jakob, Historiker und Museumspädagoge, 2018 Promotion (Berlin) zum flämischen Nationalismus; Mitarbeiter an der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannseekonferenz, Berlin
jakob.mueller@fu-berlin.de

Spenkuch, Hartwin, Dr., seit 1994 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (Akademienvorhaben „Protokolle des preußischen Staatsministeriums", „Preußen als Kulturstaat", derzeit „Anpassungsstrategien der späten mitteleuropäischen Monarchie am preußischen Beispiel 1786 bis 1918")
spenkuch@bbaw.de

Szlanta, Piotr, Dr. habil., 2011–2013 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Historischen Institut Warschau, seit 2013 am Historischen Institut der Universität Warschau; Redakteur der Internet-Enzyklopädie www.1914-1918-online.net
pszlanta@ poczta.onet.pl

Zilch, Reinhold, Dr. sc., Mitglied der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin; 1994–2015 an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (Akademienvorhaben „Protokolle des preußischen Staatsministeriums“ bzw. „Preußen als Kulturstaat“), seit 2018 Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Historischen Kommission der Bayerischen Akademie der Wissenschaften mit dem DFG-Projekt „Gottlieb von Jagow…“
reinholdzilch@freenet.de

Personenregister*

A
Adenauer, Konrad 57
Aerenthal, Alois Graf 26
Afflerbach, Holger 9
Albert I., belgischer König 78, 84
Arnim-Suckow, Harry (1870: Graf) von 20

B
Ballin, Albert 33, 36
Barnardiston, Nathaniel 79, 82
Barnes, Harry Elmer 25, 113
Bassermann, Ernst 33
Beerfelde, Hans Georg von 55
Beethoven, Ludwig van 43
Berchtold, Leopold Graf 26
Bethmann Hollweg, Theobald von 20, 29, 31, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 59, 60, 70, 77, 78, 80, 82, 83, 85, 86, 103, 106, 107, 109, 110, 124
Beyens, Eugène baron 83, 84
Bismarck, Otto (1865: Graf, 1871: Fürst) von 8, 60
Brockdorff-Rantzau, Ulrich Graf von 70, 71
Bülow, Bernhard (1899: Graf, 1905: Fürst) von 15, 21, 29, 30, 31, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 44, 45, 57
Bülow, Bernhard Wilhelm von 21, 23, 120, 121, 123, 126
Burián von Rajecz, Stephan (1918: Graf) 38, 39

C
Cambon, Jules 84
Capelle, Eduard (1912: von) 32
Chwalba, Andrzej 96, 100
Clark, Christopher 54, 65
Clemenceau, Georges 64

D
Dąbrowski, Jan 95, 96
Daszyński, Ignacy 97
Dehio, Ludwig 9
Delbrück, Hans 24, 70, 72, 78, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115
Delcassé, Théophile 39
Dernburg, Bernhard 57
Dirr, Pius 68, 81
Dmowski, Roman 94, 97
Dreyer, Michael 63
Dreyfus, Alfred 62
Ducarne, Georges 79, 82

E
Eggeling, Bernhard von 21
Eisendecher, Karl von 46
Eisner, Kurt 68, 69, 70, 73, 75
Erdmann, Karl Dietrich 9
Erzberger, Matthias 33, 59, 70, 76
Eulenburg (-Hertefeld), Philipp Graf (1900: Fürst) zu 44

F
Falkenhayn, Erich von 38
Fay, Sidney Bradshaw 25, 113
Fischer, Fritz 9, 62, 63, 64
Fischer-Baling, Eugen 16
Flotow, Hans von 26, 29, 36, 37, 38
Foch, Ferdinand 75, 76
Foerster, Friedrich Wilhelm 70
Förster, Stig 54
Frauendienst, Werner 127
Freytag, Hans 121

* Nicht aufgenommen wurde Gottlieb von Jagow.

G

Geiss, Imanuel 16, 62, 63, 117
Giolitti, Giovanni 38
Goetz, Walter 8
Goschen, Edward 47
Greindl, Jules baron (1912: comte) 79, 82, 83, 84
Grelling, Richard 79
Grey (of Fallodon), Edward Sir (1916: Viscount) 15, 18, 19, 26, 49, 50, 53, 55, 58, 110
Groener, Wilhelm 9
Große Kracht, Klaus 17

H

Haeften, Hans von 23
Hahlweg, Werner 16
Haig, Douglas 75
Haldane, Richard Burdon Viscount 48, 49
Haller, Johannes 30
Hammann, Otto 35
Hampe, Karl-Alexander 13
Hampe, Theodor 9
Hanke, Georg 66
Hatzfeldt-Trachenberg, Hermann Fürst (1900: Herzog) von 46
Hatzfeldt-Wildenburg, Hermann Graf (1910: Prinz, 1911: Fürst) von 46
Hatzfeldt-Wildenburg, Paul Graf von 45
Haußmann, Conrad 50
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 7
Hegel, Karl 7
Heinemann, Ulrich 60, 63, 77, 82
Helfferich, Karl 20, 40
Hertling, Georg Freiherr (1914: Graf) von 55
Heuss, Theodor 9
Hildebrand, Klaus 50
Hindenburg, Herbert von 39
Hindenburg, Marie von 39
Hintze, Paul (1908: von) 9
Hitler, Adolf 66, 67, 73, 75, 76
Hobbing, Reimar 20
Hoeres, Peter 86, 87
Hohenlohe-Langenburg, Ernst Prinz (1913: Fürst) 17
Hohenlohe-Oehringen, Christian Kraft Fürst von, 2. Herzog von Ujest 46
Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig Fürst zu (1840: Prinz zu Ratibor und Corvey) 45
Holstein, Friedrich von 47, 60
Holtzendorff, Henning von 40
Hopman, Albert 9, 32, 34, 40, 41
Horne, John 85
Hosse, Carl 81
House, Edward Mandell 20
Hoyos, Alexander Graf 35
Hürter, Johannes 9, 13, 47
Hutten-Czapski, Bogdan Graf von 57

I

Issac, Jules 96

J

Jäger, Wolfgang 63
Jagow, Carl von 21
Joffre, Joseph 75
Jux, Anton 125

K

Kantorowicz, Hermann 16
Karo, Georg 24
Kaulbach, Friedrich (Fritz) August von 7
Kautsky, Karl 59, 60, 72
Keller, Ulrich 87
Kessler, Harry (1879: von, 1881: Graf) 39
Kiderlen (-Waechter), Alfred (1869: von) 31, 47, 83

Klitzing, Georg von 56
Koch-Weser, Erich 57
Kolb, Eberhard 64
Kramer, Alan 85
Kühlmann, Richard (1880: von) 45

L

Lansing, Robert 67
Lembcke, Oliver 63
Leopold II., belgischer König 82
Lepsius, Johannes 19
Lerchenfeld-Köfering, Hugo Graf von und zu 33, 68, 69
Lichnowsky, Carl Fürst 43
Lichnowsky, Felix Fürst 43
Lichnowsky, Karl Fürst 44
Lichnowsky, Karl Max Fürst 14, 15, 20, 31, 33, 34, 35, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 100
Lichnowsky, Mechtilde Fürstin 45, 46, 47, 61
Liebermann, Käthe 39
Lipiński, Wacław 97
Loose, Hans-Dieter 16
Łubiński, Leon 94
Ludendorff, Erich 75

M

Macchio, Karl Freiherr von 39
Mann, Golo 61
Marx, Wilhelm 59
Maximilian II. Joseph, König von Bayern 7
Mayer, Gustav 9
Meinecke, Friedrich 8
Mendelssohn Bartholdy, Albrecht 19, 78
Mickiewicz, Adam 91
Moltke (der Jüngere), Helmuth Graf von 31, 32, 49, 54, 55, 57, 58, 84, 109
Montgelas, Max (Maximilian) Graf von 19, 66, 72, 78, 115
Monts, Anton Graf 105
Müller, Georg Alexander (1900: von) 40, 46
Müller, Hermann 59
Müller, Karl Alexander (1891: von) 8
Münster (-Derneburg), Georg Herbert Graf (1899: Fürst) von 45
Mussolini, Benito 37

N

Nadolny, Rudolf 23
Napoleon I., Kaiser der Franzosen 110
Nicolai, Walter 123
Niedhart, Gottfried 9

P

Page, Walter H. 55
Pajewski, Janusz 96, 100
Paquet, Alfons 9
Piłsudski, Józef 95, 96, 97
Pirenne, Henri 79, 85
Pöhlmann, Markus 88
Poincaré, Raymond 58, 71
Posadowsky-Wehner, Arthur Graf 57
Pourtalès, Friedrich Graf 21, 22

R

Radolin(-ski), Hugo Graf (1888: Fürst) von 45
Ranke, Leopold (1865: von) 7, 114
Rassow, Peter 124
Rathenau, Walter 27
Reuß j. L., Heinrich VII. Prinz 45
Reventlow, Ernst Graf von 106
Riezler, Kurt 9, 39, 51
Rintelen, Franz von 123
Ritter, Moriz 7, 8
Rive, Richard 57

Röhl, John 55, 62
Rowecki, Stefan 94

S

Sasonow, Sergej 15, 18, 27, 53
Scheidemann, Philipp 69
Schlieffen, Alfred Graf von 49, 59
Schmitt, Bernadotte 112, 113
Schnabel, Franz 8
Schoenaich-Carolath, Heinrich Prinz zu 46
Scholz, Ernst 57
Schröder, Stephen 50
Schubert, Carl (1899: von) 60, 125, 126
Schücking, Walther 72
Schwendemann, Karl 23
Schwertfeger, Bernhard 30, 79, 80, 81, 82, 84, 85
Seier, Hellmut 13
Siebert, Benno von 50
Skirmunt, Konstanty 94
Sösemann, Bernd 9
Spahn, Martin 125
Spitzemberg, Hildegard Freifrau von 45
Srbik, Heinrich Ritter von 8
Stein, Ludwig 46
Stieve, Friedrich 18, 23
Stinnes, Hugo 40
Stockhammern, Franz Xaver 29
Stolberg-Wernigerode, Otto Graf (1890: Fürst) 45
Stresemann, Gustav 59, 61, 126
Stumm, Wilhelm (1888: von) 34, 39, 40, 46, 47, 48, 59, 60
Szögyény-Marich, Laszlo (dt. Ladislaus) Graf 33, 53, 108, 109, 115

T

Thimme, Friedrich 19, 20, 30, 60, 61, 115
Tirpitz, Alfred (1900: von) 31, 32, 34, 48, 110
Tittoni, Tommaso 39
Tramm, Heinrich 57
Treutler, Carl Georg (1884: von) 40
Tschirschky, Heinrich von 38

U

Überegger, Oswald 87

V

Valentin, Veit 30
Viviani, René 18, 19, 23, 26, 124

W

Waldersee, Georg Graf von 50
Watson, Alexander 88
Weber 70, 78
Wedel, Karl Graf (1914: Fürst) von 36, 45
Wegerer, Alfred von 24, 110, 113, 114
Wehler, Hans-Ulrich 64
Wels, Otto 67
Wilhelm II., deutscher Kaiser 9, 20, 22, 24, 29, 30, 32, 33, 36, 37, 39, 41, 46, 47, 48, 49, 52, 53, 54, 55, 56, 59, 80, 84, 86, 103, 126
Wilson, Woodrow 67, 68, 86
Wolff, Theodor 9, 34, 40, 45, 46, 47, 51, 52, 54, 55

Z

Zimmermann, Arthur 35, 36, 37, 48, 51, 60, 70, 83
Zimmermann, Eugen 37